

PROTOKOLL

über die 36. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 24. Jänner 2002, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Andreas Kupfer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCULDIGT: Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Engelbert Lengauer, Ingrid Weixlberger

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

- 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemässen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
- 2) Beantwortung von allfälligen Anfragen
- 3) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
- 5) Verhandlungsgegenstände
- 6) Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

- 1) Bau2-6446/86 FAZAT Steyr GmbH; Nachtrag zum Syndikatsvertrag vom 24. 09. 1998.
- 2) Fin-243/98 Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kolpinghauses in Steyr; Weiterleitung einer Landesförderung.
- 3) Fin-100/00 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2001.
- 4) FW-22/00 Austausch von 250 Personenrufgeräten für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 5) FW-1/02 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 6) Verf-22/00 Euro-Anpassungsverordnung.
- 7) Präs-475/00 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf die Stadt Steyr 1995 - 1999.
- 8) Präs-11/02 Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Neufassung des Stadtstatutes für die Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 9) SH-3/02 Mobile Hilfe und Betreuung; Aufstockung der Personalkapazitäten.
- 10) SH-4/02 Verein „Miteinander - MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2002.
- 11) Fin-100/01 Alten- und Pflegeheim Tabor; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2002.

BERICHTERSTATTER vizebürgermeister DR. LEOPOLD PFEIL:

- 12) VerkR-1462/01 Gesamtverkehrskonzept Steyr 2003; Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993.

BERICHTERSTATTER vizebürgermeister GERHARD BREMM:

- 13) Bau6-5062/92 Ankauf von Grundstücken im Bereich der städtischen Mülldeponie.
- 14) Präs-856/01 Antrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Planung und Vergabe von Aufträgen der Bezirkssporthalle Steyr; diverse Klärungen von Punkten.
- 15) Präs-18/02 Antrag der LIF- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Ergänzung des Schulnamens HS 1 Ennsleite um die Bezeichnung „Kopernikusschule“.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 16) Fin-7/02 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschuss für MidiBusse und Toilettensanierung Stadtbad.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 17) BauT-20/00 Kanalisation Stadt Steyr

1. Ennsleite
2. Neuschönau - Jägerberg
3. Ennsdorf

Erstellung Erneuerungs- und Sanierungskonzepte.

18) Wa-47/01 Gsangswasser bei der Fabrikinsel; Ausbaggern der Schlammablagerung und Buhenschüttung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

19) K-106/01 Stadtbücherei; Einrichtung.

20) Fin-295/01 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2002; Akontozahlungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mit der heutigen GR-Sitzung beginnen. Ich darf feststellen, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind Herr GR Rudolf Schröder und Herr GR Ing. Wolfgang Hack genannt. Entschuldigt ist GR Ingrid Weixlberger, GR Engelbert Lengauer, GR Mag. Gerhard Klausberger und GR Maria Koppensteiner. Es gibt keine Anfragen und ich komme gleich zu den „**Mitteilungen des Bürgermeisters**“.

Volkshochschule: „Sehr gut“ im Zeugnis

Die Volkshochschule des Steyrer Magistrates ist vor kurzem von Experten des Erwachsenen- und Weiterbildungsforums Österreich überprüft worden. Die VHS Steyr hat diese Überprüfung mit „sehr gut“ bestanden (36 von 40 erreichbaren Punkten). Die Bildungseinrichtung des Steyrer Magistrates darf nun das Qualitätssiegel des EB- Forums tragen. Das bedeutet, dass Besucherinnen und Besucher der VHS Steyr nun auch auf das Bildungskonto des Landes Oberösterreich zugreifen können.

Zur BMW-Baustelle möchte ich berichten:

Am 4. 12. 2001 hat die BMW Motoren GmbH die Entscheidung für die siebente große Ausbaustufe des Motorenwerks bekannt gegeben. Insgesamt werden dabei rund 500 Millionen Euro investiert.

BMW hat dazu ein ca. 90.000 Quadratmeter großes Areal an der Gusswerkstraße gekauft, das nun vom Verkäufer, der Bauland AG, saniert wird. Für etwa 2 Monate ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen von täglich 150 bis 200 LKW-Fahrten zu rechnen.

Ich bitte um Verständnis, falls Behinderungen durch vermehrte LKW-Transporte auf unseren Straßen auftreten sollten, die Sanierung wird so rasch wie möglich abgewickelt.

Zusätzliche Information: Die Sanierung wird bis ca. Mitte März, spätestens aber Ende März dauern.

Zum Thema Homepage:

Im Jahr 2001 haben Internet-User 170.000 Mal die Homepage der Stadt Steyr (www.steyr.at) angeklickt. Das ist im Vergleich zum Jahr 2000 eine Steigerung um fast 100.000 Zugriffe. Diese explosionsartige Entwicklung zeigt, dass wir mit unserer Homepage auf dem richtigen Weg sind.

Alle Steyrer Pflichtschulen ans Internet angeschlossen:

Seit kurzem sind alle 20 Steyrer Pflichtschulen ans Internet angeschlossen. Damit haben insgesamt 1460 Steyrer Schüler und Schülerinnen Zugang zum worldwide Web. Der Ausbau der elektronischen Medien an den Steyrer Pflichtschulen ist aber damit noch nicht abgeschlossen. Im kommenden Jahr werden neue EDV-Räume in Steyrer Pflichtschulen eingerichtet. Die Stadt Steyr hat seit 1999 insgesamt mehr als 145.000 Euro (etwa zwei Millionen Schilling) investiert, um die Steyrer Pflichtschulen mit moderner EDV ausstatten zu können. Für 2002 sind Ausgaben in der Höhe von 45.700 Euro geplant. Dazu kommen noch die Kosten für den laufenden EDV-Betrieb (etwa 8.700 Euro pro Jahr), die ebenfalls von der Stadt übernommen werden.

An den beiden Hauptschulen des Stadtteils Ennsleite wird EDV seit dem Schuljahr 2001/2002 als Schwerpunkt unterrichtet, im polytechnischen Lehrgang an der Punzerschule können Prüfungen zum Erwerb des europäischen Computer-Führerscheins abgelegt werden.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Arbeitslosenquote im Dezember 2001 betrug 6,9 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 1,5 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 1,7 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 2001 2.841. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 26,7 % (d. s. 599 Person) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 32,2 % (d.s. 692 Personen).

Im Dezember 2001 sind 228 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 11 Stellen mehr sowie gegenüber dem Vorjahr um 140 Stellen weniger.

Wir kommen nun zu Pkt. 4), „**Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates**“ und zu Pkt. 5), „**Verhandlungsgegenstände**“. Ich darf meinen Vorsitz an die Vizebürgermeisterin abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich beginne mit dem ersten Antrag. Beim ersten Antrag geht es um die FAZAT Steyr GmbH; Nachtrag zum Syndikatsvertrag. Wie sie wissen haben wir bereits seit 1998 einen Syndikatsvertrag mit einer Verpflichtung zur Abdeckung des Verlustes in der Höhe von 2 Millionen Schilling, wobei jeweils nur eine Million ausgenutzt wurde. Im neuen Syndikatsvertrag ist diese Rate auf S 500.000,-- gekürzt worden.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung zu diesem Antrag.

1) Bau2-6446/86 FAZAT Steyr GmbH; Nachtrag zum Syndikatsvertrag vom 24. 09. 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 5. 12. 2001 wird dem im Amtsbericht näher dargestellten Nachtrag zum bestehenden Syndikatsvertrag vom 24. 09. 1998 zwischen der „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT Steyr GmbH“ einerseits und der Stadt Steyr andererseits zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand

dagegen? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kolpinghauses Steyr, und zwar nur um eine Weiterleitung. Es werden 1 Million Schilling an Bedarfszuweisungsmittel an das Kolpinghaus weitergeleitet.

Ich bitte ebenfalls um Diskussion bzw. Zustimmung zu diesem Antrag.

2) Fin-243/98 Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kolpinghauses in Steyr; Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 5. Dezember 2001, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich für das Jahr 2001 gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 1.000.000,- nach deren Einlangen, an den Verein Kolpingfamilie Steyr, Mittlere Gasse 19, 4400 Steyr, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VSt. 5/289000/777100 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 1.000.000,- für das Rechnungsjahr 2001 genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Des Weiteren wird der gleichen Vorgangsweise auch für die Jahre 2002 und 2003 zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2001. Nach genauer Analyse bzw. Angebotslegung hat die Stadt Steyr einen Antrag auf eine Darlehensaufnahme beim Darlehensgeber Kommunalkredit Austria AG um einen Betrag von 46 Millionen Schilling oder EURO 3.342.950,37 mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einen Betrag von 20 Millionen Schilling oder EURO 1.453.456,68 mit einer Laufzeit von 10 Jahren gestellt. Die entsprechenden Konditionen sind im Antrag aufgeführt. Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung zu diesem Antrag.

3) Fin-100/00 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2001.

Antrag des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 8. Jänner 2002, wird folgenden Darlehensaufnahmen in der Höhe von insgesamt maximal EURO 4.796.407,05 (ATS 66.000.000,-) zugestimmt:

Darlehensgeber:

Kommunalkredit Austria AG

Betrag und Laufzeit:

maximal EURO 3.342.950,37 (ATS 46.000.000,--) mit einer Laufzeit von 20 Jahren

und maximal EURO 1.453.456,68 (ATS 20.000.000,--) mit einer Laufzeit von 10 Jahren

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von 0,13 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,1 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung, zum Devisenmittelkurs ohne Spanne zwischen An- bzw. Verkaufsdevisenkurs, je nachdem in welche Richtung konvertiert wird.

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, etc.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2002 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 2002 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Der o.a. Geschäftsbereich wird ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen im Hinblick auf ein aktives Darlehensmanagement ermächtigt, für gegenständliche Darlehen sämtliche notwendigen Zins-, Währungs- und sonstigen Dispositionen zu treffen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Antrag geht es um den Austausch von 250 Personenrufgeräten für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr. Bei diesem Antrag handelt es sich um diese 250 Rufgeräte, die einen wesentlich besseren Komfort bieten und eine Vernetzung innerhalb der Feuerwehren Österreichs gestatten. Noch dazu ist es bei diesen Personenrufgeräten möglich, eine digitale Anzeige auf dem Display so anzuzeigen, dass die Feuerwehren in Zukunft wesentlich schneller und effizienter zu den entsprechenden Stellen kommen. Ich bitte ebenfalls um Diskussion bzw. Zustimmung.

4) FW-22/00 Austausch von 250 Personenrufgeräten für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Liegenschaftsverwaltung vom 18. 12. 2001 wird dem Austausch von 250 Personenrufgeräten mit dem erforderlichen technischen Zubehör zum Gesamtpreis von S 533.000,-- inkl. USt. (= Euro 38.734,62) zugestimmt.

Des Weiteren wird der Mittelfreigabe von

S 202.000,-- inkl. USt. (= Euro 14.679,91) bei der VA-Stelle 5/163000/050000 aus dem Haushaltsjahr 2001

die Zustimmung erteilt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung. Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Antrag geht es wieder um ein Feuerwehrthema, es geht um den Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, an die Herren Oberlöschmeister Pree Franz und an Oberlöschmeister Hochpöchler Johann.

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

5) FW-1/02 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7. 01. 2002 genannten Personen wird zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Antrag geht es um die EURO-Anpassungsverordnung, die wir schon einmal im GR hatten. Leider Gottes ist eine Berechnung auf falschen Grundlagen basiert. Es haben beim letzten Antrag die Zahlen leider nicht gestimmt, wie sie in der Landesverordnung eigentlich vorgesehen gewesen wären.

Ich bitte dieser Änderung zuzustimmen.

6) Verf-22/00 EURO-Anpassungsverordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 8. Januar 2002 wird die in der Anlage beigefügte EURO-Anpassungsverordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf die Stadt Steyr 1995 bis 1999.

Der Antrag des Prüfungsausschusses an den Gemeinderat lautet:

7) Präs-475/00 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf die Stadt Steyr 1995 - 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes betreffend die Prüfung der Gebarung der Stadt Steyr 1995 - 1999 wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Eine Wortmeldung. Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ein Rechnungshofbericht bringt immer die Möglichkeit über den Zustand einer Stadt, sowohl was die Verwaltung als auch den Umgang mit den Bürgern betrifft, einmal Revue passieren zu lassen und sich selbst einmal den Spiegel vor Augen zu halten. Im nun vorliegenden Rechnungshofbericht sind genau diese Punkte drinnen, die wir seit Jahren einfordern, die seit Jahren besprochen, diskutiert und auch versprochen werden, aber noch nicht umgesetzt werden. Neben ein paar anderen Kleinigkeiten zu den anderen Themen sind es schon die Hauptpunkte, dass nach wie vor eine offizielle, vom Gemeinderat der Stadt Steyr, genehmigte und diskutierte mittelfristige Finanzplanung fehlt. Wenn nun die Stadt Steyr im Juni 2001 dem Rechnungshofpräsidenten Fiedler schreibt, dass wir das in diesem Jahr machen, 2001, Mitte vorliegt, bis zum Jahr 2004, und wir schreiben jetzt das Jahr 2002, wenn wir diesen Rechnungshofbericht zur Kenntnis nehmen und wir haben immer noch nicht die mittelfristige Finanzplanung, dann wird sich der Rechnungshof aber schon denken, ja, will uns denn die Stadt hier pflanzen. Aber das geht durch den gesamten Bericht durch, die Stadt Steyr, bei allen diesen Einwänden, sagt immer, wir machen, wir machen, wir machen. Nur, die selbstgenannten Vorgaben werden in den größten Bereichen nicht oder kaum eingehalten. Ein Unikum ist natürlich auch oder ein Unikat die Situation in Steyr, dass im Bereich des EDV-Wesens derjenige, der ressortverantwortlich ist, also budgetverantwortlich ist, nicht auf den Rechner zugreifen kann, der seine Zahlen „aktuelle Budgetzahlen“ nennen kann. Also das ist ja wirklich fast unglaublich und dass uns das auch der Rechnungshof ins Stammbuch schreibt, dass einfach das nicht mehr zeitgemäß ist.

Im Personalbereich, auch hier moniert er, dass keine ausreichenden Maßnahmen getroffen worden sind für Strukturreformen, dass die Zielvorgaben nur mangelhaft erreicht worden sind. Was hier unter einer Kleinigkeit, unter Punkt 7) läuft, aber unter Umständen katastrophale Auswirkungen haben kann, das ist doch die Vernachlässigung von feuerpolizeilichen Überprüfungen. Hier sollte man schon ein Sicherheitssystem einführen, dass tatsächlich mit einer Nachbegutachtungsfrist gerade die Sicherheitsstandards eingehalten werden können, dass auch hier ein System installiert wird, das sicherstellt, dass die Überprüfungen stattfinden. Ansonsten werden wir diesen Rechnungshofbericht positiv zur Kenntnis nehmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich kann mich dem Kollegen Dr. Pfeil nur vollinhaltlich anschließen, was seine Kritik an der mittelfristigen Finanzplanung anbelangt, aber ich habe schon seit, ich glaube seit 1997, immer wieder das Fehlen dieser mittelfristigen Finanzplanung eingefordert und komme mir zum Teil auch ein bisschen gepflanzt vor, wenn ich in dem Schreiben an den Rechnungshof vom Juni lese, ja, die mittelfristige Finanzplanung wird es ab Mitte des Jahres geben und jetzt haben wir Februar 2002 und es gibt sie noch immer nicht. Gestern sind wir getröstet worden auf Mai, also irgendwann im Mai soll sie dann hoffentlich einmal vollwertig vorliegen. Wobei es auch ganz interessant ist, dass in diese mittelfristige Finanzplanung die Politik anscheinend nicht eingebunden ist, sondern es wird

irgendwie auf Beamtenebene scheinbar zusammengebastelt, auf politischer Ebene gibt es es einmal nicht. Wäre an sich glaube ich auch sinnvoll, die politische Ebene einzubinden.

Was bei der Feuerpolizeilichen Aufgabe, wir haben jetzt zwei Anträge zum Thema Feuerwehr gehabt, denke ich mir, man sollte es nicht soweit kommen lassen. Wenn man sich da anschaut, was sich die Stadt Steyr geleistet hat, mit dem Fehlen an der Überprüfung dieser feuerpolizeilichen Auflagen, dann ist das ein starkes Stück und es kann jeder nur sehr froh sein, dass nichts passiert ist. Dass man ein Jahr lang keine einzige feuerpolizeiliche Überprüfung vornimmt, ein ganzes Jahr lang, und einen Rückstand von 4 Jahren hat, und das sogar bei Risikoprojekten, wo man dann im Originalrechnungshofbericht lesen kann, nicht in dieser etwas harmloseren Form welche fast alle von ihnen gedruckt vorliegen haben, sondern im Originalbericht dann liest, es gab überhaupt keine nachvollziehbaren Überprüfungen. Das meiste war am Kalender des Sachbearbeiters eingetragen, irgendwo schnell handschriftlich vermerkt. Nachvollziehen hat man zum Teil gar nicht gekonnt, wann waren die Prüfungen, in welchem Zeitraum und was musste man noch prüfen. Ich denke mir, da sollte man schleunigst die Konsequenzen ziehen. Dass das einer kleinen „Pemperlgermunde“ passiert okay, aber einer Stadt mit mehr als 42.000 Einwohnern, das ist schlichtweg einfach fahrlässig, was die Sicherheit der Bevölkerung anbetrifft.

Einen Punkt auf den der Herr Dr. Pfeil noch nicht eingegangen ist, der mir aber sehr wichtig erscheint, ist der Bereich der Vergabeordnung. Seit 1999 gibt es eine Arbeitsgruppe, die bereits 1999 einen fertigen Entwurf vorgelegt hat. Die Arbeitsgruppe gibt es glaube ich schon länger. Bis heute haben wir keine neue Vergabeordnung. 1999 lag der Entwurf vor. Jetzt haben wir 2002, noch immer keine neue Vergabeordnung, der Rechnungshof zerpfückt die Steyrer Vergabeordnung ziemlich, auch die Praxis, wie damit umgegangen wird, dass es kaum nachvollziehbare Vergaben gibt. Aber alleine wir reagieren nicht, Vergabeordnung, na ja, sind wir auch getröstet worden, irgendwann heuer wird es soweit sein. Ich glaube es nicht mehr. Dass man drei, vier Jahre braucht um eine neue Vergabeordnung zu machen und jedem im Prüfungsausschuss schon längst klar war, dass da ein Handlungsbedarf ist, weil einfach diese Vergabeordnung nicht der ÖNORM A 2050 in ihrer Praxis entspricht. Alleine der Punkt, dass man immer nur mit den drei Bestbieteren verhandelt und nicht mit den anderen, könnte auch Schadenersatzforderungen an die Stadt nach sich ziehen. Aber wie gesagt, das gehen wir halt etwas locker an. Wie gesagt, ich möchte sie nicht länger langweilen, aber ich glaube, dass es sehr wesentlich wäre, und da muss ich, ich mache es eh sehr ungern, dem Herrn Dr. Pfeil Recht geben, da hat er wirklich Recht, wenn er sagt, es gehört endlich einmal her, dass das, was im Rechnungshofbericht steht auch umgesetzt wird und nicht, dass man einfach immer nur ein Schreiben an den Rechnungshof schickt und das war es halt wieder einmal und jetzt warten wir wieder zwei, drei Jahre. Wenn er wieder kommt, ist das möglicherweise noch immer nicht erledigt. So kann es nicht gehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Als Mitglied des Prüfungsausschusses erlauben sie mir ein paar kurze Bemerkungen zum Bericht des Rechnungshofes. Es ist ja nicht allzu dick dieses Jahr, aber es sind trotzdem ein paar ganz interessante Dinge drinnen. Vor allem beinhaltet er einige Forderungen die seitens unserer Fraktion schon jahrelang gefordert wurden und eigentlich größtenteils bis jetzt noch nicht umgesetzt wurden. Im Versicherungsbereich, möchte ich noch hinzufügen, es sind zwar die Versicherungen namentlich nicht erwähnt, aber hier haben wir schon wiederholt darauf hingewiesen, dass die ausgeschrieben werden sollten. Was im Konkreten auch noch zu bemerken wäre, bezüglich der Versicherungen, und was meinerseits im Personalbeirat schon ein paar Mal vorgeschlagen wurde, ist, dass z. B. Kraftfahrzeuge die von Bediensteten des Rathauses verwendet werden, in letzter Zeit vermehrt beschädigt wurden, was zu immer größeren Kosten für den Stadtsäckel führt. Hier sollte man endlich einmal darangehen, eine Versicherung abzuschließen die diese Kosten deckt. Ich glaube, dass das im

Rahmen einer flotten Versicherung möglich wäre.

Auch beim Personalstand, um 3 %, es wird zwar hier geschrieben, dass es bis zu 4 % teilweise erreicht ist. Wenn man sich allerdings die Gesamtzahlen des Personalstandes vom Magistrat anschaut, dann kann man sich das eigentlich nicht vorstellen.

Die Änderung des Besoldungsrechts hat zwar zu einer Kostenreduktion geführt, bei der Gesamtanzahl der Beschäftigten ist meiner Meinung nach eine Bewegung nicht erkennbar gewesen.

Ein Thema hätte mich auch noch interessiert, weil ich es auch im Personalbeirat schon einmal vorgeschlagen habe, und zwar gibt es in jedem größeren Betrieb, in den ganz großen sowieso, auch in den mittleren Betrieben, bereits sogenannte Verbesserungsvorschlagsysteme. Wir haben das im Personalbeirat bereits einmal vorgeschlagen, man hat das dort auch zur Kenntnis genommen und versprochen, dass man sich mit dem beschäftigten wird. Ich glaube, ein Betrieb mit 1.200 Personen sollte sich sehr massiv mit dem auseinandersetzen. Hier stecken große Potentiale drinnen. Wenn man die Berichte über allfällige Prämien bzw. Ergebnisse eines Verbesserungsvorschlages hinterfragt hat, dann hat man feststellen müssen, dass eigentlich ein zwar bestehendes Verbesserungsvorschlagswesen hier existiert, aber kaum benützt wird, kaum davon Gebrauch gemacht wird. Ich glaube, dass hier noch großes Potential drinnen steckt. Der Einzige der von dem einmal Gebrauch gemacht hat, glaube ich, war ein Beschäftigter der Bezirksverwaltung, dessen Namen ich jetzt nicht hier erwähnen möchte. Ansonsten ist es aus Gründen, die für uns nicht ganz nachvollziehbar sind, leider in dem Ausmaß, wie wir uns das vorstellen würden und vorstellen könnten, nicht in die Tat umgesetzt worden. Hier steckt sicher noch großes Potential drinnen. Vor allem ein Vorschlagswesen indem man nämlich auch die Bevölkerung mit einbindet. Das gibt es bereits in anderen vergleichbaren Städten, ich meine von der Größenordnung von Steyr vergleichbar, sehr erfolgreich. Ich glaube, dass wir da draufbleiben sollten, es steckt sicher noch Potential drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist der Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Als ich im Dezember des Vorjahres in meiner Rede zum Budget 2002 das Thema mittlere Finanzplanung angesprochen habe, hat mich die Frau Vizebürgermeisterin noch süffisant angelächelt. Ein paar Tage später bekomme ich dann eine Zusendung mit dem Rechnungshofbericht, schlage natürlich sofort auf, wie es sich gehört, und was lese ich auf der ersten Seite, erste Zeile? „Die Stadt Steyr verfügt über keine laufend aktualisierte mittelfristige Finanzplanung. Also, ich habe mich eigentlich sofort bestätigt gefühlt. Bei einer Rede zum Budget hat das noch ein bisschen ein Lachen hervorgerufen. Ich kann mir nun vorstellen, dass es für den Finanzreferenten, unserem Herrn Bürgermeister, und dem Finanzdirektor fürchterlich sein muss, wenn sie nun jeden Tag schweißgebadet in der Früh aufwachen mit dem Wissen, die Stadt hat noch keine mittelfristige Finanzplanung. Ich würde vorschlagen, als Rücksichtnahme auf die Gesundheit des Bürgermeisters und des Finanzdirektors, sollten wir uns nun wirklich hier bemühen, endlich einmal eine mittelfristige Finanzplanung zu machen.

Einen Punkt greife ich natürlich noch heraus und es ist schon interessant, wenn man in 10 Jahren, in denen ich jetzt hier herinnen als Gemeinderat tätig bin, nicht einmal das Wort Versicherungen hört. Wir bekommen laufend Amtsberichte über Malerarbeiten, über WC-Anlagen, über Sesselankäufe von irgendwelche Liegenschaften. Es hat noch nie einen Amtsbericht gegeben wo eine Auflistung gewesen wäre über verschiedene Versicherungsanbieter. Ich werde auch laufend darüber angesprochen. Das können sie mir glauben. Die Branche weiß das, wie es hier herinnen abläuft. Es ist, glaube ich, längstens an der Zeit, dass wir das auch ändern. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Erlauben sie auch mir, dass ich einige Anmerkungen zum vorliegenden Rechnungshofbericht mache, der ja eigentlich, wenn man sich zurückerinnert, daraus entstanden ist, dass in den letzten Jahren ja nicht nur die Stadt sehr intensiv vom Rechnungshof geprüft wurde, es hat ja bereits mehrmals Gelegenheit gegeben in den letzten Jahren, in der letzten Zeit, darüber zu diskutieren, sondern auch die Stadtwerke. Es ist mir aber auch ein Anliegen, auf einige unerledigte Anregungen des Rechnungshofes hinzuweisen. Meine Vorredner haben das bereits gemacht und ich nenne hier auch im Besonderen, dass die Vergabeordnung entsprechend der Richtlinien des Bundes und des Landes zu ändern wäre, es an der Zeit ist, aber auch die mittelfristige Finanzplanung, ist bereits angesprochen worden, aber ich erwähne sie noch einmal. Ich erinnere mich aber auch daran, dass wir bei der letzten Finanz- und Rechtsausschusssitzung am Dienstag in dieser Woche vom Herrn Magistratsdirektor gehört haben, dass es doch möglich sein wird, in nächster Zeit diese beiden Themen entsprechend in den Ausschüssen zu behandeln. Ich gehe davon aus, dass es dann möglich sein wird, den Intentionen des Rechnungshofes Folge zu leisten.

Der Hauptgrund meiner Wortmeldung, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ist aber jener Teil, der auf der Seite 3 beschrieben ist und unter dem Übertitel „In Verwirklichung begriffene Anregungen die Stadtwerke betreffend“, zwei Themenkreise angesprochen sind. Nämlich einerseits die Anpassung der Verkehrsleistungen an den tatsächlichen Bedarf. Da hat es ja diesen Nachtragstätigkeitsbericht bereits einmal gegeben, aber man geht wieder darauf ein, die Erneuerung des Wagenparks unter Pkt. 2). Jetzt darf ich doch etwas zurückgreifen und in Erinnerung rufen, ohne das ich jetzt in die Gefahr laufe, dass die Frau Vizebürgermeisterin wieder sagt, der Kollege Eichhübl macht, so wie das letzte Mal, eine Lesestunde, aber tatsächlich steht da drinnen, dass der Rechnungshof angeregt hat, die Anpassung der Betriebszeiten der einzelnen Linien an den tatsächlichen Bedarf und in den Betriebsstunden mit eher geringer Auslastung sollte man daran denken, ein Anrufsammeltaxi einzusetzen. Ich darf, wie gesagt, diese Formulierung zum Anlass nehmen, um daran zu erinnern, dass es möglich war, aufgrund der Inbetriebnahme der zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof, seit Juli 1999, einige dieser Anforderungen tatsächlich umzusetzen. Es wurden ja nicht nur Linien zusammengelegt, sondern auch Linien geteilt, im Interesse einer besseren Bedienung unserer Kunden. Die Teilung, um nur ein Beispiel zu nennen, hat bei der Linie 2 in zwei Linienästen Platz gefunden und wird nun seit einiger Zeit, wie ich meine mit großem Erfolg, in der Form geführt, dass man eben, wie gesagt, die Linie 2 und die Linie 2 a betreibt. Es ist natürlich so, dass es damit, aus Sicht der Stadtwerke, und vor allen Dingen aus der Sicht des zuständigen Referenten, meiner Wenigkeit, nicht damit abgetan ist, dass man jetzt sagt, na ja, das war es und wir haben das gemacht, was uns der Rechnungshof empfohlen hat. Gerade die Linienführung bedarf ja einer starken Kontrolle, einer Überprüfung der Sinnhaftigkeit, und es ist ja auch notwendig, dass verschiedene Stadtteile, die eben durch Zuwanderungen größer geworden sind, bedient werden. Ich denke da z. B. an die Knoglergründe. Es ist aber auch sinnvoll, dass man sich diese Ausweitung nach einer gewissen Zeit der Probe nochmals anschaut, wie die Frequenz dort ausschaut, um dann entsprechende Änderungen vorzunehmen. D. h. also, dieses Thema ist ständig in Bewegung.

Ich komme dann auf den zweiten Punkt, die Erneuerung des Wagenparks. Hier darf ich das tatsächlich unterstreichen was in der Überschrift steht, nämlich, dass das eine in Verwirklichung begriffene Anregung ist, nämlich deshalb, weil auch heute dem hohen Gemeinderat ein Antrag vorgelegt wird, wo es um die Anschaffung und die Finanzierung zweier Midibusse geht, in der Größenordnung von 8 Millionen Schilling, und ich stehe nicht an hier zu erklären, dass gerade die Erneuerung des Fuhrparks in den letzten Jahren vonseiten der Stadt entsprechend durch Millionenbeträge unterstützt wurde und man vonseiten der Stadt auch sehr großes Interesse daran hatte, diesen Fuhrpark, den Wagenpark, ständig zu erneuern.

Ich möchte nur ein paar Sätze noch zum Anrufsammeltaxisystem sagen, weil ja das auch, wie gesagt, mehrmals in diesen Berichten vorkommt. Der Rechnungshof hat allerdings nicht gemeint, dass zusätzlich zu den an sich guten Leistungen, wie es der Rechnungshof ja tatsächlich formuliert hat, ein Anrufsammeltaxisystem installiert wird, sondern er war eher der Meinung, dass man aufgrund von Einsparungsüberlegungen in auslastungsschwachen Zeiten der bestehenden Betriebsführung der Verkehrsbetriebe ein Anrufsammeltaxi einführt. Das war ja auch Grund der Überlegung, das bei der Linie 10 umzusetzen. Es ist so, dass dieses Anrufsammeltaxi im Jahr von etwa 2.600 Personen benützt wird, aber es ist natürlich nicht so, dass das nichts kostet, sondern das sind nicht unerhebliche Beträge, die auch dafür aufgewendet werden müssen. Ich habe da ganz kurz jetzt im Kopf nachgerechnet, das sind etwa S 300.000,-- bis S 350.000,-- im Jahr, die wir an Fixkosten und an Zuschüssen für die einzelnen Fahrten vonseiten der Stadtwerke zu leisten haben. Das ist immerhin ein Zuschussbedarf von etwa S 130,-- pro Fahrt. Das wollte ich nur in Erinnerung deswegen rufen, weil ja immer wieder Anforderungen auftauchen, zusätzlich zum guten Angebot des öffentlichen Verkehrsnetzes noch einiges einzuführen wie Anrufsammeltaxi oder wie wir bereits im Ausschuss diskutiert haben, und wie der Kollege Kupfer auch seine Forderung in letzter Zeit in der Öffentlichkeit über die Presse mitgeteilt hat, einen Nachtbus. Wobei ich auch hier und abschließend erkläre, dass wir, vonseiten der Stadtwerke, natürlich interessiert daran sind möglichst viele Verkehrsmittel der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, aber es muss natürlich die Finanzierung abgesichert sein, denn es hat sich auch im Zusammenhang des Betriebsverbundes in den letzten Jahren einiges geändert. Ich habe ja bereits bei der Vorstellung der Rechnungsabschlüsse des Jahres 2001 darauf hinweisen müssen, dass eine Querverbundfinanzierung bei weitem in dem Ausmaß nicht mehr möglich ist, als das in den letzten Jahren noch der Fall war.

Selbstverständlich meine Damen und Herren werde auch ich den vorliegenden Rechnungshofbericht zur Kenntnis nehmen. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Nächster ist Herr GR Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Meine Vorredner haben so viele Stücke aus dem Rechnungshofbericht herausgenommen und ich möchte auch auf einen besonderen Punkt eingehen. Meiner Ansicht nach ein lebensnotwendiger Punkt. Lebensnotwendiger als manch anderer Punkt. Und zwar betrifft es, und sie werden sich vielleicht erinnern können, beim Budget habe ich das schon angesprochen, die offene Sozialhilfe und die dringenden Erneuerungen bzw. neuen Überlegungen die man im Sozialamt oben stellen soll. Just ein Monat später kommt dann der Rechnungshof mit einer ähnlichen bis fast deckungsgleichen Ansicht was das betrifft. Es geht auch um das Personalproblem, was wir oben haben, wo wir einerseits sagen wir haben zuwenig Leute um unsere Dienste sozusagen 100 %-ig auszufüllen, auf der anderen Seite kritisiert der Rechnungshof sehr wohl auch, dass die eingesetzten Leute unter Umständen in Aktenerforschungen unterwegs sind, die halt nicht so effizient sind und wo man sich überlegen muss, ob es denn sinnvoll ist bei einem bestimmten Klientel, speziell jenes das die offene Sozialhilfe beansprucht, ob man die vier Mal im Jahr abprüfen, ob man das Geld, was wir ihnen gegeben haben, eh wieder zurückbekommen. Das beschreibt der Rechnungshof: „Die vierteljährliche Erhebungstätigkeit der Stadt Steyr bezüglich Kostenersatz für bereits gewährte Sozialhilfeleistungen betrafen rund zwei Drittel der Geschäftsstücke. Die Erhebungen erbrachten aber im Wesentlichen keine neuen oder verwertbaren Erkenntnisse“. Es ist ja nur zu bedenken, dass wir einerseits bei den Programmen, das wir mit diesem Klientel versuchen zu betreiben, nicht besonders erfolgreich sind, weil wir da relativ wenig angehen und aus diesem Grunde auch Spitzenführer bei den sämtlichen OÖ Statutarstädten sind was die freiwillige Leistung oder besser gesagt die Einmalhilfe angeht. D. h., wir geben einmal ein Almosen her und rennen ihm dann viermal im Jahr nach ob er es eh zurückbezahlt. Ich denke mir, da ist irgendetwas nicht richtig dabei. Ich denke mir, dass es auch gut wäre, wenn wir Programme entwickeln würden, die vielleicht längerfristig anhalten, die vielleicht eine längerfristige Perspektive für den Klienten bringen, als wie wenn wir ihm einmal einen Tausender in die Hand drücken und

dann renne wir ihm viermal im Jahr nach.

Das steht auch hier herinnen: „... die Erhebungstätigkeit zum Teil weder wirtschaftlich noch zweckmäßig waren sollten die Rückforderungen von Sozialleistungen künftig nur mehr jährlich stattfinden“.

Was auch ein ganz interessanter Hinweis ist und weil wir speziell heute auch noch über einen Tagesordnungspunkt sprechen der sich mit den mobilen Diensten beschäftigt, schreibt hier der Rechnungshof: „... dass die Stadt Steyr verschiedene private Vereine mit der Durchführung von mobilen Diensten beauftrag hat und wendete dafür 9,2 Millionen im Jahr 1995 auf. 14 Millionen Schilling, man merke diese Steigerung, im Jahr 1999. Aber es erfolgte keine nachvollziehbare betriebswirtschaftliche Betrachtung der Vereinsgebarung und keinen Leistungsvergleich mittels Kennzahlen“. Ich denke mir, wir haben das, und ich muss das ehrlich sagen auch noch nie irgendwie verifiziert oder angedacht, dass man genauso gut hergehen könnte, so wie überall in der Wirtschaft, dass man sagt, die Leistungen welche die einzelnen Unternehmungen, die privaten Vereine, für die Stadt bringen, müssen untereinander vergleichbar sein und müssen auch von der Qualität und vom Preis her stimmen. Wir sind aber noch nie auf den Gedanken gekommen, das auch einmal im Speziellen anzuschauen, speziell was unsere drei Vereine bieten. Es hat auch bislang keine Klage darüber gegeben, das muss man auch dazu sagen, nichtsdestotrotz, wenn wir bei jedem Tür und Bauvorhaben, das die Stadt macht, genauestens prüfen, bis ins Letzte und was weiß ich, 5 bis 10 Angebote einholt, warum soll man das nicht auch im sozialen Bereich tun. Ich denke mir das ist ein ganz guter Ansatz und man schreibt: „Es gibt keine nachvollziehbare Betrachtung der Vereinsgebarung und der Kennzahlen und vor allen Dingen sollte man auch diese Leistungen überregional betrachten. Sie müssen in etwa standardisiert sein und diese Standards müssen abgeglichen und mit den Vereinen abgesprochen werden und die Vereine müssen ihre Gebarung auch offen legen“. Ich will nicht schon wieder über die zwei Millionen reden, aber nichtsdestotrotz denke ich mir, ist im Sozialbereich diese komplizierte und aufwendige Gebarung zu überprüfen und einfach zu verbessern. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf und muss mich zu Wort melden, über das Thema feuerpolizeiliche Beschau. Hier im Raum ist mit Sicherheit ein falscher Eindruck entstanden und ich glaube, den muss man korrigieren, vor allem auch im Interesse der handelnden Beamten. Es ist nicht generell so, dass es in Steyr ein Jahr lang keine Feuerbeschau gegeben hat, sondern es hat sich ausschließlich auf einen Teilbereich bezogen. Mit Dienstanweisung ist nämlich der zuständige Bereich für Gewerbeobjekte an die Fachabteilung IV gegangen und diesen Bereich hat es betroffen. D. h. nicht bitte schön die normale Feuerbeschau für die anderen Objekte, die sehr wohl durchgeführt wurden. Ich glaube aber, dass es trotzdem sinnvoll ist darauf hinzuweisen, dass auch in diesem Bereich ein Rückstand ist, in der Beschautätigkeit, der aufgrund von Personalmangel nicht im notwendigen und auch im vorgesehenen Ausmaß stattfinden konnte. Gerade jetzt erst ist wieder ein Hilfeschrei des Fachabteilungsleiters ergangen, weil wieder, das zweite Mal in kurzer Zeit, eine Mitarbeiterin abgezogen wurde, weder in Absprache mit dem Geschäftsbereichsleiter noch in Absprache mit dem zuständigen Referenten, sondern aufgrund von Notwendigkeiten, weil ein Kollege von mir eine Sekretärin gebraucht hat. Auch das ist eine Vorgangsweise die sicher nicht in Ordnung ist und vor allem die Abteilung schädigt und damit nicht gewährleistet, dass wir unseren hoheitlichen Aufgaben im entsprechenden Maß nachkommen können. Ich ersuche hier wirklich eindringlich, dass man eine personelle Ausstattung hat, die auch gewährleistet, dass auch die Aufgaben, die wir machen müssen, auch vorgenommen werden können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Natürlich ist es die Aufgabe des Rechnungshofes, alleine aus der Nennung und Betitelung heraus, ist es schon erkenntlich, dass halt überprüft wird, ob im öffentlichen Bereich auch die Aufgaben dementsprechend erfüllt worden sind. Ich möchte es fast so sagen: „Nobody is perfect“. Natürlich, überall wo gearbeitet wird, wird man auch etwas finden. Es ist auch recht und gut so, wenn wir von Außen her auch über diverse Dinge, die nicht so laufen wie man sich das vorstellt und wie das vielleicht sein sollte, hingewiesen wird. In Anbetracht dessen, dass der Rechnungshofbericht von der Seitenanzahl her äußerst dünn ausgefallen ist, zeigt schon auch, dass eine gute Arbeit, in den Jahren wo die Überprüfung hier stattgefunden hat, ...

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Der inoffizielle Bericht ist eh dicker.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Trotzdem, es könnte ja der offizielle Bericht auch dicker sein. Also, dass hier eigentlich relativ gut gearbeitet worden ist, über diesen Zeitraum. Es ist natürlich auch legitim von den Oppositionen, da auf die Punkte, auf die der Rechnungshof hingewiesen und negativ herausgestrichen hat, hinzuweisen, aber es sei natürlich auch gestattet, auf die positiven Dinge auch hinzuweisen. Ich glaube, das ist auch notwendig und es gebührt auch gerade unseren Beschäftigten in diesem Hause, weil die ja auch in einem hohen Ausmaß dazu beitragen, dass hier gut gearbeitet wird. Ich glaube, eines der wichtigsten Dinge, und das haben wir in den letzte Monaten auch im öffentlichen Bereich so erlebt, dass die finanzielle Entwicklung und der Umgang mit öffentlichen Mitteln sehr kritisch beurteilt und auch ins Auge gefasst wird. Hier haben wir auch Lob vom Rechnungshof bekommen. Der Rechnungshof anerkannte die weitgehend sparsame Mittelverwendung und beurteilte die finanzielle Lage der Stadt Steyr grundsätzlich als solide. Also, das ist schon ein Lob und ich glaube, dass das schon sehr positiv zu sehen ist. Auch bezüglich Verschuldung ist seitens des Rechnungshofes eine sehr positive Bilanz gezogen worden bzw. hat hier eine positive Beurteilung stattgefunden. Ebenso bei den Rücklagen und bei den liquiden Mitteln. Darüber hinaus, was ja auch dementsprechend wichtig ist, die Maastricht-Kriterien sind ja auch in diesem Bericht beinhaltet und auch dort kommt der Rechnungshof zur Beurteilung, dass wir hier in Steyr sehr gut liegen. Also, wir sind nicht Weltmeister, aber wir liegen im guten Mittelfeld der österr. Städte. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher und springender Punkt, dass die finanziellen Mittel sparsam und sinnvoll eingesetzt worden sind.

Noch einen Satz zur mittelfristigen Finanzplanung die fast von jedem Debattenredner angeführt wurde. Natürlich ist im Rechnungshofbericht darauf hingewiesen, aber so kritisch wie das von so manchem Redner gesehen worden ist, sieht das der Rechnungshof eigentlich nicht. Er zitiert: „Da für den mittelfristigen Finanzplan 1998 bis 2001 auf politischer Ebene keine ausreichende Einigung erzielt werden konnte, wurde er nur als internes Arbeitspapier verwendet und in Teilbereichen aktualisiert. Der Rechnungshof empfahl, zumindest in jenen Teilbereichen des mittelfristigen Finanzplanes festzuschreiben, über die politische Übereinstimmung erzielt werden konnte“. Also, das wird hier nicht so krass hingestellt, wobei es natürlich zweckmäßig ist und es sind ja auch die Vorbereitungen in einem hohen Ausmaß schon vorangetrieben, dass wir bis Mitte des heurigen Jahres eine Mittelfristplanung auch erstellen und in den diversen Gremien diskutieren, weil ja bei der Mittelfristplanung auch der politische Wille dahinter steckt, was die nächsten größeren Projekte und Ausgaben in der Stadt Steyr sein sollen.

Ich möchte hier den Anlass nehmen, aufgrund des doch sehr solid ausgefallenen Rechnungshofberichtes, den zuständigen Stellen für ihre gute Arbeit auch zu danken.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Der Herr Vzbgm. Bremm hat eh schon darauf hingewiesen, dass wir über das hier eigentlich nur diskutieren, weil wir in dieser Stadt eine solide Finanzlage haben, weil sonst würde es uns eh nicht geben. Also brauchen wir nicht gar so wehleidig in manchen Bereichen tun, sondern ich denke mir, dass es durchaus angebracht ist, das eine oder andere Mal halt Kritik zu üben, weil halt nicht alles perfekt läuft, aber auf der anderen Seite ist es doch so, dass man weitgehend sagen kann, dass es eine gute finanzielle Situation in dieser Stadt gibt und dass es auf der anderen Seite natürlich auch eine gesunde Basis ist, in diesem Bereich weiterzuarbeiten. Auch im Bereich des Schuldendienstes kann man das durchaus so betrachten.

Ein Thema das also immer wieder vorkommt, im Rahmen solcher Rechnungshofdiskussionen oder in manchen Budgetdiskussionen, ist die Klage darüber, dass das Personal zu teuer ist bzw. dass wir zuviel Personal haben. Auf der anderen Seite steht gerade hier in diesem Rechnungshofbericht auch ganz klar drinnen, und das sollte man sich eigentlich alles hinter die Ohren schreiben und daran denken wenn wir über Einsparungen beim Personal reden, dass mögliche andere Einsparungspotentiale ebenso wenig untersucht wurden, wie die Reduktion kommunaler Leistungen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Personaleinsparung bedeutet die Rücknahme von kommunalen Leistungen. Das bedeutet, dass die öffentliche Hand diese Leistungen nicht mehr bringt, die eigentlich alle Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten. D. h., dass man es irgendwo anders besorgen müsste und der Bürger und die Bürgerin dazu verurteilt würde, es bei einem Privaten sich anzueignen. Das sollte man sich letztlich auch bewusst machen, dass eine Reduktion von kommunalen Leistungen ein Einsparungspotential mit sich bringt, natürlich am Personalsektor und dass ich auf der anderen Seite nicht hergehen kann und sagen, wir müssen immer weniger Personal bekommen, aber die feuerpolizeilichen Untersuchungen, die feuerpolizeilichen Überprüfungen müssen wir schon machen, jeder Autobus soll fahren, möglichst weit, möglichst lang und möglichst schnell, die Straße soll asphaltiert sein und sauber soll es auch sein in dieser Stadt und wenn es gehen würde, hätten wir es gerne, dass jede Woche der Müll weggeräumt wird. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, so geht es halt nicht wenn wir auf der anderen Seite ständig diskutieren dass wir weniger Leute wollen oder weniger Leute brauchen. In diesem Sinne denke ich mir, dass wir manchmal auch darüber nachdenken sollten, was wir wirklich unseren Bürgerinnen und Bürgern bieten wollen. Wenn wir haben wollen, dass sie in Zukunft weiterhin stolz auf diese Stadt sind, sollten wir vielleicht einmal über die Einsparungsdiskussion aufhören.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse. Ich glaube, dass der Rechnungshofbericht nicht anders ist, uns mit Lob zu überschütten. Es gibt andere Anlässe das zu machen, vielleicht zu Weihnachten oder zu Neujahr, aber nicht wenn konstruktive Kritik geäußert wird. Ich denke mir, da stehen so viele Punkte drinnen, die Anlass geben, wirklich darüber zu diskutieren und dieses Gremium ist das richtige Gremium um darüber zu diskutieren. Der Rechnungshof hat einige Punkte aufgegriffen. Der Kollege Apfelthaler hat bereits im Sozialbereich von der Notwendigkeit der Einführung von Kennzahlen gesprochen. Ich möchte einen Bereich herausheben, der mir persönlich sehr wichtig ist und der indirekt den Herrn Vzbgm. Bremm betrifft, nämlich in seiner Funktion als Umweltstadtrat. Die Stadt Steyr ist eine der wenigen Gemeinden in

OÖ die nicht Mitglied des Klimabündnisses ist, die keine Klimaschutzpolitik macht, während sich Linz, Wels und auch das Land OÖ intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzen. Was man da alles machen kann, nämlich Einsparungen zu machen und speziell auch im Energiebereich Einsparungen zu machen, aber die Stadt Steyr wehrt sich seit vielen Jahren dem Klimabündnis beizutreten und auch eine Klimaschutzpolitik zu machen. Im Rechnungshofbericht steht drinnen, es gibt im New-Public-Management Bereiche, wie z. B. das Contracting, wo es Möglichkeiten gibt, Einsparungen auch bei öffentlichen Gebäuden vorzunehmen. Darum meine Bitte, und deswegen melde ich mich auch heute zu Wort, weil es im Budget wieder einmal abgelehnt worden ist, obwohl es die Grünen zum wiederholten Mal gefordert haben, nämlich Klimaschutzpolitik zu machen, dass wir uns wirklich einmal überlegen, dass auch Contracting-Maßnahmen bei öffentlichen Gebäuden angewandt werden. Da gibt es zig Studien auf Landesebene, da gibt es Experten von der Energieverwertungsagentur bis zur Umweltakademie die in OÖ uns zur Verfügung stehen würden. Ich denke, dass speziell bei den alten Gebäuden, die wir in der Stadt haben, ein irrsinniges Einsparungspotential vorhanden ist. Es hat vor einigen Jahren vom Helmut Lemmerer einen Ansatz gegeben, der ist leider im Sand verlaufen. Ich möchte bitten, da doch wieder etwas zu machen. Ich möchte auch die Forderung an die Mehrheitsfraktion stellen, doch einmal dem Klimabündnis beizutreten, weil eigentlich ist es eine Schande, dass beinahe alle Gemeinden in OÖ dabei sind, nur wir sind nicht dabei.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste Wortmeldung Herr Vzbgm. Bremm die 2.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist nicht für die Statistik, dass ich eine Wortmeldung mehr habe, aber als Referent muss ich mich natürlich schon noch dazu äußern und hier schon ein bisschen klarstellen, dass einerseits das Klimaschutzbündnis noch lange nicht bedeutet, dass Steyr eine Klimaschutzpolitik betreibt. Das sind schon zwei paar Schuhe. Mit dem Klimaschutzbündnis beizutreten sind wir Mitglied, wo wir einen Mitgliedsbeitrag zahlen und das andere können wir im eigenen Wirkungsbereich schon Politik und Umweltpolitik betreiben, die auch im Energiebereich Einsparungen udgl. mit sich bringt. Ich möchte schon, Herr Kollege Kupfer, darauf hinweisen, sie sitzen zwar nicht im Umweltausschuss und es dürfte die Kommunikation doch nicht so funktionieren wie es notwendig wäre, wir haben uns gerade im Umweltausschuss mit Energiecontracting sehr intensiv auseinandergesetzt und beschäftigt. Wir haben eine Energiebuchhaltung eingeführt, das geht schon einige Jahre zurück und es ist auch betrieben worden und es ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen im Umweltausschuss und Umweltbeirat. Wir haben einige Projekte versucht hier Interessenten über dieses Energiecontracting, Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten und herbeizuführen um Energie zu sparen. Ein konkretes Projekt war hier das Rathaus. Das Rathaus ist halt ein Bereich, wo ein hoher Energiebedarf ist und wo halt auch relativ viel Energie einzusparen wäre. Es haben sich aber die Interessenten relativ schnell verabschiedet und haben gesagt, das ist kein Geschäft für uns. Im Rathaus, wenn wir das betreiben, können wir kein Geld verdienen, das lassen wir gehen. Wir haben dann versucht, Schulen und andere öffentliche Gebäude hier anzuleiern und solche Betreiber einzuladen und hier Vorschläge zu unterbreiten oder sich ein Projekt herauszunehmen. Es ist bisher nur aufgrund dessen gescheitert, weil sich diese Betreiber mit unseren Gebäuden zuwenig Geschäft gesehen haben. Das ist gewesen, wir lassen nicht locker, aber es ist nicht so, dass wir aus unserer eigenen Initiative heraus nichts getan hätten. Wir haben hier schon eine Menge versucht in Gang zu setzen, aber Energiecontracting wäre nämlich das, dass private Investoren hier Verbesserungen machen und die Bedingungen die kennen wir, die brauchen wir nicht wesentlich dazu erläutern. Also, es ist nicht so, dass wir seitens der Stadt nichts getan hätten. Wenn wir zum Klimabündnis beitreten haben wir auch noch immer nicht erreicht, dass wir weniger Energieverbrauch in der Stadt hätten und hier Energiesparmaßnahmen erreichen können. Es sind zwei unterschiedliche Themen, aber das diskutieren wir eh hin und wieder im Umweltausschuss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Bevor wir zum Schlusswort kommen

möchte ich auch noch einen Satz zum Sozialamt sagen. Im Grunde ist ja das Sozialamt sehr positiv erwähnt worden, auch im Bereich, dass sie sehr sparsame Mittel einsetzen und mit dem Geld gut umgehen. Ich muss schon sagen, man sollte das Sozialamt und die Mitarbeiterinnen nicht negativ hinstellen. Mit den Verträgen mit den mobilen Diensten ist es so, dass jeder Einzelne einen Vertrag hat und dass die einmal Gesamtverträge bekommen werden. Das Land bringt neue Richtlinien, weil wir wissen alle, dass die Generationen so zunehmen, die Lebenserwartung steigt, darum ist es notwendig, einen wirtschaftlichen Vertrag einzusetzen.

Ich darf den Bürgermeister um sein Schlusswort bitten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, vielleicht darf ich auch auf ein paar Themen ganz kurz eingehen. Es ist eh das meiste schon gesagt worden, aber ich bin sicher auch der Meinung vom Vzbgm. Bremm, zum Thema Klimaschutzbündnis. Das Thema Klimaschutzbündnis habe ich mir sehr genau angesehen und im Prinzip ist es so, dass pro Einwohner der Stadt Steyr S 2,00 pro Jahr bezahlt werden müssten, wovon S 1,00 für die Verwaltung verwendet wird und S 1,00 geht für ein Projekt nach Brasilien für die Erhaltung des Regenwaldes, was ja durchaus eine positive Sache ist, nur glaube ich, dass wir unsere Gelder auch für unsere energiesparenden Maßnahmen oder Klimaschutzthemen verwenden können und auch sinnvoll verwenden können. Es ist auch so, dass zum Thema Energiecontracting noch einmal ein Anlauf von uns gemacht wurde, d. h., es wird demnächst schon ein Angebot geben, nachdem es sehr genaue und gute Programme von Anbietern gibt und diese Anbieter uns ganz klar sagen, sie wollen nicht ein Gebäude allein, sondern sie wollen die Straßenbeleuchtung, einen Kindergarten, eine Schule und das Stadtbad z. B. untersuchen und dann entsprechende Vorschläge machen. Wir werden das demnächst bei uns auch haben.

Zum Thema mittelfristige Finanzplanung möchte ich festhalten, dass trotz Fehlens dieser mittelfristigen Finanzplanung wir eine sehr gute Finanzsituation in Steyr vorfinden. Das soll nicht heißen, dass wir diese mittelfristige Finanzplanung nicht brauchen, sondern das ist ganz klar, dass wir diese mittelfristige Finanzplanung in den vergangenen Jahren bereits in einzelnen Feldern gehabt haben, so wie es auch im Rechnungshofbericht steht. Wir werden aber Mitte des Jahres eine umfassende mittelfristige Finanzplanung haben. Ich möchte aber auch dazu festhalten, eine mittelfristige Finanzplanung habe ich in meiner Vergangenheit sehr oft auch in Wirtschaftsfirmen erlebt und solche mittelfristigen Finanzplanungen sind mit großen Risiken behaftet. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass man solche Ereignisse wie 11. September voriges Jahr oder Gesetzesänderungen, Regierungsänderungen ect. nicht vorausplanen kann und dadurch aber wesentliche Einflüsse auf die Finanzplanung der Stadt Steyr möglich sind. Ich möchte das nur festgehalten haben.

Zum GR Payrleithner möchte ich sagen, ein Verbesserungsvorschlagswesen ist sicher eine Sache die positiv ist. Allerdings bin ich der Meinung, dass wir in Zukunft nicht in diese Richtung gehen sollten, dass wir gewisse Einzelkämpfer für irgendwelche Vorschläge belohnen, sondern dass wir trachten sollten, die Gruppe und auch die Gesamtheit des Magistrats und die Magistratsbediensteten dazu zu bringen, Vorschläge zu bringen. Das würde aus meiner Sicht so aussehen, dass wir in Zukunft kontinuierliche Verbesserungsprozesse einführen, was meiner Ansicht nach wesentlich sinnvoller ist, als das Verbesserungsvorschlagswesen noch nach oben zu organisieren.

Das ist meine kurze Stellungnahme zu diesen Themen.

Vergabeordnung ist ein Thema, das wir demnächst unbedingt umsetzen müssen. Ich möchte in diesem Bereich auch mehr Rechtssicherheit erreichen. Es ist so, dass es ja bereits diesen Ausschuss gibt, der sich mit diesen Vergaberichtlinien und dieser Vergabeordnung beschäftigt. Meine Vorstellungen zu diesem Thema schauen so aus, dass es ja eine ÖNORM, ich glaube 5025 oder so ähnlich, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
A 2050.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
... oder A 2050 gibt, und nur die abweichenden Richtlinien sollen von uns in entsprechender Form festgeschrieben werden. Das ist meine Vorstellung von einer Vergabeordnung.

Kennzahlen, das Thema wollte ich auch noch ganz kurz streifen. Wir sind bereits dabei, dass wir entsprechende Kennzahlen für das Magistrat erarbeiten. Ich nehme auch da an, dass es in Zukunft verbesserte Übersichtlichkeit geben wird.

Ich bitte nun um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen nun zu meinem letzten Antrag. Hier geht es um die Neufassung des Stadtstatutes für die Stadt Steyr. Dazu gibt es eine Resolution der F. Ich bitte um Diskussion zu diesem Punkt, nachdem es im Vorfeld schon einige Diskussion gegeben hat.

8) Präs-11/02 Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Neufassung des Stadtstatutes für die Stadt Steyr.

Antrag

gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates betreffend

Neufassung des Stadtstatutes für die Stadt Steyr

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen für die Gemeinderatssitzung am 24. Jänner 2002 den Antrag, nachfolgende Resolution an den OÖ Landtag zu richten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution

An den OÖ Landtag sowie an die zuständigen Mitglieder der OÖ Landesregierung

Beiliegende Änderungen sollen bei der Neuformulierung des Statutes der Stadt Steyr berücksichtigt werden. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Grund für diesen Resolutionsentwurf bzw. Antrag ist folgender. Am 8. November 2001 hat der OÖ Landtag nach längerer Beratung die Novelle zur Gemeindeordnung, übrigens gegen die Stimmen der Freiheitlichen und der Grünen, beschlossen. Grund für die ablehnende Haltung war damals von beiden Parteien, dass es zu einer gravierenden Verschlechterung der Kontrollrechte in der Gemeindeordnung

gekommen sei, und dass die Vertretungsmöglichkeit im Gemeindevorstand abgelehnt worden ist. Also, es waren mehrere Gründe, aber das waren die beiden Hauptgründe. Nun hat es eine Unterausschusssitzung im OÖ Landtag gegeben und aus einem Aktenvermerk geht hervor, dass zuerst die ÖVP gesagt hat, sie stimmt einer alleinigen Novellierung der Wertgrenzen, wie sie vom LR Ackerl vorgeschlagen wurde, nicht zu. Ihrer Ansicht nach ist die Novelle der Statute als Gesamtpaket zu sehen und soll nicht in zwei Tranchen umgesetzt werden. D. h., man wollte zuerst nicht über den Inhalt reden und nicht über die Euroanpassung, man sollte das in einer Gesamtänderung der Stadtstatute sehen. LR Ackerl, der dafür zuständig ist, von seinem Ressort her, zeigte sich überrascht, und erläuterte seine Beweggründe für diese Teilung. Vor allem, und jetzt kommt es, soll die inhaltliche Novelle auch noch die einzelnen Wünsche der drei Statutarstädte berücksichtigen. Das war der Ausgangspunkt, dass wir von unseren Freunden eine Benachrichtigung bekommen haben, das war am 3. Dezember 2001, wo wir dringend ersucht wurden, unsere Vorstellungen einer Novelle des Statutes für die Stadt Steyr bekannt zu geben bzw. unsere Wünsche aus der Erfahrung nach, aus der Gemeinderatstätigkeit, hier mitzuteilen. Wir haben das bekommen, wie gesagt Anfang Dezember, wir haben das mit unseren Kollegen sehr, sehr ernsthaft durchgeführt und über Weihnachten ist ein Entwurf entstanden, der heute und schon seit einigen Wochen am Tisch liegt. Wir haben das sofort am ersten Tag nach der Weihnachtssitzung auch allen anderen Kollegen im Steyrer GR bzw. den Fraktionsobleuten zur Verfügung gestellt, mit der Bitte um Stellungnahme. Wir haben es auch dem Herrn Präsidialdirektor Dr. Alphasamer gegeben, mit der Bitte um schriftlicher Stellungnahme zu unseren Entwürfen, nur es leider bis heute keine schriftliche Stellungnahme gekommen. Der Termindruck ist deshalb entstanden, weil der nächste Unterausschuss im Landtag am 31. 1. stattfindet, das ist nächste Woche, und deshalb haben wir einen gewissen Termindruck, obwohl nicht sicher ist ob schon am 31. 1., nächste Woche, das im OÖ Landtag beschlossen wird. Wir können nur unsere Wünsche bekannt geben. Ob und wie weit der OÖ Landtag unseren Wünschen entgegen kommt, er muss natürlich selbstverständlicherweise auch mit den Wünschen der anderen beiden Statutarstädte abgleichen. Ich habe volles Verständnis dafür. Ich bin auch dafür, dass dieser Entwurf, der jetzt von unserer Seite kommt, es ist versucht worden, sehr objektiv hier einen Entwurf zu machen, dass man hier durchaus auch über das eine oder andere diskutieren kann. Ich habe es nur sehr befremdend empfunden, dass der Bürgermeister der Stadt Steyr in einer Presseaussendung nur einzelne Punkte herausgegriffen und sich negativ dazu geäußert hat. Ich habe mir gewünscht, dass wir das im Finanz- und Rechtsausschuss ausführlich und inhaltlich diskutieren. Es gab nur einen konstruktiven Beitrag bzw. einen inhaltlichen Diskussionsbeitrag, alle andere Diskussionsteilnehmer haben sich inhaltlich verschlossen.

Unser Wunsch wäre, dass die Anzahl der Gemeinderäte auf eine ungerade Zahl geändert werden soll. Ob es jetzt 35 oder 37 wäre, das ist durchaus diskutabel.

Das Einsichtsrecht gehört natürlich neu formuliert und es soll sicher stellen, dass sich alle politischen Mandatare umfassend und vollständig über die Verhandlungsgegenstände informieren können. Das halte ich als wesentlichen Punkt.

Ich halte auch als wesentlichen Punkt, dass der erforderliche Personal- und Sachaufwand für die politischen Fraktionen im Sinne der Bestimmungen des OÖ Landtagsclubfinanzierungsgesetzes gestaltet werden.

Die Anzahl der Vizebürgermeister soll auf einen beschränkt werden. Wir haben derzeit drei und es gibt keine sachliche oder fachliche Begründung für vier Bürgermeister in dieser Stadt. Wir haben auch nur einen Bundeskanzler, einen Vizekanzler bzw. Vizekanzlerin, selbst die Vereinigten Staaten leisten sich nur einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Auch die vom Herrn Bürgermeister in seiner Presseaussendung geäußerten Meinungen, dass dann die Vertretung schwierig wäre. Da ist überhaupt nichts schwierig. Das ist auch in unserem Entwurf, wenn sie es gelesen haben, klar vorgeschlagen, wie dann die Vertretung sein soll. Natürlich wird dann der Vizebürgermeister im Verhinderungsfall den Bürgermeister vertreten und wenn der Vizebürgermeister verhindert ist, dann haben wir vorgeschlagen, soll es das an Jahren älteste GR-Mitglied machen. Da kann man auch

diskutieren darüber, ob das ein Mitglied des Stadtsenates sein soll. Das sind sicherlich Diskussionspunkte wo wir uns unterhalten sollten.

Wenn es gewünscht wird, können wir gerne hier im GR eine umfassende Debatte abhalten. Wahrscheinlich wird das nicht möglich sein. Man kann über den einen oder anderen Punkt hier diese Meinung oder andere diskutieren oder Stellung beziehen. Nur denke ich, dass es wirklich sinnvoll ist oder wäre, bei diesem derzeitigen Wissensstand, dass man hier eine Arbeitsgruppe einsetzt, wie auch im Finanz- und Rechtsausschuss vorgeschlagen worden ist. D. h., ich schlage mit einem Zusatzantrag die Einrichtung eines Unterausschusses im gemeinderätlichen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss vor. Der soll besetzt werden mit je einem Vertreter aller Fraktionen und diese Fraktionen sollen einen Entwurf ausarbeiten und dieser Unterausschuss soll sich binnen einen Monat konstituieren. Ich hoffe, dass man dann hier wenigstens inhaltlich diskutieren kann.

Herr Bürgermeister ich darf ihnen meinen Zusatzantrag überreichen. Ich bedanke mich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es gibt eine weitere Wortmeldung und zwar von der Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Gretchen fragt in Faust den Faust: „Wie hältst du’s mit der Religion?“ Ich frage sie, meine sehr geehrten Damen und Herren und vor allem die Mitglieder der Mehrheitsfraktion: „Wie halten sie es mit der Demokratie?“ Sie brauchen mir das gar nicht zu beantworten, weil es ist zum einen in diesem kleinen grünen Mäppchen, das fast jeder vor sich liegen hat, die das Steyrer Stadtstatut umfassen, wo man schon merkt, dass es also eine Reihe von Ungerechtigkeiten gibt, auf die ich dann eingehen werde, sichtbar und zum anderen, wie die Praxis aussieht. Von der Praxis kann ich viel erzählen. Ich möchte sie nicht langweilen, aber ich möchte ihnen nur eines sagen, jedes Akteneinsichtsrecht in dieser Stadt und jedes Recht was da in diesem Statut drinnen steht, habe ich mir hart erkämpfen und erfechten müssen. Nicht mit Klinge und Schwert aber mit dem Hinweis auf die einzelnen Paragraphen und Bestimmungen die da drinnen stehen. Nicht nur einmal ist es mir passiert, dass ich, obwohl ich ein Recht aufgrund dieses Statuts hatte, zur Akteneinsicht es geheißt hat, na ja, dazu haben sie kein Recht. Dann habe ich wieder mit dem jeweiligen Paragraphen kommen müssen. Anfangs, nur an einem Beispiel, hat es geheißt, ich habe kein Recht, Stadtsenatsprotokolle einzusehen. Ich sitze nicht im Stadtsenat, also darf ich kein Stadtsenatsprotokoll einsehen. Das hat dann ungefähr ein ½ bis 1 Jahr gedauert, bis man das endlich rechtlich geklärt hat, ja selbstverständlich habe ich das Recht in ein Stadtsenatsprotokoll Einsicht zu nehmen. Jedes Recht muss man sich hart erkämpfen. Das Thema Akteneinsicht, denke ich mir, da weiß jeder von ihnen, oder einige von ihnen die sich mehr mit Akten beschäftigen, ist jedes Mal wieder ein Kampf. Inzwischen sehe ich es fast wie ein Spielchen. Spielen wir wieder einmal was darf ich sehen und was darf ich nicht sehen. Nur an einem kleinen Beispiel, bei der Akte Vorwärts, die man ja immer sehr unter Verschluss gehalten hat, ist es mir einmal so ergangen, dass es wiederum ein Thema im Gemeinderat zum Thema Vorwärts gegeben hat. Ich habe darum gebeten, den Akt kopiert zu bekommen. Es wurde mir zugesagt, dass das erledigt werden kann. Die Kopien waren alle da, allein der zuständige Beamte hat dann gesagt, es tut mir Leid, wissen sie eh, ich bin zurückgepfiffen worden, ich darf ihnen den Akt doch nicht sehen lassen. Also, da muss sich etwas tun. Es liegt auch nicht von ungefähr, und das kommt auch nicht von mir, eine Reihe von Aufsichtsbeschwerden beim Land OÖ, was diese Akteneinsichtsrechte anbelangt.

Ja, zum konkreten Entwurf vom Dr. Pfeil. Man muss eigentlich ein bisschen weiter zurückgehen. Man hätte, ich bin sehr froh, dass jetzt seitens ihrer Fraktion wieder eine Anstoß zu einer Statutenreform kommt, allerdings kann ich mich erinnern, bereits vor ungefähr 3 ½ Jahren, also relativ neu nach der GR-Wahl, gab es eine Aufforderung an alle Fraktionen zur Änderung der Geschäftsordnung, ob da irgendjemand an der Geschäftsordnung des Gemeinderates was ändern möchte. Dann hat es von meiner Seite her Vorschläge gegeben, die sind nie behandelt worden, mit

dem Argument, von allen anderen Fraktionen ist nichts gekommen, also brauchen wir eh nicht darüber zu diskutieren. Da waren eine Reihe von Punkten schon drinnen, nicht nur zur Geschäftsordnung, sondern selbstverständlich auch zum Statut. Darum bin ich sehr froh, dass man jetzt zumindest einen neuen Anlauf macht. Ich möchte jetzt nicht auf die Details eingehen, der Herr Dr. Pfeil hat es eh schon ein bisschen angesprochen was in diesem Entwurf drinnen steht, allein mir gehen sie viel zuwenig weit. Wenn man eine Statutenänderung vornimmt, dann muss die viel weitreichender sein. Sie haben selbstverständlich Recht, Herr Dr. Pfeil, wenn sie sagen, es reicht ein Vizebürgermeister, es reicht auf Bundesebene auch, dass ich einen Kanzler und einen Vizekanzler habe, also müsste es auch in Steyr reichen, dass ich einen Bürgermeister und einen Vizebürgermeister habe. Wenn beide verhindert sind, na dann habe ich halt ein Stadtsenatsmitglied das die Aufgaben wahrnimmt. Wo man aber ansetzen müsste, und da hat mir heute ein Begriff vom Kollegen Bremm gut gefallen, die „Quasiopposition“. Sie haben ja so Recht. Es ist völlig schizophoren, und das ist eine der ersten Forderungen, Abschaffung des Proporzsystems auf Gemeindeebene. Es ist doch völlig verrückt, ich lese ständig in der Zeitung, die geschlossene Opposition, heute soll es angeblich wieder eine geschlossene Opposition geben, ich glaube zwar nicht mehr daran, lese ich immer die geschlossene Opposition oder die Opposition. Ja wer ist den bitte in Steyr Opposition und wer ist Regierung? Die Einzigen wo es relativ klar ist, sind die Grünen und die Liberale GR-Fraktion. Beim Rest weiß man es nie so genau, weil alle die mitunter als Opposition geführt werden, werden Mitglied der Stadtregierung sein. Ich frage sie: „Wie soll das gehen, dieses Zwitterdasein?“ Das ist doch schizophoren, dass jemand zugleich Mitglied der Regierung ist und auf der anderen Seite Opposition ist. Außerdem macht es sachpolitisch gar keinen Sinn, weil jeder von ihnen weiß, auf Bundesebene habe ich es ja auch, habe ich ja auch kein Proporzsystem. Ich habe eine freie Bildung der Koalitionen. Warum soll das nicht auf Gemeindeebene auch gehen? Vor allem bringt es eines mit sich, nicht nur die Geschichte, dass der Bürger nicht erkennen kann wer ist jetzt eigentlich Opposition und wer ist Regierung, das ist nicht klar definiert, sondern auch ein anderer Punkt den man immer sieht wenn Wahlen gewesen sind. Na ja, was passiert? Wer bekommt denn die Ressorts die eher interessant sind? Oder wer bekommt denn die, die gut dotiert sind und wem kann man denn etwas wegnehmen? Wenn sie sich so die Ressortbesetzungen ansehen, die letzten Jahre zurück, dann hat man halt immer gemerkt, na ja die, die unter Anführungszeichen halt die Opposition sind, denen kann man immer ein bisschen etwas wegnehmen. Oder man gibt ihnen ein Ressort, aber man hungert sie halt finanziell aus. Also, das ist einer der ersten Punkte, Abschaffung des Proporzsystems.

Zweiter Punkt ist das Antragsrecht für jede Fraktion im Gemeinderat und selbstverständlich auch das Antragsrecht für jeden Gemeinderat hier herinnen. Jeder von ihnen hat ein freies Mandat. Damit er dieses freie Mandat ausüben kann, ist es glaube ich selbstverständlich, dass jeder von ihnen antragsberechtigt ist. Das ist eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit und das ist nicht einzusehen, warum das nicht so sein sollte. Heute habe ich einen konkreten Anlass dafür, ich weiß, es gibt so dieses Gegenargument das schnell einmal von jemanden kommt, na ja, wenn jeder einen Antrag stellen darf, dann haben wir hier herinnen lauter Juxanträge und dann ersticken wir in Anträge. Sehr geehrte Damen und Herren, derjenige der einen Juxantrag einbringt disqualifiziert sich eh selbst. Wenn ich heute denke, aktuelles Beispiel Tagesordnungspunkt Nr. 15), das ist sicherlich kein Juxantrag, war aber nur möglich, dass ich den als Liberale GR-Fraktion eingebracht habe, dadurch, dass dankenswerterweise der Herr StR Mayrhofer diesen Antrag unterstützt hat. Sonst wäre er gar nicht auf die Tagesordnung gekommen. Was wäre denn dabei, wenn ich den ohne eine Unterstützungsunterschrift eingebracht hätte? Sie können ihn ja gerne ablehnen. Das ist Demokratie. Aber zumindest die Möglichkeit zu schaffen, dass alles im Gemeinderat behandelt wird. Das war der zweite Punkt.

Der dritte Punkt, die Vertretungsmöglichkeit von Mandataren. Es ist dem Gleichheitsprinzip völlig widersprechend, dass ich mich in einer Gemeinde mit 100 Einwohnern, 200 Einwohnern vertreten lassen kann als Mandatar, in den Statutarstädten Linz, Wels und Steyr aber nicht. Gerade dort wo mehr Arbeitsanfall ist, wo es ein Mehr an Verantwortung dadurch gibt, soll sich ein Mandatar nicht vertreten lassen können. Noch dazu wo eine Statutenreform, die jetzt auf Landesebene vorgesehen ist, ja sehr wohl eine sogenannte Spiegelung der Gemeindeordnung vornimmt, wo man sagt, man

möchte die Statute an die Gemeindeordnung anpassen. Aber genau in diesem Punkt, was in jeder kleinen Gemeinde in OÖ gilt, nämlich sich vertreten zu lassen von jemanden anderen der kandidiert hat, das soll in einer Statutarstadt nicht möglich sein. Ich frage sie warum? Und erst dann, wenn es diese Vertretungsmöglichkeit gibt, dann macht auch das Sinn was der Dr. Pfeil vorschlägt, nämlich eine ungerade Zahl an Gemeinderatsmitgliedern. Dann macht das Sinn, vorher nicht. Weil so wie heute, fehlen halt ein paar GR-Mitglieder, dann ist es wieder einmal gerade und einmal ungerade. Das macht keinen Sinn. Dann müsste man es natürlich anpassen, sie haben die Zahl gesagt, 35 oder 37, na ja, eines wäre nicht einsichtig, dass Steyr dann 35 hat und Sierning nach wie vor 37. Das müsste man dann ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann hätten wir doppelt so viel.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... nein, aber man müsste das dann einfach anpassen. Im Prinzip gebe ich ihnen Recht, dass es sinnvoll ist eine ungerade Zahl zu haben, aber natürlich nur wenn ich diese Vertretungsmöglichkeit habe. Diese Vertretungsmöglichkeit im GR und auch in den Ausschüssen hätte meines Erachtens nicht nur einen demokratiepolitischen Punkt, sondern auch, dass der Wissensstand in Ausschüssen ein größerer sein könnte, weil ich glaube nicht, dass jeder Mandatar über alles Bescheid wissen kann. Ich glaube auch nicht, dass jeder Mandatar in allen ein Fachmann ist. Je mehr Leute ich in den GR und in die Ausschüsse hineinbringe, und mir immer auch Experten von der Liste holen kann, um so eine größere Qualität habe ich immer in Ausschüssen. Ich sage ihnen nur ein Beispiel wo das Ganze sichtbar wird. Wir werden das Thema heute noch haben, die Sporthalle. In der Jurysitzung für die Sporthalle waren die politischen Fraktionen eingeladen, ich war aber an diesem Tag verhindert. Ich habe ein Schreiben bekommen, ich solle mich bitte um eine Vertretungsmöglichkeit bemühen. Allerdings war das scheinbar so ein Serienschreiben, das an alle ergangen ist, wo man nicht daran gedacht hat, dass ich mich ja nicht vertreten lassen darf, nachdem ich das einzige Mitglied der Fraktion bin. Aber nachdem ich dieses Schreiben erhalten habe, habe ich es weitergeleitet an jemanden der auf der Liste kandidiert hat und sie ist dann in meiner Vertretung in diese Jurysitzung hineingegangen. Witzig war dann das, in dieser ganzen Jury ist kein Bauexperte gesessen von der politischen Ebene her. Sie, als gelernte Bautechnikerin, die ihren Beruf auch ausübt, wäre die Einzige gewesen, die wirklich von der Sache sehr viel Ahnung hat, weil sie beruflich jeden Tag damit zu tun hat. Sie hat man nach Hause geschickt, weil man gesagt hat, es gibt ja keine Vertretungsmöglichkeit. Das ist doch schlichtweg absurd. Vielleicht hätte man sich manchen Nonsens im Bezug auf die Sporthalle erspart, wenn man vielleicht mehr an Kompetenzleistungen hineinbringt. Das war der dritte Punkt, die Vertretungsmöglichkeit.

Der vierte Punkt, der wird den Bürgermeister nicht sehr freuen, ist die Vorsitzführung betreffend. Ich glaube, dass man sich sehr wohl auch überlegen sollte, gerade zu einem Zeitpunkt wo der Bürgermeister mehr an Machtfülle bekommen hat, auch dadurch, dass er direkt gewählt ist, zumindest soll es der Regelfall sein, dass man auch die Vorsitzführung neu überdenkt und ein Rotationsprinzip einführt, indem einfach in einem Art Radl jeweils die Fraktionsvorsitzenden den Vorsitz führen. Das würde dazu führen, dass erstens einmal jeder daran interessiert ist die Sitzung gut zu führen, dass die Leute natürlich auch fair handeln, weil sie möchten ja beim nächsten Mal, dass der andere, der den Vorsitz führt, den fair behandelt und es würde auch nicht zusätzlich zu Kosten führen. Ich kann mich erinnern, der jetzige Bürgermeister braucht sich eh nicht angesprochen fühlen, weil er das ja noch nicht allzu lange macht, wie oft es doch vorgekommen ist, dass frühere Bürgermeister nach dem Ende der Debatte dann noch eine halbe Stunde lang zu diesem Thema geredet haben und man selbst hätte dann etwas berichtigen wollen und man hat nicht mehr die Möglichkeit gehabt, weil es war halt Schluss der Debatte. Wenn ich die Vorsitzführung jeweils ändere, wird das vielleicht nicht passieren.

Der fünfte Punkt, aber sicherlich nicht der letzte von seiner Priorität her, wäre die Einführung einer Bürgerfragestunde. Warum ich den Bürger am Schluss habe ist ganz einfach der Punkt, dass ich

davon ausgehe, dass man eine Demokratie nur dann nach außen leben kann, wenn man sie auch nach innen lebt. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass die Bürger die Möglichkeit haben Fragestunden zu haben, vor dem Gemeinderat oder nach dem Gemeinderat, wo die verantwortlichen Politiker Rede und Antwort stehen müssen, wo sie nicht dann hinten sitzen müssen und einfach nur zuhören, sondern einfach auch die Möglichkeit haben selbst das Wort zu ergreifen.

Das waren einmal die fünf wichtigsten Punkte. Selbstverständlich unterstütze ich sie, Herr Dr. Pfeil, in diesem Zusatzantrag eine Arbeitsgruppe einzurichten. Das halte ich auch für sinnvoll. Allerdings halte ich es für sinnvoll eher gestern als heute, weil wirklich der Zug sonst abfährt und das Statut eigentlich beschlossen wird vom Landtag ohne dass wir groß eine Einsichtsmöglichkeit gehabt haben. Was ich ein bisschen kritisieren möchte, jetzt was ihren Vorschlag anbelangt, nicht den Vorschlag an sich, sondern seitens des Amtes, ich erwarte mir, wenn ein solcher Antrag kommt, dass es von Amtes wegen zumindest eine Stellungnahme dazu gibt, was ist von diesem Statut zu halten, weil nicht jeder GR ist Jurist und zum anderen hätte ich mir erwartet, dass zumindest der Entwurf für ein neues Statut dem Akt beiliegt. Witzigerweise habe ich in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung diese Woche hören müssen, dass die Stadt Steyr diesen Entwurf ja noch gar nicht vorliegen hat, der auf Landesebene bereits da ist. Wenn es mir, als Mitglied einer Fraktion die nicht im Landtag vertreten ist, möglich ist diesen Entwurf zu haben, dann frage ich mich, warum ihn die Stadt Steyr nicht hat. Also scheinbar möchte man auch gar nicht, dass sich die Mandatare hier näher beschäftigen. Das Einzige was ich mir von ihrem Entwurf so angeschaut habe, Herr Dr. Pfeil, wo ich in der Ausschusssitzung gesagt habe das kann ich mir nicht vorstellen, ist die Geschichte mit dem Akteneinsichtsrecht, dass ich das nur mehr schriftlich machen kann. Wenn ich vorher schriftlich deponieren muss was ich gerne sehen möchte und dann drei Tage Zeit habe das zu erledigen, dann wäre es für mich als Mandatar nicht mehr möglich zu arbeiten. Aber ich glaube das sind Details über die man sicherlich auch noch reden kann. Aber eine Reform des Stadtstatutes ist sicherlich dringend notwendig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Feller-Höllner.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte im Gegensatz zu meiner Vorrednerin doch konkreter wieder auf einzelne Punkte des Antrages oder der vorliegenden Resolution der FPÖ eingehen. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Punkte sehr eingehend zu studieren, wobei ich natürlich vorausschicken möchte, keine juristischen Vorkenntnisse zu haben, aber ich denke es gibt einige Dinge die mit klarem Menschenverstand sehr schnell und sehr leicht zu durchschauen sind. Der einzige Punkt in dem ich ihnen, Frau Kollegin Frech, Recht gebe, unter der jetzigen Voraussetzung, ist die Angelegenheit mit der Änderung der Zahl der GR-Mitglieder. Für eine Änderung in der derzeitigen Form, denke ich mir, gibt es wirklich keine triftigen Argumente. Eine Stimmgleichheit würde sich bei einer ungeraden Zahl von Mandaten ergeben, sobald sich ein Mitglied des GR der Stimme enthält. Es muss auch nicht unbedingt, denke ich mir, auf Muster aus anderen Gemeinden zurückgegriffen werden, wenn sich eine Bestimmung, wie es diese in Steyr ist, durchaus bewährt hat.

Zum Informationsfluss. Es steht außer Zweifel, dass allen Mandataren eine bestmögliche Information, insbesondere bei Sitzungsvorbereitungen, gewährleistet sein muss. Daraus aber eine generelle und allgemein gültige Akteneinsicht in alle Verfahrensakte des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt abzuleiten, ist nicht nur völlig überzogen, sondern auch rechtlich unhaltbar. Die FPÖ-Fraktion will damit eine Einsicht in alle Angelegenheiten, sei es jetzt als Beispiele angeführt Steuerangelegenheiten, Bauangelegenheiten, Sozialakten ect. Ich denke sie müssen zur Kenntnis nehmen, Herr Dr. Pfeil, dass ein so umfassendes Einsichtsrecht schon aus dem Grunde des Schutzes der Grundrechte der Bürger nicht möglich ist und sich so auch keiner gemeinderechtlichen Vorschrift bundesweit befindet. Es ist vielmehr anzunehmen, dass das aus

solchen Akten gewonnene Wissen weniger der Information oder Sitzungsvorbereitung dienen soll, sondern vielleicht eher der Bekämpfung politisch Andersdenkender. Daher meine Meinung zu diesem Thema: Informationsrecht ja, grundsätzlich ja, eine generelle Akteneinsicht nein. Unterlagen, soweit solche für die Beurteilung von Sachverhalten nötig sind die auf der Tagesordnung des Ausschusses, von Ausschüssen des Stadtsenates oder Gemeinderates stehen.

Zu einem anderen Kapitel, nicht weniger pressant. Dem schon recht abgenutzten kleinen Mann auf der Straße haben ja die Freiheitlichen bekanntlich vor den Wahlen ein Paradies an geminderter Bürokratie und sinkenden Steuern versprochen. Die Wirklichkeit ist uns allen bekannt. Nun soll nach dem Vorschlag der FPÖ auch in der Stadt Steyr das ungünstige System mit ministerielle Kabinette auf Kosten der Steuerzahler Einzug halten. Im Änderungsvorschlag nennt sich das im Konkreten: Ersatz des erforderlichen Sach- und Personalaufwandes. So als ob es in unserer Stadt nicht seit Jahren ein funktionierendes System der Förderung der politischen Arbeit der Fraktionen gäbe. Dazu noch eine ganze Fülle von Wünschen an Räumlichkeiten, die an einen eigenen Verwaltungsbau für politische Parteien denken lassen. Meine Ansicht dazu ganz klar: Vernünftige Arbeitsbedingungen für alle Fraktionen im Rahmen der gegebenen organisatorischen räumlichen und finanziellen Mittel. Zu einem wirksamen Beschluss eines Kollegialorganes ist die Zustimmung der absoluten Mehrheit der in beschlussfähiger Anzahl versammelten Mitglieder erforderlich. Wobei die abzustimmende Angelegenheit mit ja oder nein zu beantworten ist. Für eine dritte Antwort, und damit gehe ich auch ganz konkret auf einen Punkt ihrer Resolution ein, bleibt daher logischerweise kein Raum. Es sind meiner Meinung nach daher Stimmenthaltungen notwendigerweise den Neinstimmen zuzurechnen. Würde man der Argumentation ihrer Fraktion folgen, könnten sich von 36 Mitgliedern des GR 33 der Stimme enthalten, zwei Mitglieder stimmen für einen Antrag, ein Mitglied dagegen. Also, solche paradoxe Situationen glaube ich können wohl nicht im Sinne von sinnvollen Reformen und Regelungen sein.

Ein besonderes Prunkstück in dem FPÖ-Vorschlag ist die Idee den unterlegenen Kandidaten in der Bürgermeisterdirektwahl automatisch zum Vizebürgermeister zu wählen. Eine Wahl ist ja bekanntlich eine Entscheidung zwischen zwei Kandidaten und wenn die Bürger sich mehrheitlich für den vermeintlich besseren Kandidaten entschieden haben, so denke ich mir ist dieser Wille auch zu respektieren. Selbst die demokratiebewussten Amerikaner, ich will es jetzt nicht verallgemeinern, aber vielleicht sogar manchmal in einem übertriebenen Demokratiebewusstsein, kämen sicherlich nie auf die Idee in einem Präsidentschaftswahlkampf den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten dem neugewählten Präsidenten als Vizepräsidenten unterzujubeln.

Ich möchte wirklich nicht auf alle Punkte eingehen obwohl ich mir jeden einzelnen Punkt sehr genau angesehen habe. Eine abschließende Überlegung sei mir noch gestattet. Die Bestimmungen der OÖ Kommunalwahlordnung, dass der Bürgermeister bis zum Ablauf des 4. Jahres direkt von der Gesamtheit der Wahlberechtigten gewählt wird, hat sich durchaus bewährt, ist landeseinheitliches Recht und bedarf daher keiner speziellen Bestimmung im Statut. Die diesbezüglichen Änderungsvorschläge der FPÖ sind daher entbehrlich. Auch die seitens der FPÖ gestellte Forderung nach einer Reduzierung der Mitglieder des Stadtsenates denke ich mir sind mit den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit begründet und, ich habe es am Anfang meiner Ausführungen schon gesagt, genau diese Forderungen dürften am Anfang dieser Resolution etwas in Vergessenheit geraten sein.

Auch dem Vorschlag einen neu einzufügenden § 40 a, es geht jetzt darum, dass der zweitstärksten Fraktion zwei Mitglieder zugebilligt werden, denke ich mir ist auch eine sehr leicht durchschaubare Intention der FPÖ und entspricht nicht den demokratischen Grundsätzen. Ich möchte auch in dieser Hinsicht noch die Anmerkung machen, dass es absolut nicht gottgewollt und festgeschrieben steht und da unterstelle ich ihnen schon einen gewissen Hintergrund bei dieser Änderung, dass die FPÖ, zeit ihres Daseins, in Zukunft auch immer an zweiter Stelle nach dem Wahlergebnis hervorgehen wird.

Ich hätte noch eine ganz lange Liste, ich möchte aber in ihrem Interesse diese einzelnen Punkte nicht mehr zur Kenntnis bringen. Ich denke mir, grundsätzlich kann man über alles diskutieren, es sind Reformen anstrebenswert, es gibt immer Dinge, die man verbessern kann, aber der vorliegenden Antrag, in diesem Sinn, in ihren Ausführungen, der FPÖ, wird von unserer Seite sicherlich nicht akzeptiert werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich meiner Vorrednerin nicht anschließen, beim besten Willen nicht. Eines ist schon klar, dass ein jeder Vorschlag für eine Änderung durchaus diskutabel ist. Man kann jetzt unterschiedlicher Auffassung über die einzelnen Punkte sein, aber generell und pauschal zu sagen das wollen wir nicht und darum diskutieren wir auch nicht, so kann es nicht sein. D. h., ich glaube, dass die Vorgangsweise die im Finanz- und Rechtsausschuss getroffen wurde, dass man gesagt hat wir diskutieren darüber, schauen wir, dass wir alle dieselbe Information haben, teilen wir diese Grundlage, die das Land jetzt schon einmal an alle Fraktionen herausgegeben hat, aus, studieren wir uns das durch, diskutieren wir darüber, dass das zielführend ist. Das ist auch der Grund warum man heute mit Sicherheit diesem Dringlichkeitsantrag nicht die Zustimmung geben kann, nicht der Dringlichkeitsantrag, sondern Antrag auf eine Resolution an den OÖ Landtag. Das ist ganz klar, dass wir dem heute, schon alleine deswegen weil wir es auf die nächste Ausschusssitzung verschoben haben, nicht die Zustimmung geben können. Ich halte allerdings einige Punkte des Vorschlages durchaus für interessant und diskussionswürdig und kann mir vorstellen, dass man sich dem anschließt. Wie sinnvoll es ist so einen Antrag zu stellen und dann gleich in die Medien zu gehen, das weiß ich nicht, ob da nicht der Vater des Gedankens war, ich möchte wieder einmal einen Medienauftritt, ich möchte damit ein mediales Podium haben und das zeigt sich auch heute in dieser Diskussion, dass man vor allem eines möchte, man möchte wieder einmal mit einer Aussage in der Zeitung stehen. Wenn es wirklich um den Sinn der Sache geht, dann muss man wirklich intern diskutieren, weil ich glaube nicht, dass die Bevölkerung hier jetzt ein Interesse hat, sondern das sind eher Regeln die uns betreffen und die für uns das politische Arbeiten ermöglichen sollen.

Aber um jetzt auf meine Vorrednerin einzugehen, einmal eine Wahl ist nie eine Entscheidung zwischen zwei Personen, vor allem auch eine Bürgermeisterwahl natürlich nicht. D. h., sich zur Wahl zu stellen haben alle Fraktionen, auch beim Bürgermeister. Ein Einsichtsrecht in Akten, nicht nur wenn sie auf der Tagesordnung stehen, kann z. B. auch notwendig sein um Anträge zu formulieren oder um sich die Informationen zu holen um politisch im Interesse der Bürger arbeiten zu können. D. h., ich glaube, dass eine Erweiterung des Informationsrechts durchaus eine legitime Sache ist, im Interesse des Bürgers und für politisches Arbeiten notwendig ist. Und gleiche Voraussetzungen zu schaffen, auch bei einer Infrastruktur der Parteien, ist, glaube ich, ebenfalls legitim. Bis jetzt gibt es halt eine interne Regelung, aber es ist nirgends festgeschrieben. Wenn man das einmal in Schriftform bringen will, ist das durchaus auch eine legitime Sache und darüber wird man diskutieren können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Wetzl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kolleginnen und Kollegen, es erübrigt sich aus meiner Sicht da lang und breit auf einzelne Punkte einzugehen, die Entscheidung über die Resolution steht ja ohnehin schon fest. Indem ich nicht besonders gerne über Dinge rede die ohnehin schon feststehen, Redeübung will ich keine halten, nur zwei wesentliche Punkte.

Erster Punkt: Akteneinsicht. Es kann ja bitte nicht sein, dass einzelnen GR-Mandataren oder Stadtsenatsmitgliedern das Recht verwehrt wird in Akten Einsicht zu nehmen, welche die Angelegenheit der Gemeinde treffen. Das muss doch bitte eine Selbstverständlichkeit sein. Herr Dr. Alphasamer, in jedem Rechtsverfahren, Verwaltungs-, Straf-, Zivilverfahren haben die Betroffenen natürlich ein umfassendes Recht auf Akteneinsicht. Das kann unter Umständen, wie sie wissen, zeitlich beschränkt werden, wenn es um irgendwelche Betriebsgeheimnisse geht, aber jetzt führe ich auch schon nicht weiter aus, aber in concreto, wenn es darum geht, wie hier im Gemeinderat, den einzelnen Mandataren Einsicht zu nehmen, das ist doch bitte absolute Selbstverständlichkeit. Das hat ja auch der Verfassungsgerichtshof in dem hier zitierten Erkenntnis, das ich nachgelesen habe, ja ausdrücklich ausgesprochen. Und zwar wörtlich: „Dass jeder Gemeinderat die aktuelle und rechtlich abgesicherte Möglichkeit haben muss, sich über die zur Verhandlung gelangenden Angelegenheiten zu informieren.“ Bitte, das sind ja solche Selbstverständlichkeiten, über die dürfte ja normalerweise überhaupt nicht diskutiert werden. Ich frage sie: „Warum soll denn einem GR-Mandatar die Akteneinsicht verwehrt werden?“ Das soll mir einer beantworten. Warum? Hat da einer ein schlechtes Gewissen? Soll etwas verheimlicht werden? Da muss es einen Hintergrund geben. Nämlich, dass jemand, ein GR-Mandatar, der später dann darüber entscheiden soll, von einer Information, die vielleicht einem politischen Organ, ganz gleich welcher Couleur, im Stadtsenat z. B. sind ja eh alle Mitglieder, bzw. drei Parteien vertreten, dass irgendeine Information die einem politischen Organ vielleicht nicht passt, dass die nicht an die Öffentlichkeit gelangen soll. Das ist nichts anderes, wenn man das so auffassen würde, dass die Akteneinsicht verwehrt wird, als eine Vertuschungsaktion. Es kann bitte auch nicht sein, und ich glaube, die Beamten haben überall etwas anderes zu tun, als über Beschwerden zu entscheiden, über die nichtgewährte Akteneinsicht, dass da wieder eine Aufsichtsbeschwerde gemacht werden muss, dass dieser Folge gegeben wird, da sitzen wieder Juristen, na klar, und dann kommt die Entscheidung und dann darf er doch einsehen, Wochen später natürlich.

Ihre Ansicht, Frau Feller-Hölller, dass das ein Institut, das habe ich wörtlich aufgeschrieben, zur Bekämpfung von Andersdenkenden sein soll, entschuldigen sie, ...

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:
Instrument!

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

... Instrument, das ist ja schon peinlich. Ich sage ihnen, das ist wirklich schon peinlich. Das kommt einen Juristen wirklich selten unter. So ein Institut zur Bekämpfung von Andersdenkender. Im Bauakt haben sie gesagt, wenn man im Bauakt vom Huber Maxl Einsicht nimmt, dass man dann Informationen entnimmt, dass der Huber vielleicht nicht richtig gebaut hat. Wissen sie, also das kann nur jemand sagen, dessen Ideologieverständnis weit über jedem Recht ist. Wenn das natürlich vor geht, dann sehe ich das ein, aber da lasse ich sie in ihrer Welt, da hat es wahrscheinlich keinen Sinn, darüber zu diskutieren.

Nur zur Vollständigkeit halber, wenn es heißt in 9 b, Abs. 3), dass ein schriftlicher Antrag einzubringen ist, dann wird genau diese Gefahr, die sie sehen, nur sie, des Missbrauchs ja ausgeschaltet. Wenn nämlich vorher dokumentiert wird, dass z. B. der Kollege Pfeil in den oder den Akt Akteneinsicht nehmen will, dann ist das ein für allemal eingehalten, nämlich natürlich auch in dem Akt, dass der Dr. Pfeil am, was weiß ich was, Akteneinsicht begehrt hat. Dann soll mir noch einer sagen, da soll irgendein Missbrauch oder was sein. Das ist doch bitte lächerlich, es erübrigt sich schon, da weiter darauf einzugehen.

Nächste Punkt; meines Erachtens eine absolute Selbstverständlichkeit, ist der § 40 a, der den Kontroll- und Prüfungsausschuss betrifft. Bitte, dass dem Kontroll- und Prüfungsausschuss Nichtmitglieder des Stadtsenates und Gemeinderäte, das ist der nächste Punkt, da stoßen sie sich nicht daran, GR die mit der Stadt in einem Dienstverhältnis stehen, nicht diesem Prüfungsorgan angehören sollen, ist meines Erachtens auch eine Selbstverständlichkeit. Eine absolute

Selbstverständlichkeit. Wer ein bisschen ein objektives Rechtsverständnis hat, muss einfach zu dem Schluss kommen. Es kann doch nicht sein, dass Organe der Stadt, sprich des Stadtsenates, im Zivilrecht wäre es der Vorstand einer Gesellschaft oder Geschäftsführung, sich quasi selbst kontrollieren. Das gibt es doch nirgends, das ist absurd. Da ist bitte ein Handlungsbedarf. Das ist so ähnlich wie bei einer Betriebsprüfung, wenn es heißen würde bei einer Betriebsprüfung, den Betrieb sollen die Arbeitnehmer kontrollieren. Ja, da wird was herauskommen. Es geht jetzt überhaupt nicht zu beurteilen um die einzelnen Mitglieder die jetzt sind, derzeit sind viele Mitglieder des Prüfungsausschusses auch gleichzeitig Angestellte des Magistrates, ich gebe da keine Wertung ab, aber insgesamt muss es das Ziel sein.

STADTRAT WALTER OPPL:

Wer?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Na, sind sie nicht beim Magistrat?

STADTRAT WALTER OPPL:

Seit dem Moment wo ich Stadtrat ...

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Aber vorher waren sie es. Ich habe von beidem gesprochen, aufpassen. Dienstverhältnis und Stadt, so steht es auch drinnen. Das schaut aus optischen Gründen, ich sage das ganz objektiv, einfach nicht gut aus und es betrifft ja alle Parteien, das ist ja nicht parteipolitisch, aber aus optischen Gründen sieht es nicht gut aus, wenn eigene Dienstnehmer die Gebarung der Stadt, die wird ja da kontrolliert, na klar, kontrollieren. Das ist einfach rein aus optischen Gründen. Da ist nichts Ideologisches oder sonst was dahinter. Das sind nur so typische Sachen, die man meines Erachtens aus Gründen der Optik einfach in diesem Sinne regeln sollte, in Zukunft. Heute wird natürlich der Antrag abgewiesen werden, wie ich schon gesagt habe, aber es sind durchaus Sachen, die man in Zukunft aufgreifen sollte, wenn man halt sozusagen ein gesundes Rechtsverständnis hat. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Dr. Wetzl, es ist nicht so, dass man es jetzt eh schon weiß, dass man den Antrag hinunterstimmen wird, weil das Demokratieverständnis ist ja bei den Mehrheiten sowieso nicht gegeben. Das ist so die Grundeinschätzung und die Grundhaltung. Ich nehme für uns schon in Anspruch, dass das schon anders ist, aber es gibt halt Mehrheiten und diese sind auch demokratisch zur Kenntnis zu nehmen. Das wollte ich nur so grundsätzlich ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist demokratisch?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Eine Mehrheit ist vom Volk gewählt und das ist auch zur Kenntnis zu nehmen und mit dem muss man auch umgehen. Die Frau Frech sagt ja eh immer, wenn sie Recht bekommen, dann ist alles in Ordnung, dann ist das Demokratie. Wenn sie nicht Recht bekommen, ist das nicht demokratisch, weil dann gibt es die böse Mehrheit.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist eine Unterstellung die ich auf das Schärfste zurückweise.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Jawohl Frau Kollegin, dann hören sie sich einmal an was sie alles sagen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich weiß ja schon was kommt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, sie sollen sich selbst öfter anhören was sie sagen, sie sollen sich das am Tonband anhören, dann kommen sie auch zu der Auffassung. Sie wissen noch gar nicht was ich sage, sie werden ganz überrascht sein, Frau Kollegin Frech.

Ich wollte das wirklich nur dazu sagen, weil es schon befremdend ist, wir haben am Dienstag Finanz- und Rechtsausschusssitzung gehabt und wir haben dort eine einhellige Vorgangsweise gewählt. Sie sind zwar ein bisschen früher gegangen Herr Dr. Pfeil, aber es war der Kollege Eichhübl dabei, wir haben dort eine Vorgangsweise gewählt, wir haben gesagt, indem dass das eine umfassende Materie ist, gehört die auch intensiv diskutiert. Es wird jede Fraktion von ihrer Landtagsfraktion diesen Entwurf und eine Stellungnahme einholen und wir werden im nächsten Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss diese Debatte weiter führen. So ist das vereinbart gewesen. Ich habe es heute schon verstanden, dass man das kurz erläutert, aber dass man sehr intensiv in die Debatte über die einzelnen Punkte eingeht, ist nicht nachvollziehbar und die Debatte ist von euch so angefangen worden. Trotz allem wollen wir an den demokratischen Spielregeln festhalten und ich mache daher einen Antrag zur Geschäftsordnung in der Form, dass wir den heute nicht hinunterstimmen, sondern, dass wir diesen Antrag an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zuweisen und den Antrag dort in Behandlung nehmen. Das ist der Antrag zur Geschäftsordnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu? Will sich noch jemand zu Wort melden? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe einen ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zur Geschäftsordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, zur Geschäftsordnung, passt schon. Ich habe einen Zusatzantrag gestellt, der heißt, dass dieser Antrag nach der Debatte als erweiterter oder weitestgehender Antrag dann einem Unterausschuss des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses zugewiesen werden soll, wobei jede Fraktion ein Mitglied dort bestimmen soll, weil ich es für effizienter halte in einem kleinen Rahmen, wo jede Fraktion mit einem vertreten ist, das einmal auszudiskutieren. Mir fehlen ja bis jetzt alle anderen Vorschläge. Wir waren die Einzigen die bis jetzt einmal schriftliche Vorschläge deponiert haben. Ich habe von niemandem gehört, schriftlich, was von einer anderen Seite besser gemacht werden könnte. Ich denke, dass es eine kleine Gruppe besser kann, als ein ganzer Ausschuss, der dann wiederum alle 6 bis 8 Wochen tagt, wobei man dann frühestens zu einem Ergebnis in einem Jahr kommt. Das stelle ich mir nicht vor. D. h., ich würde sie schon ersuchen meinen Zusatzantrag vorerst anzunehmen, weil ansonsten eine effiziente Arbeit in diesem Ausschuss wahrscheinlich schwieriger wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber er wird auch zum Arbeiten bereit sein. Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Zum Geschäftsordnungsantrag, den kann ich nur

bejahen, weil wenn man sich die Geschichte anschaut wie zum ersten Mal der Zettel aufgetaucht ist bis hin zur letzten Finanz- und Rechtsausschusssitzung, war das ja so, dass eigentlich niemand gewusst hat was man mit dem Ding überhaupt anfangen soll, weil was soll die Resolution überhaupt bewirken. Ich denke mir, wenn das gründlich diskutiert werden soll, soll das bitte nicht überhapps passieren, sondern dann soll das intensiv und auch mit einzelnen Rechtsmeinungen dazu, auch seitens der Beamtenschaft, weil es kann ja nicht so sein, dass wir uns im Husch-Pfusch-Verfahren darüber hinweglassen und dann ist das nichts anderes als eine Resolution mit einer Bitte, geh' lest sie euch im Landtag einmal durch, schaut sie euch einmal an, seid doch so nett usw. Das kann doch wohl nicht der Fall sein. Oder? Also, wenn dann muss erstens einmal der Landtag damit einverstanden sein und vorher müssen die Statutarstädte damit einverstanden sein und das erledigen wir bitte nicht in einen halben oder einen ganzen Monat.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Na, wenn es eine Resolution an den Landtag sein soll und das für andere Statutarstädte auch gelten soll, nach dem üblichen Recht, dann müssen die natürlich auch etwas dazu sagen, weil unser Statut ist ja ähnlich dem Linzer und dem Welser Statut und die werden sich da nicht jetzt plötzlich was auf das Auge drücken zu lassen, ohne auch darüber gründlich zu reden. Also, ich denke mir, so wie es bei vielen Anträgen der FPÖ ist, ist auch manchmal ein Splitter an Wahrheit oder an nicht so schlechten Sachen drinnen, nur wie es jetzt ist, schaut es mir so aus Herr Dr. Pfeil, dass sie als Tiger gestartet und als Bettvorleger geendet sind.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich persönlich ziehe den Zusatzantrag des Herrn Dr. Pfeil vor und zwar ganz einfach mit der Begründung, dass der Dr. Pfeil vorschlägt diesen Unterausschuss zu machen. Ich habe im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen, dass man halt einmal jedem diesen Entwurf zukommen lässt, dass jede Fraktion eine Stellungnahme abgibt, aber ich bin sehr wohl froh, wenn es einen Unterausschuss gibt, und zwar aus einem ganz einfachen Grund, und da muss ich den Dr. Pfeil korrigieren wenn er sagt, es hat nie irgendwer etwas vorgelegt. Wie gesagt es ist Faktum, es hat bereits vor drei Jahren einen schriftlichen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung gegeben. Wie gesagt, es ist halt damals nicht behandelt worden. Ich fürchte jetzt eines, wenn wir dem Antrag vom Kollegen Bremm nur zur Zuweisung in den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zustimmen, dann wird eines passieren, dass man einmal im Ausschuss darüber reden wird und das war es dann, dann haben wir es wieder für ein paar Jahre weggelegt. Haben wir einen Unterausschuss, dann erwartet man von diesem Unterausschuss Ergebnisse. Ich habe mit Unterausschüssen im Gemeinderat bisher gute Erfahrungen gemacht. Ich denke an den Radverkehrsausschuss, da ist viel an Know-how hineingekommen, hat auch gut funktioniert, weil von jeder Fraktion einer dabei war, der sich halt für das Thema interessiert hat, alleine aus diesem Grund. Was ich allerdings auch noch korrigieren möchte Herr Dr. Pfeil, werfen sie bitte nicht vor sie hätten nichts Schriftliches bekommen, wenn sie in ihrem Schreiben überhaupt nicht reinschreiben, dass sie etwas Schriftliches möchten. Hätten sie nämlich hineingeschrieben dass sie etwas Schriftliches möchten, hätten sie es gerne bekommen, es liegt seit drei Jahren vor.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung in den

Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Wer die Zustimmung gibt ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Was ist das für ein Antrag?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zur Geschäftsordnung. Das steht jetzt oben und über den stimmen wir jetzt ab, den der Kollege Bremm gestellt hat.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Antrag zur Geschäftsordnung gehört sofort abgestimmt und dann müssten wir über den Hauptantrag abstimmen und dann über den Zusatzantrag.

So wer dem Antrag zur Geschäftsordnung die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und ÖVP. Wer ist dagegen? 12 (FPÖ, GAL und LIF). Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Jetzt brauchen wir über das andere nicht mehr abstimmen, weil die Mehrheit hat sich entschieden an die Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss.

Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Vizebürgermeisterin um ihre Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, geschätzte Besucher. In meinem ersten Antrag geht es um die mobile Hilfe und Betreuung, Aufstockung der Personalkapazitäten.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

9) Mobile Hilfe und Betreuung, Aufstockung der Personalkapazitäten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 13. 12. 2001 wird eine Personalaufstockung im Ausmaß von je 10 Wochenstunden bei den drei Anbietern der Mobilen Hilfe und Betreuung:

dem Verein Miteinander/MOHI, Arbeiterstraße 39, der Steyrer Heimhilfe/Vita Mobile, Hanuschstraße 1 sowie der Volkshilfe OÖ, Punzerstraße 39, ab 1. 02. 2002 genehmigt.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von Euro 29.069,13 (S 400.000,--) werden von der VSt. 1/424000/757100 für das Rechnungsjahr 2001 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem zweiten Antrag geht es um den Verein „Miteinander - MOHI“ - Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2002.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

10) SH-4/02 Verein „Miteinander - MOHI“ - Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 13. 12. 2001 wird dem Verein „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst, Arbeiterstraße 39, zur Deckung des Aufwandes für den Wochenend- und Feiertagsdienst im Jahr 2002 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

Euro 48.629,98 (S 669.163,--) (Euro achtundvierzigtausendsechshundertzwanzi-neun cent achtundneunzig)

gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Punkt geht es um Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2002, für das Alten- und Pflegeheim Tabor.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

11) Fin-100/01 Alten- und Pflegeheim Tabor; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 2002 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung des o. H. bei der Voranschlagsstelle 1/89900/759200 in Höhe von Euro 1.162.800,-- und des ao. H. bei der Voranschlagsstelle 5/899000/775000 in Höhe von Euro 218.100,-- grundsätzlich freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dieser Antrag steht zur Debatte. Gibt es eine Wortmeldung? Keine. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatterin und bitte den nächsten Berichterstatter, Dr. Leopold Pfeil, um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht in meinem Bericht um die Evaluierung des Gesamtverkehrskonzeptes der Stadt Steyr 2003. Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993. Aufgrund des Amtsberichtes soll an das Büro Stickler Consult der Antrag vergeben werden in der Höhe von S 1.980.000,--. Es soll vor allen Dingen überprüft werden, ob sich die dem Konzept zugrundeliegenden Ziele aus dem Jahre 1992/93 geändert haben, ob bei der Gegenüberstellung von aktualisierten Zahlen und Zielen und des derzeitigen Zustands Mängel zu erkennen sind, ob die vorgeschlagenen und noch nicht umgesetzten Lösungsvorschläge und Maßnahmen dem neuesten Erkenntnisstand entsprechen und ob die seinerzeit ermittelten Auswirkungen der realisierten Maßnahmen den tatsächlichen Entwicklungen entsprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das klingt alles sehr einfach und sehr logisch aber der Teufel liegt bestimmt beim Generalverkehrskonzept im Detail. Auch ähnlich wie bei der Statutenreform, wir können gerne hier über Details auch diskutieren und auch sehr intensiv das besprechen. Wir haben einen einstimmigen Beschluss im dazu vorgesehenen Ausschuss, im Verkehrsausschuss, gefasst, dass Prof. Stickler diesen Auftrag bekommt. Ich bin sehr froh, dass Prof. Stickler diesen Auftrag wieder bekommt, weil es hat sich gezeigt, dass gerade die Methodik, die dieses Büro angewendet hat, uns in den letzten 10 Jahren sehr, sehr geholfen hat. Es vergeht keine Woche, dass man nicht bei Verkehrsproblemen nachsieht, wie schauen die Untersuchungen damals vom Prof. Stickler aus und welche Lösungen hat er vorgeschlagen. Darum bin ich sehr froh, dass wir heute diesen Antrag haben. Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

12) VerkR-1462/01 Gesamtverkehrskonzept Steyr 2003; Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 3. 12. 2001 wird der Stickler Consult GmbH., 6020 Innsbruck, Innstraße 29/8, der Auftrag zur Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993 in Form der Ausarbeitung eines „Gesamtverkehrskonzeptes Steyr 2003“ zum Anbotspreis von brutto S 1.980.000,-- erteilt.

Hiezu wird eine Kreditübertragung in Höhe von insgesamt S 1.980.000,-- on der VASSt. 5/610000/770020 (Kap. Transferzahlungen an Bund) auf die VASSt. 5/031000/728000 (Entgelte für sonstige Leistungen Planungen) bewilligt und der vorgenannte Betrag freigegeben.

Nachdem eine Auftragserteilung erst im Jahre 2002 erfolgen kann, wird die Mittelübertragung in das Rechnungsjahr 2002 bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.980.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird.

Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm um seinen ersten Punkt, Punkt 13). Nach diesem Punkt machen wir eine Pause, weil ja noch für den Antrag 14) aufgebaut werden soll.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem ersten Antrag geht es um den Ankauf von Grundstücken im Bereich der städtischen Mülldeponie. Es ist ja dies heute ein Beschluss, der ja schon einen langen Vorlauf hat. Im Jahr 1997 ist ja schon im GR beschlossen worden, wenn die

Deponie erweitert werden soll, dass hier die Grundstücke vorgesorgt sind und dass wir auch die Grundstücksreserven haben. Es ist auch mit den Anrainern, also mit den Grundeigentümern, eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen worden. Wir sind zwar zum heutigen Zeitpunkt noch nicht ganz so weit in der Entscheidung ob die Deponie erweitert oder nicht erweitert wird. Es sind ja geänderte Voraussetzungen aufgrund der Deponieverordnung 2004 gegeben, aber wir sind hier zur einhelligen Auffassung gekommen, dass es zweckmäßig ist, aufgrund des Hinausschiebens, dass die Grundvorsorge jetzt vollzogen werden soll und dass wir diese Gründe ankaufen sollten. Sollte die Deponie nicht erweitert werden, dann ist auf alle Fälle auch für diese Gründe Verwendung gegeben. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

13) Bau6-5062/92 Ankauf von Grundstücken im Bereich der städtischen Mülldeponie.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 7. Jänner 2002 wird dem Abschluss von Kauf- bzw. Tauschverträgen mit Frau Hermine Schedlberger, Herrn Wolfgang Donabauer, den Ehegatten Josef und Franziska Leonhartsberger, den Ehegatten Florian und Anna Paulmayr sowie den Ehegatten Franz und Regina Sandmaier über Grundstücke im Nahbereich der Städtischen Deponie zu den im Amtsbericht festgehaltenen Bedingungen zugestimmt.

Zur Bezahlung des Kaufpreises sowie der von der Stadt zu zahlenden Steuern, Abgaben und Gebühren, insbesondere der Grunderwerbsteuern, wird bei der VA-Stelle 5/862100/050100 (Mülldeponie - Sonderanlagen) für das Rechnungsjahr 2001 ein Betrag von S 4,600.000,-- (Euro 334.295,04) freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Einstimmige Annahme.

Wir machen jetzt eine Pause bis 16.30 Uhr.

PAUSE VON 16.11 UHR BIS 16.55 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren, ich bitte sie die Plätze einzunehmen. Die Sitzung geht weiter.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Der Gemeinderat ist aber in der Anzahl nicht beschlussfähig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben jetzt gut 20 Minuten überschritten, die Vorsitzenden sind nicht da, jetzt werde ich den Vorsitz übernehmen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Abstimmung!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir brauchen nicht abstimmen. Protokollführerin, ist das Tonband eingeschaltet? Gut, danke. Nächster Punkt ist der Punkt 14), Antrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Planung und Vergabe von Aufträgen der Bezirkssporthalle Steyr; diverse Klärung von Punkten. Wer will dazu das Wort ergreifen bevor wir in die ...

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

In der Geschäftsordnung für den GR ist vorgesehen, dass der zuständige stadträtliche Referent zur Berichterstattung zu rufen ist und wenn der nicht da ist, dann muss man halt die Sitzung so lange unterbrechen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gut, ich rufe den zuständigen Referenten auf, Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm, dass er seinen Bericht vorlegt.

Ich finde es ist eine Missachtung des Gemeinderates und aller anderen Fraktionen, wenn hier während einer Sitzung mit einer Pausenverlängerung bereits jetzt von nahezu 30 Minuten ohne weitere Verständigung eine Fraktionssitzung von der Mehrheitspartei gemacht wird. Ich drücke hier ausdrücklich meinen Protest aus und unterbreche die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Entschuldigung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, das ist keine Art. Sie haben eine halbe Stunde Verspätung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es hat leider noch eine Abstimmung zwischen unserer Fraktion geben müssen. Das war notwendig. Ich bitte um Verständnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf jetzt wieder mit der GR-Sitzung fortfahren. Ich möchte mich vorweg in aller Form entschuldigen für die doch längere Unterbrechung. Wir haben noch rechtliche Fragen zu klären gehabt und haben noch Telefonate führen müssen. Es war äußert notwendig für den nächsten Beschluss, dass wir diese Gespräche jetzt führen mussten. Ich bitte um Verständnis und um Entschuldigung, dass dies so gelaufen ist. Herr Dr. Pfeil, ich nehme an, sie nehmen das so zur Kenntnis.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich nehme es zur Kenntnis.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So Gerhard, darf ich um deinen Bericht bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem nächsten Antrag geht es um einen, den wir ja schon im Dezember auf der Tagesordnung gehabt haben, als Dringlichkeitsantrag. Indem die Dringlichkeit ja seinerzeit nicht die Mehrheit erhalten hat, ist er automatisch in der darauffolgenden GR-Sitzung auf der normalen Tagesordnung und das ist heute der Fall. Es geht um die Sporthalle, die uns schon seit längerer Zeit auch im GR beschäftigt. Wir haben ja schon mehrere Vorbereitungsphasen und -beschlüsse zur Realisierung dieser gehabt. Aufgrund der Ereignisse die doch in diesem Punkt die letzten Wochen mit sich gebracht haben, dass Grundverhandlungen, die doch sehr positiv ausgeschaut haben, nicht so umzusetzen gewesen sind, haben sich Gespräche mit den zuständigen Architekten, die ja die Generalplaner sind, aber auch mit jenem Architekten der ein Nutzungskonzept für den Tabor durchgeführt hat, was wir ja auch hier in der Stadt schon diskutiert haben und vorgestellt bekommen haben, ergeben. Es hat hier Abstimmungsgespräche gegeben und ich würde ersuchen, bevor ich dann noch näher darauf eingehe, dass hier der Bürgermeister die Experten dazu ersucht, das hier im GR zu debattieren und dass wir dann in Folge einen Abänderungsantrag, der vorbereitet wird, einbringen und doch in Richtung Sporthalle einen wesentlichen Schritt weiter kommen um dieses große Projekt auch realisieren zu können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich danke dir für deinen Bericht und ich bitte Herrn Arch. DI Schmid um seine Ausführungen bezüglich der neuen Situation und der geänderten Planung der Bezirkssporthalle Steyr.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:

Herzlichen Dank Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, dass ich hier die Gelegenheit habe die derzeitige Situation darzustellen. Da ich das Notebook auch mitnehmen muss ersuche ich sie, dass sie mir verzeihen wenn ich mich nieder setze. Wenn ich zu leise bin, bitte ich sie mir das zu sagen.

Sie alle können sich an den Juni letzten Jahres erinnern, als ich die modifizierte Bezirkssporthalle präsentierte. Wer es nicht weiß, ich kann dann gerne auf Fragen antworten. Im Großen und Ganzen war das eine Halle die ein Foyer, das sehr verglast war oder ist, aufwies und orientiert war nach Osten zur Kollerstraße hin. D. h., die städtebauliche Situation ist auf diesem Bild sehr gut zu sehen, das ist das Brown-Boveri-Areal, das ist das Jahrmarktsgelände, hier ist das Kasernenareal und hier ist die Kollerstraße die vorgeht bis zur Taborkante. Unsere Situierung der Halle war seinerzeit hier am Kreuzungspunkt der Kaserngasse mit der Kollerstraße, der Vorplatz war auf dem Brown-Boveri-Areal situiert und die Halle lag dahinter und wurde von Osten über den Vorplatz erschlossen.

Es sind nunmehr einige wesentliche Veränderungen eingetreten. Wir haben seit letzten Sommer intensiv an dem ganzen Projekt gearbeitet. Wir haben Sonderfachleute beauftragt, vom Bodenmechaniker über den Statiker, Akustiker, Haustechniker für Klima, Heizung, Lüftung, Elektrik, sportliche Planer und, und, und. Wir haben die gesamte Detailplanung bis zum letzten Detail, bis zur letzten Schraube, bis zum letzten Türdrücker, bis zur letzten Wasserarmatur und bis zum letzten Namensschild auf den Türblättern, durchgeführt. Jeder Befestigungspunkt jedes Bauteils ist geklärt, es ist alles auf Papier, es ist alles fix und fertig. Wir haben die gesamte Ausschreibung für die Generalunternehmertätigkeit durchgeführt, die ist fix fertig und wird im Haus zur Zeit kopiert. Wir sind genau im Zeitplan. Inzwischen hat sich aber, wie sie auch gehört haben, einiges geändert. Vor allem hat sich gezeigt, dass das Brown-Boveri-Areal hier nicht verfügbar ist. D. h., dieser Bereich hier, der für die Situierung der Sporthalle, wie es wir vorgeschlagen haben, unbedingt notwendig wäre, ist nicht verfügbar. Darüber hinaus gibt es aber auch einen anderen, ganz wesentlichen städtebaulichen Akzent, der vor zwei Jahren oder 1 ½ Jahren nicht bekannt war und zwar zeichnet sich ab, dass sich in dem Kasernenareal einiges tun wird. Damals, als das Gutachterverfahren gelaufen ist, war hier eine Art fast Grenze zu einem fremden Land, da war ein Zaun, da war quasi das Fotografieren verboten, das war ein anderes Territorium. Inzwischen gibt es intensive Überlegungen wie das Kasernenareal genutzt werden kann, wie sich das ganze Gebiet hier städtebaulich weiter entwickelt und ich glaube, das ist eine derartig wichtige Änderung der Gesamtsituation, dass sie unter anderem auch berücksichtigt werden muss. Das war also die Situierung. Hier die Allee der Kaserngasse, hier die Kollerstraße mit einer möglichen Aufstiegshilfe. Das war die Situierung unserer Halle im Wettbewerbsprojekt mit dem Vorplatz und hier mit der Halle.

Das ist ein Auszug aus dem Katasterplan der Stadt Steyr. Man sieht hier schön die Struktur der Kaserne, hier die Kollerstraße, hier die Kasernengasse und hier unsere Situierung der Halle. Die Linien die hier eingetragen sind, sind Grundgrenzen. D. h., das ist die Grundgrenze für das Brown-Boveri-Areal, und dieses Areal ist nicht verfügbar. Jedoch zeichnet sich ab, dass auf diesem Areal hier eine städtebauliche Entwicklung, die ganz einschneidend für den ganzen Stadtteil ist, sich darstellt, aufzeichnet oder sich ankündigt. Als bekannt wurde, wobei es hat ein paar Mal ein Auf und Nieder gegeben, ein paar Mal Frustsituationen, dann wieder ein Aufatmen, weil es wieder geheißer hat, ja, jetzt ist endlich das Grundstück verfügbar und vor ca. einer Woche oder vor 10 Tagen hat es dann endgültig das Aus für die Grundstücksverhandlungen gegeben. Wir müssen die Halle anders situieren. Aufgedrängt nahezu und auch in allen möglichen Kreisen überlegt, und auch schon früher überlegt, wurde eine Verschiebung der Halle, wie sie ist, nach hinten auf das Areal des Jahrmarktes bzw. in den Bereich der Mozartstraße und des danebenliegenden Areals wo jetzt ein kleiner Betrieb

in so einem schuppenartigen Gebäude arbeitet. Da ist also der Katastrophendienst der Feuerwehr untergebracht. Also eine Verschiebung dieser Halle nach hinten, dass die Halle ungefähr hier situiert ist, und sich hier ein kleiner Vorplatz ergibt, ist, sage ich einmal, auf der Hand gelegen. Wir haben uns immer sehr gegen eine Verschiebung gesträubt, weil ja die städtebauliche Situation sehr wichtig war und eine Verschiebung ganz gravierende Auswirkung hatte. Wir waren auch einigermaßen verzweifelt, dass sich offensichtlich keine andere Lösung bietet. Es wurde einiges überlegt, also diese Verschiebung könnte z. B. so ausschauen. Was macht man mit einem riesigen Vorplatz, wenn einmal das Brown-Boveri-Areal überhaupt verfügbar ist, muss man dazu sagen. Vorläufig steht ja hier ein barackenähnliches Gebäude und der Vorplatz wäre nur so groß. Was macht man mit einem Vorplatz der genauso groß ist wie ein Fußballfeld? Wir haben dann hier Überlegungen angestellt, man könnte hier einzelne Gebäude, sage ich einmal mehrgeschossig, vier-, fünfgeschossig mit Dienstleistungsbetrieben anordnen, damit also der Platz etwas reduziert wird, jedoch trotzdem durchlässig bleibt und die Verbindung zwischen Bezirkssporthalle und der Achse Kollerstraße erhalten bleibt. Ich muss sagen, fast zum Glück, hat letzte Woche kurzfristig der Herr Bürgermeister den Arch. Medek beauftragt, die Situation aus städtebaulicher Sicht, im Zusammenhang mit dem Kasernenareal zu betrachten. Ich war dann diesen Montag mit dem Herrn Ing. Grassnigg in Wien beim Herrn Arch. Medek und wir haben sehr intensiv diskutiert. Deswegen, der Herr Medek hat in einer ersten kurzen Reaktion in einem Fax, das er mir letzten Donnerstag geschickt hat, aufgezeigt, er hält eine Situierung hier hinten mit einer Orientierung hier zur Kollerstraße über diesen riesigen Platz für nicht tragbar. Er schlägt vor, die Halle zu drehen. Ich habe mich eigentlich vorerst sehr gegen diesen Gedanken gewehrt und zwar deswegen, weil ich gesagt habe, das kann es doch nicht sein, dass ich ein Projekt in dieser Dimension, nehmen wir ein Fertighaus, und das einfach hin oder her oder vor oder zurück schiebe oder drehe, je nachdem wie es ist. Dann haben viele Kritiker Recht, dass man eigentlich das Projekt neu überdenken muss, dass einfach andere Planungsgrundlagen da sind und man eigentlich zu einem anderen Ergebnis kommen müsste. Ich war wie gesagt dann am Montag in Wien unten und bin mit dem Herrn Medek das Projekt durchgegangen. Auch die städtebauliche Situation haben wir sehr intensiv diskutiert. Er ist von seinem Ross, wenn ich das so ausdrücken darf, nicht herunter gestiegen und hat mich auch überzeugt, dass in sehr vielen Punkten die Planung, wie sie derzeit vorhanden ist, unmittelbar anwendbar ist und es nicht notwendig ist, all diese Gedanken, all diese Vorarbeiten die eingeflossen sind, einfach über Bord zu werfen und in der Stunde null anzufangen. Ich habe mir dann so quasi Bedenkzeit erbeten, habe gesagt, ich kann das nicht so, vielleicht bin ich auch einfach zu sehr schon, wenn man sich mit dem Projekt 1 ½ Jahre beschäftigt, festgefressen. Ich habe dann gesagt, ich nehme seine Anregung mit nach Hause, wir werden das untersuchen und überlegen. Wir haben uns dann, der Herr Arch. Leitner und ich, wirklich intensiv damit beschäftigt, haben uns zusammen gesetzt, haben uns einen ganzen Abend dafür Zeit genommen und am nächsten Tag weiter gearbeitet, und sind zu einem Ergebnis gekommen, das für uns selbst ein bisschen verblüffend war. Bei einer Adaptierung der Halle, also nicht ein einfaches Verdrehen oder ein einfaches Verschieben, sondern bei einer entsprechenden Adaptierung der Halle, kann die Halle in den wesentlichen Zügen wirklich übernommen und neu situiert werden. Hier habe ich das jetzt dargestellt. Wenn man die Halle um 90 Grad dreht, dass die Eingangssituation dann von der Nordseite ist und dabei verschiebt, dass die Halle zur Gänze auf Grund des Magistrates der Stadt Steyr liegt, praktisch neben dem Brown-Boveri-Areal oder zwischen Brown-Boveri-Areal und Mozartstraße, dann ist das Projekt, wie es fix fertig am Tisch liegt, in den meisten Punkten verwendbar. Die gesamte grundrissliche Struktur, die gesamten räumlichen Zusammenhänge, die gesamte Wegführung funktioniert genauso. Abändern muss man selbstverständlich den Kanal, da brauche ich nicht reden, selbstverständlich die Tiefgaragenabfahrt, selbstverständlich den Vorplatz und das ist ein ganz wichtiger und wesentlicher Punkt. Der Vorplatz muss Bestandteil der Allee der Kaserngasse werden oder von mir aus umgekehrt, die Kaserngassenallee Bestandteil des Vorplatzes werden. Es können sogar die alten Bäume, das ist also wirklich der tatsächliche Bestand, in der Natur aufgemessen, stehen bleiben wie sie sind. Also diese zwei alten Bäume können stehen bleiben. Hier hinten gibt es sechs kleine die später gepflanzt sind, ich weiß nicht ob sie die kennen, die würde ich entfernen.

Also, die Fortsetzung dieser kleinen Baumreihe, die sind also wesentlich jünger und sind städtebaulich weitaus nicht so wichtig. Wenn man diesen Platz hier in diese Achse integriert, dann

ist diese Achse eine Querachse zu dieser städtebaulichen Verbindungslinie. Die Achse ist derzeit schon optisch und städtebaulich sehr dominant und gewinnt in Zukunft, mit der Erschließung des Kasernenareals noch weiter an städtebaulicher Bedeutung. D. h., die Linie die es hier auf einmal gibt, die Struktur die sich hier aufzeigt, muss selbstverständlich in den weiteren Überlegungen des Kasernenareals einfließen. Es muss hier eine Weiterführung dieses Bereiches geben, indem man hier eine fußläufige Verbindung macht, indem man hier eine aufgelockerte Zone des Areals situiert. Es gibt hier damit eine Verbindung, einen städtebaulichen Zusammenhang zwischen unserer Bezirkssporthalle und dem Kasernenareal, dem künftigen Entwicklungsgebiet des Stadtteils und es entsteht hier ein wirklich runder oder abgerundeter, also einfach ein Bereich der stimmig ist, ein Zentrum, ein Stadtteilzentrum das einfach passt. Wie gesagt, die Situation die seinerzeit bei dem Wettbewerb war, hier war Niemandsland, das war nicht verfügbar, vielleicht irgendwann, aber wer traut sich überhaupt drüber, und hier die Anbindung an das innerstädtische Zentrum aber eigentlich nur für unsere Halle, ist ganz eine andere geworden mit der Vision auf dieses Gebiet. Darüber hinaus einfach die Notwendigkeit oder die Erkenntnis, dass dieses Areal einfach nicht verfügbar ist. Was natürlich noch geändert werden muss bei der Halle, und das ist das Einzige was auch für den Innenraum Auswirkungen hat, ist, dass die Verglasung an der Westseite, die ja vorher praktisch die Nordseite zur Allee war, nicht in der Dimension wie wir sie vorher gehabt haben, durchgeführt werden kann, weil hier die Abendsonne hereinblenden würde. Die muss reduziert werden. Wir hätten vorgeschlagen, dass man die Verglasung im Bereich des Spielfeldes weglässt und durch eine geschlossene Wand ergänzt. Die Verglasung im Bereich des Tribünenbereiches hier, jedoch ohne weiteres hier auch auf der Westseite, lässt und selbstverständlich auf der Nordseite zum Entree, zum Vorplatz hin, diese Transparenz, die mir ganz wichtig ist, diesen Anspruch sich zu präsentieren, sich zu öffnen zur Bevölkerung, zum Vorplatz hin, also dieser Anspruch bleibt zur Gänze erhalten. So schaut es also dann im Inneren ein bisschen aus. Es bleibt wie gesagt der Eingang, das Ganze ist also nur gedreht. Es bleibt das Foyer völlig unverändert. Auch die Situierung der Nebenanlagen wie Toiletten, Gastronomie, die übrigens durch die Situierung ja auch noch gewinnt, weil also hier der Zugang über die Kaserngasse herein ist. Ein absolutes Muss, muss ich allerdings dazu sagen, die Kaserngasse muss beruhigt werden. Es darf dort kein Fahrverkehr oder Durchzugsverkehr passieren. Meiner Meinung nach muss das eine fußläufige Achse werden und in diese fußläufige Achse, zumindest in diesem Bereich, ist dieser Vorplatz zu integrieren. Ich stelle mir vor, dass also hier wirklich auch ein Steinmaterial zur Anwendung kommt, dass man dort großformatige Platten verlegt, dass man in den Platz Beleuchtung integriert, in den Boden, dass also dort Strahler in die Bäume nach oben strahlen. Ich glaube, es gibt Qualitäten die wirklich toll sind. Die Tiefgaragenabfahrt muss, wie gesagt, verlegt werden. Derzeit sehen wir als beste Lösung hier, unter der Mozartstraße durch zu fahren. Ergibt auch die Möglichkeit, wenn hier einmal etwas gebaut wird, und irgendwann wird das sein, dass man auch diese Tiefgarage hier über dieselbe Rampe miterschließen kann. Weiters gewünscht und sicher sehr sinnvoll ist, meiner Meinung nach, auch die Möglichkeit die Tiefgarage hier weiter anzuschließen an eine künftige Tiefgarage in diesem Bereich, wenn sie kommt.

Sämtliche Organisationen im Inneren, die ganzen Nebenräume, die Garderoben, die Erschließung für die Anlieferung für die Entsorgung, für alles, bleibt eigentlich völlig gleich. Geringfügig, aufgrund der anderen Vorplatzsituation, würden wir die Höhenlage der Halle allerdings verändern, um ca. 30, 35 cm würden wir sie weniger herausheben, damit also einfach auch das Ganze im Vorplatz stimmig ist.

Wie gesagt, wie ich jetzt geschildert habe, das ist der Schnitt unseres Projektes, bleibt völlig unverändert. Der Aufgang zu den Tribünen, der Sitztribünen, der Eingang in die Mitte rein, hier die Sportfläche, auch hinten die Nebenräume, Garderobentechnik, die Tragkonstruktion, das gesamte Gebäude bleibt wie es ist. Auch die Ansichten weitgehend, weil hier gibt es natürlich die Einschränkung, dass bei dieser ehemaligen Nordansicht, jetzt Westansicht wenn man es dreht, in diesem Bereich hier keine Verglasung kommen würde, sondern also nur in diesem öffentlichen Bereich, im Bereich der Zuschauer, wo das Foyer dann von außen ersichtlich ist, wo die Tribünen ersichtlich sind, aber aufgrund von Blendwirkungen wäre also in dem Bereich keine Verglasung.

Auch im Inneren würde sich nichts ändern. Die Tragkonstruktion wird bleiben, die Anzahl der Zuschauer, alles bleibt, nur wie gesagt hier die Verglasung würde in dem Bereich hier reduziert werden. Aber die Verglasung und Transparenz im Bereich hier und auch hier beim Foyer ist zur Gänze erhalten.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, ich habe es eh schon gesagt, ich glaube, dass aufgrund der geänderten städtebaulichen Situation, und der Notwendigkeit, dass man hier einfach nicht her kann, es nicht notwendig ist, die gesamten Arbeiten und Investitionen die in das Projekt schon reingeflossen sind jetzt einfach über Bord zu werfen, sondern man kann es mit relativ geringem Aufwand adaptieren und das Ergebnis das sich da ergibt, und hier spreche ich also eigentlich für den geistigen Vater dieser Idee, auch für den Herrn Medek, und ich bin ihm wirklich dankbar, dass er uns da überzeugt hat, die städtebaulichen Qualitäten die sich aus dieser Situierung in Verbindung mit dem Kasernenareal ergeben sind wesentlich größer als seinerzeit, als hier ein Zaun war und das Areal einfach nicht verfügbar ist.

Ich glaube ich bin durch. Ja, danke für ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu dieser Darstellung noch Fragen?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das Gebäude der Feuerwehr, ist das da betroffen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:

Nein. Das befindet sich hier, das ist die Feuerwehr. Das wird überhaupt nicht betroffen. Was nicht unbedingt notwendig ist, ich jedoch empfehle, ist, dass man den Bereich hier von dem Schuppen eigentlich befreit, der auch vom Ortsbild her nicht wirklich eine Augenweide ist und hier vorläufig als Parkplatz verwendet, das sicher bei dem ganzen Projekt sehr positiv ist, und wenn es später bebaut wird, hier eine Tiefgarage errichtet, damit die Parkplatzanzahl erhalten werden kann. Weiters eine Kleinigkeit, die nicht unbedingt notwendig ist, das Projekt aber auch verbessert, wenn man hier in dem Bereich, das ist also das Areal Jukuz, einen schmalen Streifen als Fahrtrecht der Bezirkshalle zuordnen könnte, damit hinten die Anlieferung eigentlich noch etwas bequemer wird. Das ist kein unbedingtes Muss, würde es aber verbessern, und ich glaube es wäre ein relativ geringer Aufwand das entsprechend zu organisieren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Anzahl der Parkplätze, verändert sich die?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:

Die verändert sich nicht, weil also der Vorplatz hier nicht als Parkplatz zur Verfügung gestanden hätte und die Halle eigentlich auch bis knapp vor die Mozartstraße gereicht hätte. D. h., eigentlich wäre auch hier das Parkplatzpotential gewesen, abgesehen von der Tiefgarage, die auch keinen Parkplatz jetzt mehr verliert. Wenn man eine zweite Tiefgarage hier anbindet wird man hier drei Parkplätze aufgeben müssen. Das Potential das hier in dem ehemaligen oder im jetzigen Sporthallenareal steckt ist weiterhin unangetastet und ist natürlich auch disponierbar.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es sonst noch Fragen? Keine weiteren Fragen zur Architektur? Alles klar? Dann bedanke ich mich recht herzlich für die Darstellung und ich glaube, sie haben auch jetzt jede Menge Arbeit, diese Planungen weiter zu treiben. Ich bitte Herrn Vzbgm. Bremm ans Rednerpult.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, dass die Not erfinderisch macht. Die Not aus dem heraus, dass sich halt die Grundverhandlungen nicht so entwickelt haben wie wir uns das gewünscht hätten. Ich möchte da aber schon hinzufügen, der Herr Arch. Schmid hat gesagt, der Grund ist nicht zur Verfügung gestanden, aber ich möchte da einen Zusatz hinzu machen, und zwar nicht zu dem Preis. Der Grund wäre schon zur Verfügung gestanden, aber nicht um den Preis, den wir uns vorgestellt haben. Aus dem Grund haben wir gesagt, versuchen wir eine Abänderung anzupeilen und eine andere Lösung, ohne im Grundkonzept gravierende Veränderungen herbeiführen zu müssen.

Ich möchte zum Antrag kommen. Der Dringlichkeitsantrag, als Antrag heute ja auf der Tagesordnung, lautet:

14) Präs-856/01 Antrag der FPÖ- und ÖVP- Gemeinderatsfraktion betreffend Planung und Vergabe von Aufträgen der Bezirkssporthalle Steyr;
diverse Klärungen von Punkten.

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 13.12.2001.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Alle Planungen und weiteren Vergaben von Aufträgen bezüglich Bezirkssporthalle Steyr werden bis zur Klärung von unten angeführten Punkten bis auf Weiteres gestoppt.

Finanzierungsplan

Verfügbarkeit des Grundstückes

Architektonische Gestaltung nach dem „reduzierten Plan“. (Höhengestaltung, Aufteilung der inneren Wege, notwendige Nebenräumlichkeiten, Haustechnik etc.)

Vorlage eines Verkehrskonzeptes für die Bezirkssporthalle lt. Stadtteilentwicklungskonzept Arch. Medek, Wien.

Berücksichtigung des Ergebnisses der eingebrachten Aufsichtsbeschwerden beim Land OÖ bezüglich Vergabe von Generalplanerleistungen.

Klärung der weiteren rechtlichen Fragen bezüglich Involvierung des Planers beim Vorprojekt.

Sollten diese Fragen bis zum 1. April 2002 nicht geklärt werden können, soll eine Neuausschreibung mit offener Bewertung des Standortes durchgeführt werden.

Das ist der Dringlichkeitsantrag. Ich möchte hier aber einen Abänderungsantrag einbringen. Er lautet:

Die unterfertigten Mitglieder, *das sind die ÖVP- und die Sozialdemokratische GR-Fraktion*, des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen gem. § 9 GO GR folgenden

A b ä n d e r u n g s a n t r a g

zu dem im Gegenstande vorliegenden Antrag, der als Dringlichkeitsantrag zum GR vom 13. 12.

2001 eingebracht worden ist.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Alle Planungen und weiteren Vergaben von Aufträgen bezüglich der Bezirkssport- und Kulturhalle Steyr sind auf die städtebaulichen Erkenntnisse von Architekt DI Reinhard Medek abzustimmen. Den GU-Anbotslegern ist unverzüglich mitzuteilen, dass aufgrund von städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten auf einem benachbarten Grundstück Planänderungen vorgenommen werden, die in die Ausschreibungsunterlagen und Leistungsverzeichnisse noch einfließen müssen.

Die diesbezüglichen Umplanungen sind im Stadtentwicklungsausschuss am 7. 2. 2002 vorzustellen und nach dessen Genehmigung den GU-Anbotslegern unverzüglich, jedoch bis spätestens Ende Februar 2002, zuzusenden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Ausschreibungsunterlagen nicht ausgegeben.

Zur Beschlussfassung über die Errichtung einer Bezirkssporthalle nach den städtebaulichen Erkenntnissen von Architekt DI Reinhard Medek (Stand: 22. 1. 2002) wird eine Sondergemeinderatssitzung Ende Februar 2002 einberufen.

Das ist der Abänderungsantrag den ich dir, Herr Bürgermeister, übergeben darf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Abänderungsantrag steht zur Diskussion. Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass uns jetzt allen ein bisschen wohler ist als bei der letzten GR-Sitzung, weil sehr viele, oder fast alle dieser Fragen bereits geklärt wurden bzw. bis zur endgültigen Entscheidung noch geklärt werden. Das bezieht sich sowohl auf den Finanzierungsplan, wo wir vereinbart haben, dass das auch bis zur Beschlussfassung aufliegt. Die Verfügbarkeit des Grundstückes hat sich hiemit erledigt, weil es ein Grundstück ist was im eigenen Verfügungsbereich liegt und auch die Ergebnisse der eingebrachten Aufsichtsbeschwerden werden bis zu diesem Zeitpunkt aufliegen und ebenfalls wird uns die genaue Detailplanung bis zur Beschlussfassung vorliegen. Ich glaube, dass das wirklich ein Schritt vorwärts ist, auch, dass eine endgültige Entscheidung wirklich nach dem Instanzenweg, d. h. nach Vorlage im Ausschuss und dann eine Behandlung in einem GR gemacht werden, erfüllt alle Voraussetzungen, damit wirklich ordnungsgemäß dieser Bau dieser Sporthalle auch gemacht werden kann und darum sind wir auch diesem Abänderungsantrag beigetreten, haben gesagt, unter diesen Voraussetzungen kann man, glaube ich, die Vorgangsweise so wählen und wir können damit gewährleisten, dass 1. vernünftig mit dem Geld der Bürger umgegangen wird und 2., dass alles die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Ich hoffe, dass wir in diesem knappen Zeitplan, den wir uns gesetzt haben, der aber im Interesse der Sportler ist und auch der Druck der Zeit, wenn wir uns den Zustand der Sporthalle ansehen. Eingangs haben wir darüber schon diskutiert, dass, glaube ich, 1995 uns schon der Rechnungshof darauf hingewiesen hat, wir sollten dringendst eine Sporthalle bauen. D. h., ich glaube in dieser kurzen verbleibenden Zeit, werden wir auch diese noch offenen Fragen klären können und wir geben darum diesem Abänderungsantrag die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächste Wortmeldung Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich vorerst einmal beim Herrn Arch. Schmid für seine Ausführungen die sehr interessant waren und sicherlich einige neue Aspekte gebracht haben. Ich komme nun zum Dringlichkeitsantrag, den wir gemeinsam mit den unterzeichneten Gemeinderäten von der ÖVP und den Grünen eingebracht haben, letzte GR-Sitzung,

am 13. 12. 2001, es war ein Dringlichkeitsantrag, weil uns eben einige oder viele Punkte, je nachdem wie man es sieht, noch gefehlt haben zur Beurteilung bzw., dass man sagt, jetzt schreiben wir aus. Insbesondere der Finanzierungsplan, die Verfügbarkeit des Grundstückes, ein lang kritisiertes Umstand, dann ist meines Erachtens immer noch nicht geklärt bzw. ich habe keine Unterlagen darüber, wie nun die endgültige architektonische Gestaltung bei diesem reduzierten Höhenplan aussieht. Die Vorlage eines Verkehrskonzeptes für die Bezirkssporthalle, Berücksichtigung des Ergebnisses der eingebrachten Aufsichtsbeschwerden beim Land und die Klärung der weiteren rechtlichen Fragen bezüglich Involvierung des Planers beim Vorprojekt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe in keinen dieser Punkte eine befriedigende Antwort erhalten. D. h., ich halte diesen Dringlichkeitsantrag, heute als normaler Antrag, vollinhaltlich aufrecht. Ich möchte auch dazu betonen, dass die Freiheitliche GR-Fraktion positiv dem Neubau einer Bezirkssporthalle gegenüber steht. Nur was wir uns jetzt leisten, in den letzten zwei Jahren, das geht an eine Grotteske heran. Denn bei den Ausschreibungen war es schon so, dass die Ausschreibung von Prof. Breitling für diesen Wettbewerb ja schon mehr als, sagen wir so, nicht nachvollziehbar war, sondern man konnte daraus erahnen in welche Richtung man diese Bezirkssporthalle haben will. Ich habe damals, bei der ersten Sitzung, den damaligen Bürgermeister einen zugeklebten Zettel zugesteckt, nach 5 Minuten, und habe ihm den Sieger des Wettbewerbs mitgeteilt und habe gesagt, da steht es drinnen. Ich habe Recht behalten. Es ist nichts Persönliches gegen das Büro Arch. Schmid, sondern ich habe damals bereits nach 5 Minuten gesagt wer diesen Preis gewinnen wird. Es war auch damals sehr erschütternd anzuhören, dass sich zwei Architekten ganz besonders darüber, mit Recht, aufgeregt haben, dass, sie haben sich brav an die Ausschreibungskriterien gehalten, insbesondere, dass stadteigener Grund zur Planung herangezogen werden soll, und dass dann ein Projekt vorgezogen wird, bei dem diese Voraussetzung nicht Geltung hat.

Ich wollte vorgestern, am 22. 1., diesen gesamten Akt noch einmal studieren, weil ich der Meinung bin, na vielleicht haben sie es doch geschafft, diese Punkte zu klären. Es war mir, Herr Bürgermeister, nicht möglich. Dieser Akt für die heutige GR-Sitzung hat aus den Dringlichkeitsanträgen, die wir gestellt haben, aus diesen 10 Mal kopierten Zetteln, bestanden. Ansonsten war man nicht bereit dazu, dass man auch Nicht-SPÖ-Angehörigen diese Unterlagen zeigt. Ich finde es auch völlig fehl, vom Amt her, dass man, obwohl im Wissen, dass man das Grundstück noch nicht hat, dass ein Dringlichkeitsantrag auf Baustopp vorliegt, am 12. 1. d. J. bereits die Ausschreibung nach dem alten Kriterium durchmacht und dass man das veröffentlicht. Ich halte das einfach, gelinde gesagt, nicht für zielführend.

Wenn man sich das Protokoll des Prüfungsausschusses ansieht, wo über die Bezirkssporthalle diskutiert wird, ich möchte es jetzt nicht im GR verlesen, aber das weist in die richtige Richtung, dass hier noch sehr viel Diskussionsbedarf besteht und vor allen Dingen Erklärungsbedarf.

Im Bauausschuss, wo dieses Thema natürlich hingehört hätte, ist das meines Wissens nicht behandelt worden. Meines Wissens wurde der Bauausschuss mangels Themen in der letzten Zeit abgesagt.

Bei der Achsenstellung, Herr Arch. Schmid, wie sie gesagt haben, es war ursprünglich vorgesehen, das ganze Projekt nach Osten auszurichten. Das war auch der Knackpunkt bei diesem sog. Auswahlverfahren oder Wettbewerbsverfahren, die Richtung war ein ganz entscheidender Punkt, wie der Lichteinfall ist, wie der Zugang ist, der Eingang ist, und da haben wir sehr, sehr lange diskutiert. Ich kann das jetzt ad hoc nicht beurteilen, ich weiß diese Drehung seit gestern Nachmittag. Ich kann es selbst nicht beurteilen, ob das unter diesen Voraussetzungen möglich oder nicht möglich ist. Ich schätze sie, ich schätze den Herrn Arch. Medek, überhaupt keine Frage, aber mir wäre schon sehr viel wohler dabei, wenn diese Ausschreibungskriterien des Wettbewerbsverfahrens nicht mehr Gültigkeit hat, weil das ist ja jetzt ganz ein anderes Projekt, auch wenn die Halle noch in den Grundzügen erhalten bleibt. Aber für den Wettbewerb hat das ganz entscheidende Auswirkungen, weil ja das Siegerprojekt auch hier unter ganz anderen Voraussetzungen ausgewählt worden ist. Mir

wäre es zumindest, abgesehen von allen rechtlichen Beurteilungen, das wird ja wahrscheinlich eh noch geklärt werden müssen, möchte ich, dass zumindest der Gestaltungsbeirat hier dieses Projekt mit dem Stadtentwicklungsplan vom Arch. Medek in der Zusammenschau beurteilt. Ich halte das als Mindestvoraussetzung dafür und wenn alle anderen Punkte, die wir vor einem Monat jetzt hier dargestellt haben, geklärt sind, dann kann man sagen, okay wir machen das gemeinsam. Aber im Moment fehlen uns tatsächlich alle notwendigen Voraussetzungen und vor allen Dingen, was ärgerlich ist, dass es nach wie vor Usus ist in diesem Hause, dass man die Unterlagen einfach nicht herzeigt. Wir haben heute über Statutenreform diskutiert und kein GR findet etwas dabei, wenn zu einem aktuellen Tagesordnungspunkt nicht alle Unterlagen auf den Tisch gelegt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann ja nur einen Auffassungsunterschied herauskristallisieren und herausdiskutieren, wenn alle den gleichen Wissensstand haben. Oder sehen sie das anders? Wir sehen es zumindest so.

Zur städtebaulichen Weiterentwicklung des Kasernenareals. Wesentlich hat sich das seit zwei Jahren nicht verändert. Es gab schon, ich glaube es war im Jahr 1995, damals einen Vorstoß vom damaligen ÖVP-Stadtrat Schloßgangl, hier im Hause, dass er gesagt hat, die Kaserne brauchen wir eh nicht mehr und wir planen das mit für andere Zwecke. Das hat großen Aufruhr erzeugt, weil da waren wir noch darauf, dass wir die Kaserne erhalten. Aber es war wahrscheinlich nicht mehr zu halten. D. h., es hat sich also seit zwei Jahren nicht wesentlich geändert. Aber wir sollen nicht in den alten Fehlern verfallen, dass wir jetzt wieder auf Fremdgrund planen, weil meines Wissens gehört uns die Kaserne auch noch nicht oder dieses Areal. Wenn man von den geänderten Voraussetzungen, Kanal ist okay, da wird man nicht diskutieren.

Tiefgaragenabfahrt und Garagenplätze. Ich habe kein Verkehrskonzept für dieses wichtige Projekt. Sie sagen, dass die Straße, die Kasernengasse, gesperrt werden soll. Ich meine, es wäre Recht, wenn man da mit dem Verkehrsreferenten auch einmal darüber diskutiert, weil gerade hier in diesem Bereich haben wir massive Auswirkungen auf die gesamte Gegend dort. Die Bevölkerung sollte da schon auch miteinbezogen werden. Hier habe ich noch Probleme. Auch mit dem Vorplatz. Der Vorplatz wurde auch sehr, sehr intensiv bei dem Auswahlverfahren diskutiert und hat zu einer sehr kontraversiellen Diskussion geführt.

Warum jetzt die ÖVP alles über Bord wirft und sagt, wir warten nicht einmal die Aufsichtsbeschwerde ab und es ist alles paletti, wir bekommen alles hier frei Haus geliefert. Ich habe Herrn Mayrhofer nichts geliefert. Ich wäre dankbar, wenn sie ihren Wissensstand auch mir mitteilen würden, ob diese Punkte, die sie damals auch mitunterschrieben haben, auch schon bekommen haben. Wir leider nicht. Ob diese Geschwindigkeit, die man hier offensichtlich an den Tag legt, dazu führt, dass man jetzt bereits innerhalb von einem Nachmittag zwei abgeänderte Abänderungsanträge bekommt, also nicht einmal das ist ordentlich ausformuliert. Wir sprechen, meine Damen und Herren, von einem 100-Millionen-Schilling-Projekt. Das ist ja nicht irgendetwas was wir uns leisten und was wir uns bauen. Also, ich würde schon hier sehr, sehr viel mehr Sorgfältigkeit an den Tag legen und mehr Gründlichkeit bei der Planung. Vor allen Dingen der Hauptfehler, ich bin auch hier nicht froh Herr Bürgermeister, dass ich bestätigt worden bin, dass man nicht auf fremden Grund planen darf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster ist Herr Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Meiner Meinung nach muss man die Frage Sporthalle in zwei Bereiche teilen. Das eine ist der architektonische und städtebauliche Bereich und der andere Bereich ist das Projekt Management, was das Rechtliche und Finanzielle betrifft. Um bei dem ersten zu bleiben, was die Architektur und die Gestaltung, die städtebauliche Frage betrifft, möchte ich von Beginn an gleich einmal festhalten, ich war auch in der Jury, dass ich das Projekt vom Arch. Schmid als das beste Projekt gehalten haben und auch nach wie vor halte, und ich mir auch denke, es wird

natürlich auch möglich sein, dieses Projekt auch auf die geänderten städtebaulichen Voraussetzungen abzuändern. Da habe ich überhaupt keinen Zweifel, dass das passiert. Wir mögen mittlerweile die dritte GR-Sitzung, die so ähnlich abläuft wie ein Stadtplanungsausschuss, also Diskussionen, Debatten, die wir eigentlich in einem Planungsausschuss führen müssten, führen wir hier im GR ab. Es gibt einen Antrag, dass das in einigen Wochen wieder passieren sollte. Ich kann heute und hier nicht beurteilen, ob diese neuen städtebaulichen Voraussetzungen, mit den Achsen, mit der Orientierung, der Bezug auf die Planung des Arch. Medek, die beste Lösung ist. Wir sind bis jetzt immer davon ausgegangen, im Wettbewerb war es eine Voraussetzung, es sind sogar einige Projekte am Beginn des Projektes ausgeschieden worden, weil sie sich ganz wo anders orientiert haben, nämlich in die Richtung wo sich die Halle jetzt hinorientiert. Wir sind von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen und jetzt hat sich das scheinbar mit dem Projekt Medek geändert. Mag sein, dass das Sinn macht, es war für mich jetzt bei der Präsentation auch relativ schlüssig, auch die Öffnung zum Kasernenareal ist für mich auch eine Chance, diese Planungen voranzutreiben. Nur, das heute und hier zu beurteilen, das kann ich nicht. Darum finde ich das auch ganz gut, dass wir diese Debatte in einem Ausschuss führen. Ich finde auch den Hinweis sehr gut, den Gestaltungsbeirat endlich einmal in die Debatte mit einzubeziehen. Diese Stadt leistet sich einen Gestaltungsbeirat über den einige Diskussionen schon geführt worden sind, aber er hat bis jetzt nur Positives für die Stadt gebracht und wir werden von vielen Städten beneidet, dass wir eine derart hochqualitative Einrichtung haben. D. h., die architektonische Frage ist für mich eine Frage die zu lösen ist. Ich tu mir heute ein bisschen schwer, aber da können wir sicher zu einer Einigung kommen.

Was für mich aber parallel läuft, und das ist auch ganz wichtig, das hier und heute zu betonen, es geht nicht nur um die Architektur, sondern auch darum, wie in Steyr Projekte abgewickelt werden. Da muss man schon eines sagen, und das pfeifen die Spatzen von den Dächern bzw. die Journalisten aus den Kolumnen, wir haben einen enormen Zeitdruck. Der Zeitdruck ist nicht, weil wir jetzt daraufgekommen sind, dass unsere armen Sportler jetzt so schnell wie möglich eine Sporthalle brauchen. Die hätten sie schon vor 10 Jahren gebraucht, wenn es um das gegangen wäre. Das Problem ist, dass sich das Projektmanagement genau auf die Wahl 2003 orientiert. Wir haben einen irrsinnigen Zeitdruck und innerhalb dieses Zeitdrucks passieren Sachen, die normalerweise bei einem Projekt nicht passieren. Das hat beim Wettbewerb begonnen, der schlecht vorbereitet war, das geht weiter bei der Vergabe, bei der Generalplanerleistung. Diese Fragen sind alle nicht geklärt, auch rein rechtlich. Wenn man sich das OÖ Vergabegesetz ansieht, und das Land OÖ prüft das auch derzeit, bis jetzt gibt es noch keine rechtliche Klärung, die Architekten haben damit überhaupt nichts zu tun, das ist eine Geschichte, die auch nicht die Beamten der Stadt verpatzt haben, das ist eine Geschichte, welche die verantwortlichen Politiker verpatzt haben, nämlich, dass man nicht Rücksicht genommen hat auf die Warnungen der Opposition, auf die Warnungen der Beamten, diese EU-Richtlinien auch einzuhalten. Wenn man das OÖ Vergabegesetz liest, wenn man die Ausführungen aus dem Prüfungsausschuss liest wie die Beamten zu dieser Frage gestanden sind und nach wie vor stehen, dann kann man nur sagen, so kann man das nicht machen. Ich bin mir ganz sicher, das Land wird auch sagen, so kann man das nicht machen, das ist halt passiert, macht es halt in Zukunft anders. Aber ich möchte auch einmal von der Mehrheitsfraktion hier hören, okay, da haben wir einen Fehler gemacht, das ist so, das hätte anders laufen können. Da hätten wir die Akten jederzeit auflegen können, da hätten wir alle Fraktionen miteinbeziehen können, da hätte man vielleicht ein bisschen vom Gas runtergehen können und das alles ordentlich vorbereiten. Jetzt ist es so, dass wir das Grundstück, das ist das Nächste, wir planen eine Halle auf einem Grundstück, das uns nicht gehört. Das ist ja super. So plane ich ein Projekt. Dann, 5 Minuten vor 12, damit wir unbedingt den Zeitplan einhalten, kommt dann diese Wendung oder Drehung um 90 Grad, die vielleicht ja ganz gut ist und vielleicht auch eine neue Dynamik in die Frage hineinbringt, nur, und das ist auch in dem Abänderungsantrag drinnen, sämtliche rechtlichen Fragen, eben diese Aufsichtsbeschwerde, diese EU-Angelegenheiten sind nicht geklärt. Wenn die SPÖ sagt, okay, das machen wir, das klären wir selbstständig und warten nicht bis das Land irgendwo vielleicht mit einer Aufsichtsbeschwerde daher kommt, da weiß man ja auch schon, dass diese Aufsichtsbeschwerde wieder genau dort gelandet ist wo sie eigentlich nicht landen soll, und eine umfassende Prüfung dieser rechtlichen Fragen macht, dann kann ich mir vorstellen, dass die Grünen sagen, ja, ziehen wir das durch und ich kann mir auch

sicher denken, dass wir dann im Zeitplan bleiben, wobei dieser Zeitplan natürlich voll auf die Wahlen abgestimmt ist. Das steht außer Streit. Aber derzeit sind für mich diese Fragen nicht geklärt. Es gibt auch keine Bemühung das zu tun. Es gibt nur Bemühungen jetzt diese architektonische Lösung zu klären, die sehr gut ist und die wir auch unterstützen. Nur die rechtlichen Fragen sind nicht geklärt. Da wollen wir eine Klärung, sonst können wir diesem Planungsfortschritt und diesem Prozessablauf nicht unsere Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Gäste. Unser Fraktionsobmann Dr. Pfeil hat ja bereits sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, und das ja nicht erstmalig hier vor diesem Gremium, dass die Freiheitlichen grundsätzlich sehr positiv zur Errichtung einer Sport- und Mehrzweckhalle, oder wie immer auch inzwischen dieses Projekt genannt wird, sind. Und das möchte ich wirklich unterstreichen. Wir haben lediglich die Standortfrage aus verschiedensten Gründen, was die Verkehrsabwicklung betrifft, was die Örtlichkeit betrifft, was die dortige Infrastruktur betrifft, vor allen Dingen die Nähe zum Alten- und Pflegeheim infrage gestellt, ob eben, wie gesagt, die Örtlichkeit dort passend ist. Das war auch der Grund dafür, warum wir uns Gedanken gemacht haben und einen Dringlichkeitsantrag, der heute bereits mehrmals zitiert wurde, eingebracht haben. Diesen Dringlichkeitsantrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat ja nicht nur der Kollege StR Mayrhofer unterschrieben, sondern auch eine Reihe von Mandatären der österr. Volkspartei. Herr Kollege Mayrhofer, der Herr Dr. Pfeil hat ja bereits darauf hingewiesen, sie haben offensichtlich den Vorteil eines Informationsvorsprunges. Ich hätte das auch für sehr fair gehalten, wenn sie als Mitunterzeichner dieses Antrages, den ich nochmals hoch halte, uns doch auch eine Mitteilung zukommen hätten lassen sollen, was sich an ihrer Meinung so geändert hat. Ich bin schon ein bisschen überrascht, wenn ich in den OÖ Nachrichten vom 22. 1. 2002 lese: „Es waren vorher schon zuwenig Stellplätze“, sagt die Frau Kollegin Frech. Sie sagen: „Es bleiben nur noch zwei Reihen Parkplätze übrig.“ Es geht noch weiter: „Mayrhofer meint, dass sich durch die Verschiebung Nachteile ergeben, die das ganze Projekt infrage stellen, inkl. des Standortes. Die Voraussetzungen haben sich völlig geändert sagt der VP-Stadtrat.“ Nachsatz: „Es handle sich um eine Katastrophe pur.“ Herr Kollege Mayrhofer, ich möchte sie wirklich bitten, dass sie jetzt eindeutig erklären, was hat sich für sie jetzt geändert, weil es ist der Standort genauso wo anders, es haben sich die Voraussetzungen nicht wesentliche geändert. Also bitte, ich erwarte schon von ihnen, dass sie da eine nähere Erklärung abgeben. Der Herr Bürgermeister hat ja vorhin begründet, dass ja die verlängerte Sitzungsunterbrechung deswegen zustande gekommen ist, weil eine Reihe von rechtlichen Fragen zu klären sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Einige.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Für mich sind es eine Reihe von rechtlichen Fragen. Aber ich halte mich nur an einer fest. Vielleicht könnte man, und da hat ja der Kolleg Kupfer darauf hingewiesen, zumindest eine Frage klären, und da gehe ich an den Ausgangspunkt der ganzen Thematik zurück, Herr Schmid, ich sage gleich vorweg, dass ich keineswegs beabsichtige, ihre Arbeit in irgendeiner Weise infrage zustellen, im Gegenteil, ich war ja damals bei der Jury anwesend und war ebenso mit dabei, als ihr Projekt den Vorzug erhalten hat, was man vom Kollegen Mayrhofer aber nicht behaupten kann, da hat ja das den Ausgangspunkt gefunden, was die weitere Argumentation von ihnen und der ÖVP betroffen hat.

Ich gehe also an den Ausgangspunkt zurück, diese Eineichung der Projekte ist ja unter einer gewissen Voraussetzung erfolgt, nämlich nach der Örtlichkeit und der Größenordnung. Das war ja

auch Ausgangspunkt der Entscheidung der Jury. Inzwischen hat es aber aufgrund der Tatsache, und da möchte ich schon sehr deutlich daran erinnern, dass die Förderungen ja nicht in der Größenordnung zu erhalten sind wie man ursprünglich vonseiten der Mehrheitsfraktion angenommen hat, zu einer wesentlichen Reduzierung des ganzen Bauvorhabens geführt. Das ist aber eine wesentliche Veränderung, die nicht mehr den damaligen Kriterien entspricht. Jetzt stehen wir aber vor der Tatsache, dass sich auch die Örtlichkeit entsprechend geändert hat. Wie schaut das rechtlich konkret aus? Ist das noch gültig, was die Jury damals entschieden hat? Das war ja nicht irgendwer, das waren ja Mandatäre der Stadt Steyr und daher hängt sich auch die rechtliche Auswirkung daran an. Darüber hätte ich gerne eine Aufklärung, was passiert, wenn von den damaligen Beteiligten jemand den Rechtsweg beschreitet und - wie ich meine zu Recht - noch einmal verlangt, dass auch sein Projekt berücksichtigt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke Herr Stadtrat. Nächste ist die Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich kann leider die Meinung des Kollegen Mayrhofer nicht ganz teilen wenn er sagt, es ist uns allen viel wohler als zu Beginn. Mir fällt dazu nur ein Auszug aus einem Roman ein; „Ich gehe ich weiß nicht wohin, mich wundert, dass ich so fröhlich bin.“

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Irgendwo ist diese Geschichte wirklich so. Warum? Ich darf sie erinnern - und das ist eigentlich gar nicht lustig - die Jurysitzung, von der wir heute schon ein paar Mal gesprochen haben, ist ungefähr 1 ½ Jahre her. Das heißt, man hat 1 ½ Jahre Zeit gehabt, ein Hundertmillionenprojekt ordentlich zu planen. Wobei mein Vorwurf jetzt überhaupt nicht gegen die Architekten geht, sondern das ist für mich eine Sache der politischen Verantwortung um die es hier geht. 1 ½ Jahre hatte man Zeit, was ist dann passiert? X-mal haben wir umgeplant, aus der ursprünglichen Veranstaltungshalle ist eine Bezirkssporthalle geworden - das sieht man auch heute am Abänderungsantrag - jetzt heißt es nur mehr Sporthalle. Früher hat es einmal geheißen, es ist eine Veranstaltungshalle für Kulturveranstaltungen, für Ballzwecke usw., inzwischen sind wir darauf gekommen, dass es eh nicht ganz so geht. Dann haben wir die Geschichte gehabt, dass wir auf einem Grundstück planen, das uns nicht gehört. Ich kann mich erinnern, geschätzter Herr Bürgermeister, dass es diesbezüglich schon vor Monaten eine Anfrage meinerseits gegeben hat, wo es dann geheißen hat, ja wir sind in Verhandlungen und wir werden das Grundstück bekommen. Ich darf sie erinnern, auch in einer Sitzung des Ausschusses, wo ich wieder darauf hingewiesen habe, wie ist das jetzt mit den Verhandlungen, da kann ich mich an einen Satz erinnern, der so milde lächelnd gegen meine Person war, du kannst dir sicher sein Michaela, wir werden das Grundstück bekommen. Ich kann mir nicht sicher sein, wir haben es nicht bekommen. Warum? Weil die Kritik der Opposition - und das werfe ich vor allem der Mehrheitsfraktion vor - nie zur Kenntnis genommen worden ist. Es ist ja nicht so gewesen, dass die Opposition jetzt mit ihren Wissen und ihrer Kritik hinter dem Berg gehalten hätte, sondern die Kritik ist artikuliert worden. Die ist von der FPÖ artikuliert worden, die ist von der ÖVP artikuliert worden, von den Grünen und von mir. Man hätte eigentlich auf diese Kritik nur hören müssen. Das hat man nicht getan, man hat uns eigentlich immer nur milde belächelt und zum Teil als Gegner des Sportes hingestellt. 1 ½ Jahre sind vergangen, wo sind wir jetzt? Alleine die letzte Woche war bezeichnend für dieses Projekt. 1 ½ Jahre geplant, so was ist dann? Auf einmal kann man vernehmen, dass die Halle um 33 Meter versetzt wird - das war der offizielle Stand am Dienstag. Am Mittwoch höre ich auf einmal, na ja das mit den 33 Metern ist eigentlich nicht so fix. Gestern am Abend sehe ich einen Plan, wie es jetzt plötzlich um 90 Grad gedreht ausschaut und selbst der Herr Bürgermeister ist sich nicht ganz sicher, ob das jetzt der endgültige Plan ist, weil wie er gerade neben mir sitzt sagt er: „Michaela, du hast da ja noch eine alter Version, inzwischen schaut es ja anders aus.“ Dann schauen wir es uns an und dann heißt es, nein, es ist eh die jetzige Version.

Dazu passt das Bild vom Abänderungsantrag, dass ein Abänderungsantrag vom Abänderungsantrag hereinkommt, innerhalb von 10 Minuten 2 Anträge. Auf dem einen steht, es gibt eine Sondergemeinderatssitzung, auf dem anderen ist das noch nicht gestanden. Bei diesem Projekt bin ich mir bei gar nichts sicher, meine Damen und Herren, aber bei einem schon, dass das, was hier vorliegt, wahrscheinlich in ein paar Tagen wieder anders sein wird. Ich bin kein Städteplaner und kein Architekt, aber ich traue mir nicht zu, jetzt hier und heute, noch innerhalb einer Präsentation aus dem Bauch heraus oder mit dem Verstand zu sagen, das ist jetzt so richtig oder nicht. Im Nachhinein ein Verkehrskonzept zu beauftragen halte ich auch nicht für sinnvoll. Weil wann, dann müssten wir das jetzt klären, wie schaut das verkehrsmäßig aus. Ich sehe mich da außerstande, seriös zu entscheiden, diesem Antrag gebe ich jetzt die Zustimmung so wie er dasteht oder nicht. Ich glaube, das kann kein einziger da herinnen machen, denn da müsste er wirklich ein Genie sein, denn vom Verstand her geht es nicht. Ich muss sagen, da verlasse ich mich auch ganz gerne auf mein Gefühl oder meinen Bauch, denn der hat mir da eigentlich immer eine ganz gute Orientierung gegeben. Das war bei Vorwärts so, wo ich rein gefühlsmäßig und nicht nur durch Faktenwissen gesagt habe, das haut nicht hin. Das war so bei der Christkindlwelt - es haut nicht hin und genauso ist auch diese Geschichte. Wir doktern herum, drehen es ein bisschen, machen wieder bisschen was, das kann es nicht sein. In einem muss ich den Vorrednern auch Recht geben, dieser Abänderungsantrag zielt jetzt nur darauf ab - um die architektonische Leistung, alle anderen Fragen bleiben weiterhin ungeklärt. Wie gesagt, da habe ich einfach kein gutes Gefühl, wenn ich innerhalb von einer Woche x-mal unterschiedliche Versionen höre, wie es jetzt wirklich sein wird, wo man gar nicht mehr weiß, was ist jetzt eigentlich der letzte Stand. Ich denke, das wird er jetzt wahrscheinlich auch nicht sein. Auch wie sich letztlich die ganzen Änderungen auf die Innengestaltung auswirken, da haben wir ja auch schon oft herumdiskutiert. Einmal hat es geheißen, es ist so - dann hat es wieder geheißen, es ist ein bisschen anders. Ich muss sagen, ich persönlich habe den Durchblick schön langsam nicht mehr. Aber ich habe kein gutes Gefühl, vor allem dann nicht, wenn ich eigentlich erst zu Beginn der Sitzung diese Änderungen sehe und dann den Abänderungsantrag vom Abänderungsantrag habe, das kann es nicht sein. Ich würde sie wirklich bitten, in Zukunft Planungen so zu machen, wie es im Bereich vom Projektmanagement ist, weil wenn wir an der Schule Projekte so machen würden, dann hätten unsere Schüler lauter „Nicht genügend“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Vizebgm. Bremm hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sehr verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich glaube, da gehört doch auch einiges ein bisschen ins rechte Licht gerückt. Es ist eh nicht unerwartet, dass auch ein bisschen Kritik kommen wird. Es ist halt eh oft so, man weiß es ja nicht; wenn man es so macht, dann ist es nicht recht, macht man es anders, ist es auch nicht recht. Wird heute eine sehr öffentliche Debatte über dieses Projekt geführt, dann ist es schlecht. Wird die Debatte nicht geführt, wird sie nur in einem kleinen Kreis geführt, dann ist es auch schlecht. Ich möchte aber schon grundlegend zu dieser Bezirkssporthalle und Kulturhalle sagen - wie es im Abänderungsantrag auch steht, Frau Kollegin Frech, wenn sie den letzten haben, schmeißen sie den alten weg und behalten sie sich immer nur den letztgültigen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe nur den einen!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Irgendwo wird er schon liegen, es sind halt schon zu viele Zettel da. Das ist auch ein sehr schlechtes Zeichen.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

So wie in der Schule, sie müssen sie halt nummerieren.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es steht auch beim neuen „Bezirkssporthalle“.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zu ihrer Beruhigung, aber es ist nach wie vor die Bezirkssport- und Kulturhalle in Steyr. Es hat sich an dieser Konzeption nichts geändert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte schon noch einmal vorausschicken, dass wir bei der Überlegung, wo wird die Sporthalle platziert, dass wir da schon nach gewissen Sachzwängen überlegt haben. Es ist da überhaupt nichts über das Knie gebrochen worden und es stimmt auch nicht, dass da jetzt eine jüdische Hast stattfindet. Ich würde ersuchen, das jetzt nicht irgendwo deutschsprachig ausjudizieren, ich glaube damit ist wirklich nichts schlechtes gemeint - wenn es stört, dann nehme ich das natürlich zurück. Es ist da wirklich keine Eile gegeben, sondern wir beschäftigen uns mit der Bezirkssport- und Kulturhalle seit 10 Jahren. 1992 sind die ersten Überlegungen, Gespräche und Diskussionen hier angeleiert worden und seit diesem Zeitpunkt wird darüber diskutiert. Ich glaube, von der Sache her ist es höchst an der Zeit - und da gebe ich einem meiner Vorrednern Recht - dass wir zu einer repräsentativen Halle für diese Zwecke in Steyr kommen. Nebenbei gesagt, wir haben auch noch ein bisschen Glück, dass uns die Heizungen etc. in der alten Halle nicht zusammenbrechen, sonst würden wir da schön ausschauen. Seit 10 Jahren wird das diskutiert und wir haben die verschiedensten Varianten und Standplätze der Sporthalle diskutiert, z. B. neben der Sporthauptschule, es sind Vorschläge gekommen, ob es nicht im Stadtgutbereich angesiedelt werden könnte. Der Kollege Payrleithner hat diese Überlegung auch in einer Gemeinderatsdebatte einmal eingebracht. Es ist aber letztendlich nach vielen Gesprächen - und es geht auch um die Finanzierung - mit den zuständigen Stellen, mit Bundesschulen, mit dem Bund, mit dem Land, ist letztendlich als Standort das Kaserngelände aus dem Grund übrig geblieben, weil wir nämlich in einer Bundesschulnähe sein müssen und gleichzeitig auch in der Nähe unserer Sporthauptschule, damit wir vom Bund auch dementsprechende Förderungen bekommen. Dadurch ist dieser Standort ausgewählt worden, den auch Breitling vorgeschlagen hat, wir haben eh schon lange darüber diskutiert. Es ist dann auch von den Experten und den Städteplanern die Vorstellung dieser Achse, die eh schon sehr strapaziert worden ist, diskutiert worden. Es ist unbestreitbar, dass die ursprüngliche Variante, die Ausrichtung der Halle Richtung Kollergasse, eine gute, eine vernünftige, eine der besten Varianten zu den damaligen Zeiten war. Das ist unbestreitbar und wir haben auch gewusst, wenn wir diese Richtung wählen, dann brauchen wir dort auch einen Grund. Über die Grundverhandlungen hat es auch über einen langen Zeitraum Gespräche gegeben. Nur sind in den Verhandlungen Dinge aufgetaucht, die vorher nicht so erkennbar waren und zwar ganz ein wesentlicher Punkt. Man kann es ja heute auch sagen, ein ganz wesentlicher Punkt bei den Grundverhandlungen war, dass auf diesem Grund noch die Spekulationssteuer drauf ist und der Grundeigentümer einfach nicht zur Kenntnis genommen hätte und auch nicht bereit gewesen wäre den Grund zu verkaufen, ohne dass er das abgegolten bekommen hätte. Das war der springende Punkt, warum sich die Verhandlungen bis zum letzten Zeitpunkt hingezogen haben, wo wir dann als Verantwortliche - der Bürgermeister in seiner Funktion und ich als Sportreferent - in unserer politischen Verantwortung gesagt haben, wenn das nicht zu realisieren ist, den Preis können wir nicht zahlen, dann müssen wir eine Variante überlegen, die machbar und umsetzbar ist, nämlich im Sinne der Kultur- und Sporthalle. Denn das wieder auf die lange Bank zu schieben und anfangen einen Grund zu suchen, das würde ja heißen - wenn wir heute den Kolleginnen und Kollegen der FPÖ-Fraktion, oder der Frau Frech und den Grünen folgen würden, dann würde das ja ein Einstellen der Sporthalle, neue Überlegungen und Ausschreibungen, Architektenwettbewerb und dergleichen heißen. Wir müssten dann auch eine Verzögerung von Jahren zur Kenntnis nehmen. Ich werde das in dieser Form nicht zur Kenntnis nehmen, weil ich glaube, es geht um die Sporthalle und nicht um die Wahl 2003. Ich glaube, dass der Bürger mündig genug ist, dass nicht die SPÖ die Sporthalle bezahlt hat, sondern dass die Stadt Steyr die Sporthalle bezahlt hat. Ich glaube, wir sollten uns auch von dem trennen. Das war der Grund und wir haben gesagt, das Grundstück ist dort nicht finanzierbar und dann sind die Experten gefordert worden. Der Architekt Schmid hat das ja auch in seiner Darstellung und Präsentation geschildert und nicht wir Politiker haben geglaubt wir wissen es besser. Wir haben in unserem Kreis im Gemeinderat keinen Architekten, dass wir dem vielleicht kurzfristig das Ressort

geben hätten können, dass er uns das geplant hätte, so wie es heute schon überall diskutiert worden ist. Wir haben die Experten ersucht, sich zu überlegen, wie können wir den Anforderungen der Sport- und Kulturhalle, aber auch architektonisch und städteplanerisch Rechnung tragen, ohne das Projekt zu kippen und wegzuschmeißen, sondern zu errichten. Das Ergebnis ist präsentiert worden, und ich glaube, dass das ein gutes Ergebnis ist und dass da überhaupt keine Husch-Pfusch-Geschichte ist, auch nicht in Windeseile über das Knie gebrochen wird, sondern dass wir nach einer langen Debatte an einem Punkt sind, wo wir glauben, dass das eine gute Lösung ist, das auch von den Experten als gute Lösung präsentiert worden ist. Die Forderung, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, des Gestaltungsrates, dieses Projekt in den Gestaltungsbeirat zu bringen, die Debatte haben wir schon einmal abgehandelt. Das ist eigentlich eine Wiederholung, weil es nämlich nicht so ist, dass wir zuerst ein Projekt einem Architektenwettbewerb - einen geladenen - unterlegen, den ausschreiben und machen und dann geben wir es in den Gestaltungsbeirat hinein. Das ist nicht die Vorgangsweise, es kommen nämlich nur Projekte in den Gestaltungsbeirat, die nicht in einem Architektenwettbewerb sind. So ist die Regel und ich glaube, dass wir an dem auch festhalten sollen, weil wenn wir es in den Gestaltungsbeirat geben, dann brauchen wir eh keinen Architektenwettbewerb ausschreiben. Zu den einzelnen Kritikpunkten, die noch angeführt werden; ich glaube der Finanzierungsplan ist keine Debatte mehr. Wir haben die Förderungszusagen vom Land, wir haben die Förderungszusagen vom Bund, das ist weitgehendst abgeklärt. Da ist kaum irgendetwas offen, vielleicht gelingt es uns, dort und da noch etwas dazu zu kriegen. Aber es ist so, im Wesentlichen haben wir auch die Information - das weiß auch der hohe Gemeinderat - alles was nicht gefördert wird, müssen wir als Stadt Steyr selber zahlen, das ist ein ganz klarer Fall. Im nächsten Planungsausschuss wird unser Finanzdirektor auch sagen, wie das finanziert werden soll. Da gibt es kein Geheimnis, da wird nichts „herumgemascherlt“, sondern das wird ganz ordnungsgemäß durchgeführt. Zur Verfügbarkeit des Grundstückes - ich selber versuche in meiner Funktion eigentlich immer ein sparsamer Mensch zu sein - und wenn ich mir jetzt anschau, dass die Richtung, die Ausrichtung der Halle von den Experten und Fachleuten aus jetzt passt, dann kann ich als Mandatar der Stadt Steyr darüber nur froh sein, wir ersparen uns ca. 20 Mio. Schilling an Grundkosten. Das ist ja nicht schlampig und auch für unser Budget ist das ein schöner warmer Regen. Der andere Grund, wir stellen diese Halle auf unseren eigenen Grund, also die Verfügbarkeit des Grundes ist da. Die architektonische Gestaltung, wie die Halle ist, die Höhe der Halle, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich weiß ja nicht, wir haben da lang und breit ein Projekt durchdiskutiert, nicht nur auf politischer Ebene sondern auch auf Sportlerebene. Wir haben die Sportvereine dazu eingeladen, wir haben die Kulturvereine dazu eingeladen, alle Einwendungen, Anliegen und Wünsche die gekommen sind, haben wir weitgehendst berücksichtigt und es ist schon vor langer Zeit mit den Vereinen festgelegt worden, dass die Höhe der Halle auf 9 m erweitert wird und das ist auch in den Planungen berücksichtigt worden. Alle Wünsche, auch bezüglich der Nebenräumlichkeiten und dergleichen, sind abgeklärt und auch mit den Benutzern ist das abgeklärt. Das braucht man jetzt nicht so in Frage stellen, wie wenn da jetzt niemand etwas davon wüsste. Wir haben meines Wissens nach - zumindest in den zwölf Jahren, die ich in der Gemeinde bin - noch nie ein Projekt so in die Breite und in die Tiefe diskutiert, wie wir das mit diesem Projekt getan haben. Da wissen die Benutzer und Nutzer der Halle alles ganz genau. Bezüglich Vorlage des Verkehrskonzeptes, das ist auch nicht Neues, der Architekt Medek hat das ja mit seiner Planung und Gestaltung am Tabor vorgelegt, wie die Verkehrsplanung sein soll. Ein bisschen sind sie als Referent auch selber dazu gefordert, wie man da eine Verkehrsplanung macht, wenn man dort ein „Häusl“ hinstellt. Es kann ja nicht sein, dass wir das Häusl nach der Verkehrsplanung machen, sondern da gibt es schon ein bisschen einen Anreiz, dass sie sagen, wie machen wir dort am besten die Straße und die Verkehrsplanung, Herr Dr. Pfeil. Wir werden sie dabei unterstützen, aber das Häusl soll dort stehen bleiben.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was für ein „Häusl“?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Na die Sport- und Kulturhalle. Kurt, du hast schon Recht, es ist oft gar nicht so abwegig, dass wir nicht auch schon über das bestimmte „Häusl“ Diskussionen geführt haben, denn da sind wir auch Weltmeister, das bringen wir auch zusammen. Die anderen Dinge sind nichts Neues, wir haben den Generalplanerauftrag hier im Gemeinderat beschlossen, auch nach Empfehlung unserer Fachabteilung für Hochbau, wo man gesagt hat, wir sollen diese Vorgangsweise wählen, das war nicht unbekannt, liebe Kollegen von der grünen Seite, das war euch schon bekannt. Weil wenn es euch nicht bekannt war, dann kennt ihr das Statut nicht, wie man nach EU-Richtlinien ausschreibt. Diesen Vorwurf kann ich euch dann nicht ersparen, denn das wissen wir alle hier herinnen, ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das werden wir noch erfahren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ein Auftrag über 2,7 Mio. Schilling ist EU-weit auszuschreiben. Damals, als wir die Generalplanung beauftragt haben, war das bekannt und auch seitens der Fachabteilung ist diese Vorgangsweise auch so vorgeschlagen worden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das war eine geheime Abstimmung!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das hat ja mit der geheimen Abstimmung nichts zu tun gehabt, sondern inhaltlich.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das haben wir doch gewusst, dass das EU-weit auszuschreiben ist. Ist eh egal, verabschieden sie sich jetzt davon, das ist eh ihr gutes Recht.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zu dem letzten Kritikpunkt, der auch hier angeführt ist. Ich glaube, da braucht jeder nur das Protokoll des Prüfungsausschusses genau lesen, dort ist ganz genau festgehalten, du weißt das, Kollege Apfelthaler, du bist dort der Vorsitzende, dort ist sehr deutlich hervorgegangen, dass an dem nichts Anrühiges ist und dass da nichts abgeleitet werden kann. Das wollte ich nur einmal zwischendurch zu dem Projekt Bezirkssport- und Kulturhalle beigetragen haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächster ist Herr GR Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Herr Bürgermeister, darf ich meine Wortmeldung an den Herrn StR Mayrhofer abtreten, damit er dem Herrn StR Eichhübl direkt antworten kann?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jawohl. Nächster ist dann der Herr Fröhlich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich glaube, eines ist ganz klar und da gebe ich den meisten meiner Vorrednern Recht, die Geschichte ist nicht so gelaufen, wie sie eigentlich laufen hätte sollen,

darüber gibt es keine Diskussion. Ich kann keine Planung vergeben, wenn mir der Grund, über den wir planen sollen, gar nicht gehört. Ich kann keine Ausschreibung machen, wenn die Grundfrage nicht geklärt ist. Da bin ich mit allen absolut konform, auch mit den anderen Punkten, die in diesen Dringlichkeitsantrag bei der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht wurden. Ich glaube, dass das auch richtig ist, dass man das einmal in aller Deutlichkeit ausspricht. Hier sind Versäumnisse vorgekommen und das ist eine Vorgangsweise, die wir uns in Zukunft wahrscheinlich - nicht wahrscheinlich - sondern die dürfen wir uns einfach nicht mehr leisten. Ich sehe da die Schuld auch eher bei uns und mit Sicherheit nicht bei der Beamtenschaft, weil die haben sehr wohl darauf hingewiesen, dass der Beschluss auf Generalplanung möglich war, das war nur mit Unterstützung der Grünen möglich, auch das ist so. Im Prüfungsausschuss des Hauses ist ganz klar hervorgekommen, dass die Generalplanungsleistungen sehr wohl EU-konform ausgeschrieben werden hätten müssen. Jetzt kommen wir zu den Folgen; wenn wir das jetzt alles rückgängig machen und neu ausschreiben, dann heißt das, dass wir den jetzt damit beauftragten Planer, der die Leistungen erbracht hat, voll bezahlen müssen - darauf hat er ein Anrecht, er hat ja seine Leistung erbracht - und dass wir selbstverständlich eine neue Planung in Auftrag geben müssten, wenn bei dieser neuen Ausschreibung dann ein anderer Bieter herauskommt. Das heißt, die Stadt und die Bürger von Steyr hätten die doppelten Kosten in einer Größenordnung von ungefähr 8,5 Mio. Schilling zu bezahlen. Vielleicht sollten es dann nur 8 Mio. Schilling sein, aber in dieser Größenordnung wird es sich auf jeden Fall abspielen. Das heißt, ein gewaltiger Nachteil für die Bürger. Das ist glaube ich auch unsere Verantwortung, dass wir abschätzen, ob das jetzt - für das, dass es ein Versäumnis war - auch gerechtfertigt ist, dieser zusätzlicher Einsatz von Mitteln. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der Beitrag, der in den OÖ. Nachrichten war, Herr Kollege Eichhübl, wie sie ihn zitiert haben, richtig war. War, weil zu diesem Zeitpunkt war der Informationsstand, dass die Halle eins zu eins um ungefähr 40 Meter nach hinten gerutscht wird, ohne andere zusätzliche Maßnahmen. Das hätte auch eine Verminderung der Parkfläche mit sich gebracht, keine Frage, hätte auch eine komplett andere städtebauliche Situation mit sich gebracht. Der Informationsvorsprung, den sie angeführt haben, der ist richtig. Der Informationsvorsprung ist allerdings um Stunden, in dem Fall sogar um Minuten gegangen, weil die letzten Fragen dazu sind in der Pause, die wir gehabt haben, geklärt worden. Da haben wir eine halbe Stunde nur mit der Rechtsabteilung des Landes telefoniert, wie der weitere Ablauf sein muss, damit es absolut richtig ist, damit man nicht auch nur im Entferntesten damit in den Verdacht gerät, dass auch jetzt noch etwas nicht rechtlich gesichert ist. Es wird sogar etwas übererfüllt, weil der Gemeinderatsbeschluss wäre laut Auskunft der Rechtsabteilung nicht unbedingt notwendig, wir haben uns aber trotzdem darauf geeinigt. Ich glaube, das ist ja das Entscheidende, was jetzt eigentlich dieser Abänderungsantrag bedeutet und mit sich bringt, ist genau das, was wir letztens auch wollten. Dass es nicht normal weiterläuft, dass die Ausschreibung jetzt mit der alten Planung weiterläuft, sondern dass das gestoppt wird, dass man unter Einbeziehung der neuen städtebaulichen Aspekte vom Architekt Medek eine Umplanung macht, dass wenn das vorliegt, mit sämtlichen Innenplanungen, der Außengestaltung, der Vorplatzgestaltung, der veränderten Zufahrten zur Tiefgarage, dass das dann im Ausschuss vorgestellt wird. In diesem Ausschuss wird selbstverständlich auch dann die Finanzierungsfrage und das Verkehrskonzept für diese Planung behandelt und erst wenn das geklärt ist, geht das in eine Sondersitzung des Gemeinderates und dort wird entschieden - wir entscheiden nicht heute, mit unserem Wissensstand, sondern dieser Abänderungsantrag sagt eines ganz klar, wir brauchen mehr Informationen. Wenn sie geliefert werden, dann wird es diese Entscheidung in diesem Sondergemeinderat geben. Dafür und dazu stehe ich. Ich glaube, mit dieser Vorgangsweise müssten wir eigentlich alle einverstanden sein. Danke.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Werte Kolleginnen, werte Kollegen, wertees Präsidium. Herr StR Bremm, es ist schon interessant, wie sie sich hier herausstellen und so nach dem Motto argumentieren, es war alles konform, es war alles logisch, der ganze Ablauf hat funktioniert und alles hat gepasst, es hat keine Widerstände und Probleme gegeben. Ich darf nur erinnern, angefangen hat die Sache ja mit der Vorplanungsphase, da war das Problem mit der Personalunion von Planung und Vorprojektierung. Dann hat es die Sache mit dem öffentlichen und dem privaten Grund gegeben. Die einen Planer haben sich immer auf den öffentlichen Grund konzentriert, weil sie geglaubt haben, sie können nur dort planen. Die anderen

haben den privaten Grund miteinbezogen und das hat dann auch gewonnen. Dann wurde das Ganze neben ein Alten- und Pflegeheim gestellt, was auch nicht unbedingt das Beste ist, für so einen Verkehrserreger in dieser Gegend. Dann kommt man aus heiterem Himmel auf einmal drauf, dass die fertig geplante Sporthalle gar nicht gefördert wird, weil sie zu groß ist. Bitte, jeder Häuselbauer, der sich wo ein Haus hinstellen möchte, schaut was gefördert wird bevor er zu planen anfängt. Ich kann nicht im Nachhinein sagen, oje wird nicht gefördert, jetzt muss ich umstellen, das kostet doch alles Geld. Das nächste Problem, der Grund steht nicht zur Verfügung - ist man dann darauf gekommen und trotzdem gibt man, meines Erachtens größtenteils fahrlässig, am 12. Jänner diese Ausschreibung hinaus für einen Generalunternehmer, obwohl man ganz genau weiß, dass die Verhandlungen mehr als in Schwebelage sind und total ungewiss ist, ob man diesen Ausschreibungskriterien überhaupt entsprechen kann. Dass hier überhaupt die Magistratsjuristen mitmachen, das ist für mich wirklich ein absolutes Rätsel, selbst mit meinem geringen juristischen Wissen steigen mir die Grausperlen auf, das muss ich ihnen schon sagen. Jetzt ruft man natürlich nach Rücknahme der Ausschreibung usw., da können wir nur ein Glück haben, dass noch keiner die Unterlagen abgeholt hat und dass die Frist noch nicht läuft, denn was dann ist, das wissen wir auch nicht, wenn Schadensersatzforderungen und dergleichen kommen. Was machen wir jetzt? Wir stoppen einfach die Ausschreibung, damit machen wir das Handeln der Stadt für alle potentiellen Vertragspartner aber undurchsichtig, einmal meinen wir es so und einmal so. Jedes Unternehmen, das dann mit uns einmal zukünftig einen Vertrag abschließen will, wird es sich natürlich doppelt überlegen, ob es sich auf dieses Risiko einlässt. Herr StR Bremm, sie waren damals auch da, wie es um die Rederbrücke gegangen ist. Wir haben damals schon darüber geredet, da hat der Dipl.-Ing. Zeilinger vom Land Oberösterreich etwas sehr Interessantes gesagt. Er hat gesagt, die öffentliche Hand hat eigentlich etwas getan, was sie normalerweise nicht darf - damals aufgrund der Eiligkeit. Sie hat nämlich auf einem fremden Grund geplant, der ihnen gar nicht gehört, das ist der öffentlichen Hand eigentlich verboten. Jetzt wissen wir auch warum, ist ja klar, jetzt stehen wir vor dem genau gleichen Problem. Husch, husch, das war das ganze Motto, wir drücken die Sache durch bis 2003, die Halle muss 2003 stehen, dass dann der Herr Bürgermeister und der Herr Sportstadtrat das eröffnen können. Natürlich würde es dann heißen, die Freiheitlichen waren wieder gegen die Sporthalle, was ein Blödsinn ist, ist aber eh egal, sie werden es trotzdem sagen. Herr Bürgermeister, jetzt wende ich mich direkt an sie. Sie kommen aus der Privatwirtschaft, sie kommen aus BMW, sie haben sich da durchbeißen müssen.

Gelächter

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Jetzt möchte ich sie fragen. Was wäre bei BMW mit einem Projektmanager passiert, der so ein Projekt durchgezogen hätte?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das sage ich ihnen gleich.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Das sagen sie mir bitte. Ich glaube nämlich, der hätte sich seine Papiere abholen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr GR Fröhlich, aufgrund ihrer Jugend haben sie wahrscheinlich noch nie irgendwelche Projekte in dieser Form erlebt und sie haben wahrscheinlich auch noch nie etwas Größeres bauen müssen, weil sonst würden sie wissen, dass es bei jedem größeren Projekt irgendwelche Schwierigkeiten geben wird, die auch gelöst werden müssen. Gott sei Dank, sage ich heute einmal, gibt es gute Architekten, gibt es hervorragende Stadtplaner und Gott sei Dank gibt es auch in unserer Runde flexible Gemeinderäte, die auch bereit sind, eine Lösung mitzutragen, die für die Stadt Steyr sehr

positiv ist.

Ich habe heute sehr viele Vorredner gehört, wo ich eigentlich den Eindruck gehabt habe, die wollen die Halle mit allen Mitteln madig machen, wollen sie irgendwo nach hinten rausschieben, wollen es irgendwie verhindern, dass wir eine schöne Halle bekommen. Da muss ich schon sehr deutlich sagen, wir Steyrer und die Steyrer Sportler verdienen uns eine Halle mit dieser Qualität. Gott sei Dank haben wir ab heute die Chance, die reelle Chance, dass wir so eine Halle bekommen. Ich freue mich richtig darauf.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Das hat niemand bestritten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jetzt lassen sie mich mal alleine reden.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn GR Stefan Fröhlich.

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Und wenn man den Architekten Schmid gehört hat, wie er in unserer kleinen Runde gesagt hat, wenn wir dieses Projekt sterben lassen, dann kommt das einer Abtreibung gleich. Er hat das Gefühl einer Abtreibung, wenn das sterben würde. Gott sei Dank bekommen wir jetzt eine phantastische Halle für alle Sportler und ich freue mich wirklich von Herzen darüber.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr GR Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Aus meiner Sicht ist ein bisschen verwunderlich, dass alle offensichtlich behaupten sie sind für die Sporthalle, finden aber immer mehr Argumente, warum sie dagegen sind. Das ist für mich eine bisschen verwunderliche Angelegenheit, weil wenn ich mir auf der einen Seite vorstelle, dass wir wissen, dass die alte Sporthalle über kurz oder lang entweder mit einem horrenden finanziellen Aufwand renoviert werden muss, oder wir bauen was neues, dann müssten wir uns eigentlich bewusst sein, dass es vielleicht nach außen hin immer den Anschein haben möge, als wenn 2003 die Wahlen sind und die SPÖ das unbedingt braucht, vielleicht gibt es aber auch andere Gründe. Es könnte nämlich der Umkehrschluss genauso zulässig sein, dass man versucht es zu verhindern, dass es 2003 nicht fertig ist, damit man sagen kann, man hat ihnen eine gegeben. Also, genau dieser Umkehrschluss wäre daher auch zulässig. Aber das möchte ich in diesem Sinne gar nicht so sehr beleuchten, denn ich denke mir, in Wirklichkeit geht es doch darum - und da erinnere ich mich zurück, wie wir in der Gemeinderatssitzung erfahren haben, dass dieses große Fördervolumen, welches wir eigentlich erwartet haben, nicht kommen wird, für die damals projektierte 142 Mio. Schilling Halle. Da hat es also durchaus hier im Gemeinderat Leute gegeben die gesagt haben, die darf um keinen Millimeter kürzer oder schmaler sein und sie muss auch gleich hoch sein, dass heißt, die muss 142 Mio. Schilling kosten, nur keiner hat gesagt, wo wir das Geld dafür hernehmen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, fordern und wünschen können wir uns beim Christkind etwas, aber wenn wir das nicht finanzieren können, dann wird das Ding nicht stehen, das ist die Realität. Ich habe damals schon gesagt, wir sollten uns eigentlich auf die Sache konzentrieren, dass wir hergehen und sagen, wir wollen eine Sporthalle bauen und die muss in unsere finanzielle Situation passen. Gott sei Dank hat sich die Mehrheit damals dafür entschieden,

dass 100 Mio. Schilling für dieses Projekt auch nicht gerade zuwenig sind und wahrscheinlich die Bedürfnisse für eine Stadt wie Steyr letztendlich mit dieser Sporthalle auch erfüllt sind, wenn wir uns wirklich bewusst werden müssen, dass wir der letzte Bezirk sind, der keine solche Sporthalle hat. Das ist auch Realität und da geht es mir auch darum, dass wir letztendlich auch unseren Sportlerinnen und Sportlern gegenüber verantwortlich sind, als politische Kräfte in dieser Stadt denen letztlich auch zu ermöglichen, dass sie diesen Sport ausführen können. Immerhin ist diese Sporthalle auch so geplant worden, dass sie nicht nur 3 Spielfelder hat, sondern - auch wenn das manchmal milde belächelt wird und immer so zitiert wird, wie wenn das dann plötzlich keine Veranstaltungshalle mehr wäre - dass man dort also auch durchaus Veranstaltungen durchführen kann, wo man 2000 bis 3000 Leute unterbringen wird, wenn es normal geht und notwendig sein wird. Ich schaue mir zuerst nur an, welche Veranstaltung wir zustande bringen, wo wir 3000 Leute in diese Halle hineinbringen. Ich glaube ganz einfach, dass wir derzeit immer auf der Wolke 7 schweben, wo wir uns immer erzählen, was wir nicht alles zustande bringen werden, aber kaum sind wir bei der Umsetzung, dann sagt jeder, nein so darf es aber nicht sein, weil das ist für mich oder für den anderen etwas zu wenig. So geht es aus meiner Sicht nicht, das heißt wir werden eine Entscheidung fällen müssen und derzeit machen wir aus meiner Sicht einen Schritt nach vorne indem man sagt, wir planen weiter, alle rechtlichen Dinge werden abgeklärt und in einem Sondergemeinderat werden wir dann noch einmal eine eigene Beschlussfassung über diese Sporthalle führen. Ich glaube, das ist ein gangbarer Weg und der sollte eigentlich unterstützt und nicht permanent torpediert werden. In diesem Sinne hoffe ich, dass eine vernünftige Entscheidung mit Mehrheit gefällt wird, denn dass nicht alle mitgehen, das haben sie eh schon gesagt. Ich hoffe, dass hier eine vernünftige Entscheidung gefällt wird, vor allen Dingen im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger von Steyr und vor allen Dingen die Sportler.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Sehr verehrte Damen und Herren. Ich möchte es auf einen Punkt bringen, die Bezirkssporthalle passt dort nicht hin.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Das ist, glaube ich, der Grund, warum wir jetzt schon zum dritten, vierten oder fünften Mal dieses Thema diskutieren. Es gibt ein Prinzip bei Liegenschaften, das heißt: Lage, Lage, Lage. Es gibt 2 Gründe, warum sie dort nicht hinpasst, das sind die verkehrstechnischen Gründe, das sind die Gründe der Nachbarschaft. Das hat mit Architektur ja überhaupt nichts zu tun. Ich bewundere den Architekten Schmid, der wie ein Schneider oder ein Koch dauernd umschneiden muss und dauernd soll er aus den gleichen Rohmaterialien wieder was Schmackhaftes fabrizieren. Die verkehrstechnische Anbindung ist dort überhaupt nicht gegeben und wird auch durch geplante Baumaßnahmen nicht besser, Kollege Hauser Willi weiß es, er hat einmal eine Ortsteilsache dort abgehalten. Mehrere Bürgerinitiativen laufen dort oben schon seit Jahren Sturm. Der zweite Grund die Nachbarschaft - die Bürgerinitiativen, das sind die Bewohner, die dort Sturm laufen, also wir haben vorwiegend Wohnbevölkerung und wir haben auch öffentliche Einrichtungen wie ein Alten- und Pflegeheim Tabor, wir haben Sozialeinrichtungen wie die Lebenshilfe und wir haben den städtischen Friedhof. Der Standort ist denkbar ungünstig. Mir sind eigentlich Gegenvorschläge abgegangen und ich bringe sie ihnen trotzdem. Wir müssen uns überlegen, wo wir diese Sporthalle hintun und sie gehört in den Norden der Stadt. Sie gehört entlang der Ennserstraße - links oder rechts - wo wir Platz haben, wo die Leute hinfahren können, wo Luft ist. Wir picken sie jetzt dort hinein. Der Architekt Schmid hat aus diesem Fleckerl, was jetzt nur mehr dort oben zur Verfügung steht, das Größte herausgeholt. Der Vizebürgermeister Bremm hat sich sogar gefreut, weil man jetzt sogar weniger Geld braucht, jetzt haben wir 20 Mio. Schilling eingespart. Er hat noch nicht vorgeschlagen, wo er jetzt die 20 Mio. Schilling schon wieder ausgeben will, die wir jetzt dort eingespart haben. Der

Herr Mag. Lemmerer freut sich schon über die 20 Mio. Schilling, die wir jetzt weniger brauchen, weil wir den Grund vom Herrn Haratzmüller-Bachleitner nicht bekommen. Die Suppe ist versalzen und sie wird nicht mehr schmackhafter. Ich kenne keinen Koch, der das zusammenbringt. Der Karren ist im Dreck, wir sind stecken geblieben, wir müssen uns einen neuen Weg suchen. Auch Spitzenbergsteiger drehen manchmal um, das ist oft ein größerer Sieg als abzustürzen. Etwas verwundert bin ich über die ÖVP. Ich wollte ganz aktuell sein und habe mir die Homepage der ÖVP angeschaut, am 22., heute noch nicht, aber vorgestern und da gibt es eine fünfseitige Presseinformation vom StR Mayrhofer. Er ist jetzt anscheinend über Nacht gescheiter geworden, so wie der Adenauer das einmal gesagt hat.

„Ende der Gemütlichkeit, Macht und Widerstand“, sind nur die letzten Schlagwörter seiner Presseinformation.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Hoffentlich habt ihr es jetzt aus der Homepage herausgegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Keine weitere Wortmeldung, ich bitte um das Schlusswort.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Leider kann ich jetzt noch nicht auf die Presseinformation der ÖVP eingehen, es tut mir wirklich Leid, aber in einem Punkt möchte ich schon dem Herrn Bürgermeister Recht geben. Sie haben heute ein sehr treffendes Wort kreiert und zwar, sie haben das Wort des „Umfallers“ heute umstrukturiert, sie haben gesagt, der flexible Gemeinderat.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das gefällt mir eh viel besser, wir werden sofort unsere Freunde von der ÖVP zu flexiblen Gemeinderäten umändern bzw. titulieren. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, alle diese Punkte, die wir das letzte Mal verlangt haben, sie liegen ja nicht am Tisch.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Fällt heute die Entscheidung Herr Vizebürgermeister?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Mayrhofer, ich ersuche sie noch einmal, wenn sie diese Unterlagen haben, die sie selber mitverlangt haben, dann zeigen sie sie uns, weil vom Amt habe ich sie nicht bekommen. Wenn sie sagen, es gibt Zusagen vom Land und vom Bund, wenn wir jetzt nur bei der Finanzierung bleiben, ich habe sie nicht. Vielleicht haben sie es? Gibt es sie, oder gibt es sie nicht, oder haben sie nur geschwafelt?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Haben sie zuerst nicht zugehört, Herr Vizebürgermeister?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Haben sie es oder haben sie es nicht? Wenn sie es haben, warum werden solche Informationen dann

nicht weitergegeben? Ich würde mir hier schon einmal ein klärendes Wort des Herrn Bürgermeisters wünschen, dass man die Gemeinderäte mit dem gleichen Informationsstand ausrüstet. Wenn ich einen Informationsbedarf habe, ich mir den Akt ansehen möchte und dann wird mir gesagt, der steht mir nicht zu, dann habe ich damit ein Problem. Vor allen Dingen mit dem Hauptantrag, weil wir haben letztes Jahr einmal irrsinnig lange über die Höhengestaltung diskutiert, jetzt nicht die 35 cm, dass man das tiefer legt, sondern die Innenhöhengestaltung. Ich weiß es nicht, werden es jetzt 7,5 Meter, ...

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
9,15 Meter.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Es gibt eine SPÖ-Zeitung, da steht drinnen, dass die ÖVP und die FPÖ Falschmeldungen verbreiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist eine uralte Sache.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Da steht drinnen, dass sicher ist, dass die Hallenhöhe von jetzt 7,70 m selbstverständlich ausreichend ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist eine uralte Variante.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist ja das Problem, aber es wäre ja recht, wenn alle Gemeinderäte zum Zeitpunkt der Abstimmung mit dem gleichen Stand ausgerüstet werden müssen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Darum haben wir das gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Machen wir eine Umfrage, ob die Kolleginnen und Kollegen alle wissen, wie hoch die Halle innen wird.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Es wäre ja seit der letzten Gemeinderatssitzung Zeit gewesen, diese offenen Fragen zu klären und den Gemeinderäten zukommen zu lassen, nicht jetzt einfach einen Abänderungsantrag vorzulegen, dass alles wieder anders ist. Da wäre ja nichts Unanständiges dabei gewesen, wir hätten vielleicht heute einen einstimmigen Beschluss zusammengebracht. Eines möchte ich schon noch einmal betonen, wir haben bereits am 30. 11. 2000 hier in diesem Raum über die Beanspruchung des Gestaltungsbeirates diskutiert. Damals ist gesagt worden, wir brauchen die Halle schnell, wir haben dazu keine Zeit. Jetzt schreiben wir das Jahr 2002, wir haben noch immer keine Zeit, aber das Projekt ist doch im ganz wesentlichen Teil anders geworden, bei der Einfügung, bei der Aufschließung usw. Ich denke schon, dass hier eine Beschäftigung im Gestaltungsbeirat sehr, sehr notwendig ist und ich würde wirklich diese eine Sitzung vorschlagen, Herr Bürgermeister, vielleicht finden wir da einen Weg, geben wir das in den Gestaltungsbeirat, weil im Bauausschuss sind unsere Experten vom Amt und Gemeindepolitiker dabei. Ich maße mir nicht an, ein 100 Mio. Schilling Projekt fachlich zu beurteilen. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Kollegin Frech zum zweiten Mal bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich werde mich sehr kurz fassen, zum einen würde ich sie bitten, Herr Bürgermeister, vielleicht mit manchen Themen nicht unbedingt Scherze zu treiben und ich finde, das Thema Abtreibung ist nicht dazu geeignet, irgendwelche Scherze zu treiben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist kein Scherz gewesen sondern ein Vergleich!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Solche Vergleiche zu schließen, finde ich als Frau zumindest nicht sehr taktvoll. Ein Punkt ist mir besonders wichtig und der ist heute ein bisschen untergegangen. Das ist jener Punkt, wo mir einfach die Argumente der Mehrheitsfraktion nicht sehr glaubwürdig erscheinen, weil wenn ihnen das alles so wichtig ist, diese Sporthalle und die Klärung dieser Punkte, warum haben sie bei der letzten Gemeinderatssitzung am 13. 12. diesem Dringlichkeitsantrag nicht die Dringlichkeit zuerkannt, weil das war eine dringliche Angelegenheit. Über die ist im Gemeinderat aber nicht einmal diskutiert worden, denn das wäre dann legitim gewesen, einen Dringlichkeitsantrag abzulehnen, aber obwohl es ein dringliches Thema war, hat man diesem Thema nicht die Dringlichkeit zuerkannt. Da hätte man eigentlich bereits am 13. 12. die Konsequenzen ziehen können und dann wären wir jetzt schon wieder ein bisschen weiter, weil inzwischen sind schon wieder 6 Wochen vergangen. Deshalb ist mir die ganze Geschichte nicht besonders glaubwürdig. Herr Kollege Bremm, wenn sie sagen, sie haben das jetzt eh im Text wieder umgeändert - Bezirkssporthalle in Kulturhalle auch dazu - dann zeigt es eigentlich nur das, man weiß eigentlich innerhalb von 5 Minuten nicht was es werden soll, Bezirkssporthalle oder Kulturhalle. Ich nehme an, es war ein „freudscher“ Verschreiber.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Presse. Ich bin stolz, dass ich flexibel bin und diese Erklärung möchte ich hier machen. Wenn ich nicht flexibel wäre, dann wäre ich in meinem Beruf schon gescheitert. Das nur zum sogenannten „Umfaller“. Wir haben nicht alles über Bord geworfen, wie in der ersten Wortmeldung vom Herrn Vizebürgermeister zu hören war, wir haben uns Gedanken über die Zukunft der Sporthalle gemacht. Ich will nicht mehr auf Details eingehen, aber unser gemeinsamer Dringlichkeitsantrag lautete: „Alle Planungen und weitere Vergaben von Aufträgen werden bis auf weiteres gestoppt.“ Die Vergabe von Aufträgen wird gestoppt, was wir mit dem Abänderungsantrag bezwecken, dass die Planungen nicht gestoppt werden, dass am 7. Februar dem Planungsausschuss die endgültige Umplanung des Herrn Architekten Schmid vorgelegt wird und dass von dort weg eine Gemeinderatssitzung erfolgt, wo die Weiterführung der Sporthalle beschlossen werden soll. Das ist alles, worüber wir jetzt mit allen rundherum diskutiert haben. Wir haben auch keinen besseren Wissensstand, was wir heute präsentiert bekommen haben, das hat sich alles in den letzten Stunden entschieden und der Wissensstand wird sicher an alle Gemeinderäte auch noch im Detail weitergegeben werden. Die heutige Präsentation war sehr beeindruckend und hat mich überzeugt, dass wir den richtigen Weg gehen. Ich hoffe, dass wir bis Ende Februar zu einer großen Gesamtlösung und zu einem großen gemeinsamen Beschluss für den Bau unserer Sporthalle kommen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Schlusswort, Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich werde mich in meinem Schlusswort kurz halten, ich habe ja eine Wortmeldung dazwischen abgegeben. Nur einen Hinweis noch, Frau Kollegin Frech, ihre namentliche Erwähnung - die Kulturhalle fehlt da in unserem Antrag - das mag

schon ein Verschreiber sein, weil nämlich die Formulierung von einem Antrag abgeleitet worden ist, den sie mitunterschieden haben, da steht nämlich auch nichts drauf von einer Kulturhalle. Da steht nämlich nur Bezirkssporthalle drauf, da haben sie unterschrieben, da haben sie nicht aufmerksam gelesen, Frau Kollegin. Das nächste Mal ein bisschen besser aufpassen, was sie unterschreiben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Den habe ich nicht unterschrieben, da war ich gar nicht da.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sie haben nicht unterschrieben? Entschuldigung, das war ja bei der Budgetsitzung, wo sie zum Schluss hereingekommen sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Was sie alles herauslesen, was gar nicht war, ich bewundere sie.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Entschuldigung, das nehme ich zurück. Sonst wären sie draufgekommen, da bin ich überzeugt davon.

Zur Dringlichkeit selber; wenn wir das in der Sitzung beschlossen hätten, dann hätte das bedeutet, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass wir eine längere Verzögerung der Sporthalle eingeleitet hätten, weil wir haben da nicht von einer Umplanung oder weiteren Planung gesprochen, sondern es ist da von einem Stopp der Sporthalle ausgegangen worden und aus diesem Grund haben wir das letzte Mal als Sozialdemokraten dagegen gestimmt, mit all den Folgen, die daraus entstanden wären. Es ist heute eh schon einmal vom Kollegen Mayrhofer angesprochen worden, wenn wir das Projekt zum Fallen bringen - und ich muss ehrlich sagen, dass ich bei ein paar schon gleich ein wenig das Gefühl habe, auch wenn es immer so betont wird, alle wollen eine Sporthalle, aber nicht jetzt, weil es zum Schluss ein paar Wochen vor der Wahl fertig wird usw. Der Kollege Fürweger hat es ja auf den Gipfel gebracht, er sucht jetzt wieder einen neuen Standort, weil das dort nicht passt, weil es zu nahe beim Altersheim und zu nahe beim Friedhof ist. Vielleicht kommen wir bei der nächsten Variante zu viel ins Jagdgebiet hinein, also es erweckt den Eindruck, dass der eine oder andere die Sporthalle nicht möchte. Ich muss ehrlich sagen, in meinem jugendlichen Leichtsinne, und damit möchte ich dann schon aufhören, in meinem jugendlichen Leichtsinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich geglaubt, wie ich für das Projekt marschiert bin, weil ich halt der Sportreferent bin und weil ich in meinem ganzen Leben immer ein Sportler gewesen bin und auch in der Sporthalle meinen Sport ausgeübt habe - schaut nicht mehr danach aus, Herr Doktor, aber ich war ein junger schlanker und ranker Bursche - seit Jahren bemühe ich mich jetzt, dieses Projekt voranzutreiben und ich habe geglaubt, wenn wir es soweit haben, freuen sich alle, dass wir eine Sporthalle haben. Das ist eine bittere Enttäuschung, die ich da in der Politik erlebt habe, dass auf einmal versucht wird, so ein Projekt rundherum negativ zu beeinflussen. Das ist wirklich eine Enttäuschung, die ich da erlebe, weil ich glaube, wenn man will, dann findet man überall einen Weg und mich freut es aber doch, dass wir heute doch einen Weg finden, um alle Unklarheiten aus dem Weg zu schaffen und im Zeitplan halbwegs voranzukommen, vor allem die Sporthalle zu realisieren. Ich ersuche da wirklich alle, die dem Sport gut gesinnt sind, hier für diesen Weg, der für alle eine Brücke sein kann, die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke, wir kommen nun zur Abstimmung des Abänderungsantrages der SPÖ und ÖVP. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Wer zählt den überhaupt?

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Noch einmal bitte. Dafür sind 20 (SPÖ und ÖVP). Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 10 (7 FPÖ, 2 GAL, 1 LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich ersuche um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Mein letzter Antrag wird möglicherweise mit weniger Konflikten bereichert sein. Es geht hier um die Benennung der HS 1 auf der Ennsleite, die zur Kopernikusschule ernannt werden soll. Grundsätzlich möchte ich hier dazu anfügen, die Begeisterung in diesem Fall hält sich etwas in Grenzen, weil ich glaube, wenn es sich einbürgert, dass jede Direktion für sich oder für die Schule einen eigenen Namen haben will, aus Wettbewerbsgründen mit anderen Schulen, wird das nicht immer im Interesse des Schulerhalters sein. Aber wenn das so ein Herzenswunsch ist, ist es glaube ich ja keine Fahnenfrage für uns. Wir sind bei uns in der Fraktion, wie wir das debattiert haben, daraufgekommen, dass dieser ganze Schulkomplex auf der Ennsleite, der von der Bevölkerung als Glöckelschule bezeichnet wird, gar keinen Namen hat, sondern es ist nur HS 1 und HS 2 Ennsleite und VS 1 und VS 2 Ennsleite. Jetzt soll ein Komplex, der den Haupteingang zur Kopernikusstraße hat, als Kopernikusschule bezeichnet werden und aus diesem Grund stellen wir einen Zusatzantrag, dass es in der Zukunft keine Verwechslungen dort geben kann, dass wir dem restlichen Schulkomplex, deren Haupteingang sich in Richtung Glöckelstraße orientiert, dass dieser Teil Otto-Glöckel-Schule heißt und der andere Teil Kopernikusschule. Somit ist jede Verwechslungsmöglichkeit endgültig beseitigt und jeder weiß, ich gehe in die Glöckelschule und der andere geht in die Kopernikusschule. Diesen Zusatzantrag möchte ich hier anbinden und ich ersuche den Gemeinderat, dem die Zustimmung zu geben.

Die unterzeichneten Mandatare des Gemeinderates stellen gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die nächste Gemeinderatssitzung am 24. Jänner folgen Antrag:

15) Präs-18/02 Antrag der LIF- und ÖVP- Gemeinderatsfraktion betreffend Ergänzung des Schulnamens HS 1 Ennsleite um die Bezeichnung „Kopernikusschule“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Das gemäß dem Statut für die Stadt Steyr zuständige Organ wird vom Gemeinderat angewiesen, die im Bereich der Stadt Steyr liegenden formalen Vorgänge durchzuführen, die eine Ergänzung des Schulnamens der HS 1 Ennsleite um die Bezeichnung

Kopernikusschule

ermöglichen.“

Begründung:

I. Inhaltlich

Mit Datum vom 21. Juni letzten Jahres stellte die HS 1 Ennsleite das Ansuchen um Bewilligung zur Führung des zusätzlichen Schulnamens „Kopernikusschule“.

Als Begründung wurden u.a. folgende Punkte angeführt:

Die Schuladresse ist 4400 Steyr, Kopernikusstr. 12 a.

Als Leitbild für die HS 1 Ennsleite wurde vom Schulforum einhellig Nikolaus

Kopernikus und sein heliozentrisches Weltbild gewählt.

Damit folgt die Schule der Aufforderung des Landesschulrates, Ziele zu formulieren, Leitbilder zu erstellen und die Freiräume für autonome Gestaltung am Schulstandort zu nutzen (siehe Verordnungsblatt des Landesschulrates für Oberösterreich vom 23. 10. 1997, 28. Päd. Beilage).

Das Ansuchen der HS 1 Ennsleite ging gemeinsam mit einer positiven Stellungnahme des Bezirksschulrates an die Stadt Steyr als Schulerhalter. In dieser Stellungnahme wird u. a. als Begründung der Befürwortung angeführt, dass die Namensergänzung zu einer klaren Abgrenzung zur im gleichen Haus befindlichen Ganztageschule beitrage und zudem eine verstärkte Identifikation der Schulgemeinschaft bewirkt würde.

Aus unerfindlichen Gründen wurde mit Schreiben vom 30. Oktober letzten Jahres dem Bezirksschulrat mitgeteilt, dass „die Stadt Steyr“ der Ergänzung nicht zustimme. Eine Begründung erfolgte nicht. Es war im Vorfeld auch keinerlei politisches Gremium mit dem Wunsch der Schule befasst worden. Erst in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 11. Dezember letzten Jahres kam das Thema zur Sprache, wobei sich die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden für die Ergänzung „Kopernikusschule“ aussprach.

II. Formell

1. Gemäß der ständigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes ist der Gemeinderat in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde deren oberstes Organ und damit berechtigt, gegenüber allen andren Organen und Einrichtungen der Stadt in diesen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches seiner Meinung zum Durchbruch zu verhelfen, sei es im Instanzenzug oder im Wege von Weisungen, selbst wenn der Gemeinderat nicht unmittelbar zuständig sein sollte (vgl. dazu Erkenntnis vom 15. 11. 2000, Zl. 99/01/0324, S 8f).

2. Laut Auskunft des Bezirksschulrates der Stadt Steyr ist eine positive Stellungnahme der Stadt Steyr als Schulerhalter bezüglich der Führung der Ergänzung um „Kopernikusschule“ unbedingt notwendig, damit der Akt an den Landesschulrat zur weiteren Erledigung weitergeleitet werden kann.

Mag. Michaela Frech - Liberale Gemeinderatsfraktion

Gunter Mayrhofer - ÖVP-Fraktion

Zusatzantrag der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr

Zusatzantrag

gem. § 9 Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr und seine Ausschüsse

zum Antrag der Liberalen Gemeinderatsfraktion vom 8. 1. 2002 betreffend Ergänzung des Schulnamens der HS 1 Ennsleite um die Bezeichnung „Kopernikusschule“.

Die unterzeichneten Mandatare des Gemeinderates stellen gem. § 9 iVm § 6 Abs. 1 lit. d. und Abs. 3 Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr und seine Ausschüsse und § 12 Abs. 1 StS 1992, LGBl. 9/1992, idgF folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die HS 2 Ennsleite sowie VS 1 und VS 2 Ennsleite werden um die Bezeichnung

„Otto-Glöckel-Schule“

ergänzt.

Begründung:

Die Liberale Gemeinderatsfraktion hat mit Datum vom 8. 1. 2002 den Antrag auf Ergänzung des Schulnamens der HS 1 Ennsleite um die Bezeichnung „Kopernikusschule“ gem. § 6 Abs. 3 Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr und seine Ausschüsse gestellt.

Die Ergänzung des Schulnamens der HS 1 Ennsleite um die vorgenannte Bezeichnung würde einseitig eine Namenszuordnung für einen Teil des Schulkomplexes Ennsleite darstellen. Der überwiegende Schulkomplex mit der Ganztags-Hauptschule 2 sowie der Volksschule 1 und Volksschule 2 würden sohin ohne Namenszuordnung verbleiben und dadurch in der organisatorischen Gliederung nicht eindeutig zu differenzieren sein.

Mit der Namensergänzung des Schulkomplexes Ennsleite für die Bereiche HS 2 sowie VS 1 und VS 2 Ennsleite um die Bezeichnung „Otto-Glöckel-Schule“ wird auch die adressenmäßige Zuordnung zum Straßenzug Otto-Glöckel-Straße 6 bzw. 4 vorgenommen. Um Erledigung als Zusatzantrag gem. § 9 GOGR zum Antrag auf Ergänzung des Schulnamens auf HS 1 Ennsleite um die Bezeichnung Ennsleite „Kopernikusschule“ im Sinne des vorstehenden Antrages wird höflich gebeten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Antrag steht zur Debatte. Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bin ja ganz froh, Herr Kollege Bremm, manchmal hat Flexibilität mit Rückgratlosigkeit zu tun, in dem Fall freut mich die Flexibilität, dass sie zur Einsicht gekommen sind, dass man diesem Ansuchen der Schule entgegenkommen soll. Ich bin auch sehr froh, dass sie signalisiert haben mitzumachen, weil ich ja davon ausgehe - aufgrund der Fraktionssitzung, die es gegeben hat - dass auch die anderen Fraktionen hier mitgehen werden und es deshalb eine Einstimmigkeit geben wird. Ich glaube aber auch, dass es eh an der Zeit war das zu machen, weil in dieser ganzen Angelegenheit hat man sich seitens der Stadt ja nicht besonders mit Ruhm bekleckert. Vor allem eines muss ich schon sagen, das ist diese Geschichte mit den Mehrheiten. Es ist schon ganz interessant, das Thema Fraktionssitzungen - ein Gremium, welches es laut Stadtstatut ja eigentlich gar nicht gibt, aber wir haben immer wieder diese Fraktionssitzungen - und dann lese ich im Protokoll von der Fraktionssitzung, „Der Wunsch nach Namensergänzung wird mit Mehrheit abgelehnt.“ Also ich kann mich erinnern, die Fraktionsvorsitzendenkonferenz besteht aus 5 Fraktionsvorsitzenden. Die Mehrheit in dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz waren 3 Fraktionsvorsitzende, nämlich Grün, ÖVP und meine Wenigkeit, die dafür waren. Im Protokoll lese ich aber, die Mehrheit lehnt das ab, obwohl 3 dafür waren, der Herr Dr. Pfeil, der gesagt hat, es ist für ihn keine Fahnenfrage und einer war eher dagegen. Also, in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, wenn da 5 Leute sind, dann sind 3 für mich die Mehrheit. Da herinnen im Gemeinderat mag es anders ausschauen. Das möchte ich in Zukunft im Protokoll auch nicht mehr lesen, ansonsten freut es mich, dass diesbezüglich dem Wunsch der Schule Rechnung getragen wird. Im Sinne des Friedens, da habe ich mich einmal vom Herrn Kollegen Mayrhofer überzeugen lassen, und dass nicht wieder etwas anderes passiert, das sie wieder dazu bewegt, vielleicht doch noch einen Rückzieher zu machen, werde ich meine weiteren Wortmeldungen, die ich dafür vorgehabt habe, zurückziehen, weil ich mir denke, ich möchte ihnen nicht die Möglichkeit geben, aus dem was ich sage einen Grund herauszufinden, warum sie jetzt dann dagegen sind, das möchte ich nicht machen. Nur in Zukunft wünsche ich mir die Vorgehensweise nicht mehr so, wie es da gelaufen ist, wo es plötzlich keine Akten gibt, keine Ansuchen mehr, aber bei diesem Thema waren wir heute schon einmal, das haben wir eh schon alles

gehabt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Es ist richtig, in der Fraktionsobmännerkonferenz, wie dieses Gremium so schön heißt, ich habe mich damals der Stimme enthalten, ich habe gesagt, die Schulbenennung ist mir eher egal. Nur, man sollte schon darauf Rücksicht nehmen, wenn die Direktionen das so wollen, dann werden wir das sicherlich nicht ablehnen. Ich möchte aber auch dazu sagen, dass ich nicht der Promotor von dem ganzen war, ich habe auch gesagt, ich möchte mir dann die Unterlagen und die Begründung dafür anschauen und das wollte ich dann auch tun, aber dann ist schon einiges Merkwürdiges wiederum passiert - so in der schönen Rathausverwaltung. Nämlich, wenn man mit der Direktion von dieser Schule spricht, die jetzt dann Kopernikusschule heißen soll, die haben gesagt: „Ihr seit ja eh dagegen, weil wir haben ein Schriftstück in Händen, dass der Herr Magistratsdirektor sagt, das geht nicht. Es gibt einen Beschluss, dass es negativ ist“. Also ihr könnt euch brausen gehen. Ich wollte mir dann diesen Akt ansehen und diesen Akt hat es nicht gegeben, sondern es war wiederum nur dieser Antrag drinnen und sonst nichts. Es war eine positive Stellungnahme vom Bezirksschulinspektor drinnen, es war aber kein Aktenverzeichnis drinnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt wird es in diesem Haus wirklich langsam bedenklich, wenn Akten ohne Aktenverzeichnis geführt werden, wenn nicht alle Stellungnahmen drinnen sind, es fehlen auch alle Stellungnahmen des hiesigen Amtes, von Schule und Sport, das wäre ja auch nicht uninteressant gewesen. Im Vorfeld, gibt es Sinn, wenn wir alle Schulen mit Eigennamen benennen oder gibt es keinen Sinn, das ist für mich auch eine neue Frage. Da hat es keine Stellungnahme gegeben, aber es gibt sehr wohl eine Stellungnahme des Herrn Magistratsdirektor, die dann offensichtlich verschwunden ist, dass es das nicht geben soll.

Wenn es von der Schuldirektion, von den Lehrern, von den Schülern und den Eltern gewünscht wird, werden wir natürlich beiden Schulbenennungen zustimmen. Jetzt überfahre ich meine Fraktion etwas, wir haben über die Glöckelschulbenennung natürlich nicht sprechen können, das wussten wir nicht. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen sehe ich keine, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich kann das Schlusswort eigentlich relativ kurz machen. Es ist der Antrag von der Schulleitung gekommen, der Antrag ist von der Kollegin Frech-LIF und dem Kollegen Mayrhofer-ÖVP eingegangen, es hat da keinen umfassenden Aktenlauf gegeben. Die Fachabteilung Schule und Sport ist für die Benennung nicht zuständig, das ist über den Bezirksschulinspektor gegangen, der hat seinen Kommentar abgegeben. Ich glaube, wir sollen das so zu Ende bringen, ich glaube, dass wir einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss zusammenbringen, es sind alle zufrieden, die Direktorinnen haben einen Namen für ihre Schule, wir wissen auch, wo wir unsere Kinder hinschicken müssen, da haben wir jetzt einen Namen dafür. Ich danke für das Einverständnis.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zu der Abstimmung dieses Zusatzantrages.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ganz kurz nur zur Klärung. Der Wunsch nach „Glöckel-Schule“ kommt von der Schule selbst?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist mit der Schule abgestimmt.

Dann kommen wir zum ursprünglichen Antrag. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da geht es jetzt nicht um den Zusatzantrag, sondern um den ersten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir haben ja einen Abänderungsantrag!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist ja ein Zusatzantrag und kein Abänderungsantrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na bitte, dann sagt mir wie das geht. Fangen wir noch einmal an.

Gelächter

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:
Zuerst der Hauptantrag und dann der Zusatzantrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Hauptantrag lautet auf „Kopernikusschule“, damit wir uns jetzt ganz klar sind. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben.

Diskussion verschiedener Mandatäre

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Es ist vorgesehen, zuerst über den Hauptantrag, das ist die Kopernikusschule, und dann über den Zusatzantrag, das ist die Glöckelschule, abzustimmen.

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hoher Gemeinderat, dritter Versuch. Zuerst nur über den Hauptantrag, nur über die Kopernikusschule. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da habe ich ja eh richtig aufgezeigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sind wir dafür?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja freilich.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Einstimmige Annahme.

Nun zum Zusatzantrag. Wer ist für den Zusatzantrag. Wieder einstimmige Annahme.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Entschuldigung; Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Eine Gegenstimme, (FPÖ-Herr GR Payrleithner). Schwere Geburt. Ich danke dem Berichterstatter. Wird eine Pause gewünscht? Nein, nächster Berichterstatter Roman Eichhübl bitte.

BE:STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. In der Hoffnung, dass mein Antrag nicht einer derartigen Abstimmung unterzogen wird wie der vorhergehende, habe ich ihnen folgendes vorzutragen. Ich habe ihnen bereits bei meiner ersten Wortmeldung zu einem anderen Thema mitgeteilt, dass es heute einen Antrag geben wird, der sich mit dem Ankauf von zwei Midi-Bussen beschäftigt und ich darf daher präzisieren. Es geht einerseits um den Ankauf von zwei Midi-Bussen in der Größenordnung von Euro 581.400,--, das entspricht rund 8 Mio. Schilling, sowie im zweiten Punkt um die Sanierung der Toiletten im Freibad, wobei der Fertigstellungstermin Ende April d. J. sein soll, um noch rechtzeitig vor Saisonbeginn unserer Bevölkerung eine neue Toilette präsentieren zu können. Da geht es um Errichtungskosten von Euro 145.300,--, das entspricht einer Summe von 2 Mio. Schilling. Diese beiden von mir genannten Beträge sind im Budget der Stadt Steyr für dieses Jahr vorgesehen. Ich darf ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daher den Antrag vortragen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) Fin-7/02 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschuss für Midi-Busse und Toilettensanierung Stadtbad

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 09. Januar 2002, werden den Stadtwerken Steyr die im Budget 2002/ außerordentlicher Haushalt vorgesehenen Mittel für Investitionskostenzuschüsse, zum Ankauf von Midi-Bussen in der Höhe von EURO 581.400,-- und zur Sanierung der Toiletten im Freibad in der Höhe von EURO 145.300,-- also insgesamt EURO 726.749,-- gewährt.

Zu diesem Zweck werden bei der VSt. 5/879000/779000 Mittel in der Höhe von EURO 726.749,-- für das Rechnungsjahr 2002 freigegeben.

Herr Bürgermeister, ich darf dich bitten, über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter, Herr StR Gunter Mayrhofer bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Mein erster Antrag bezieht sich auf die Kanalisation der Stadt Steyr, Ennsleite, Neuschönau, Jägerberg und Ennsdorf. Das ist jene Kanalisation, die stark überlastet ist und bei starken Regenfällen immer wieder zu Überschwemmungen in den einzelnen Objekten führt. Die Planung für diese Kanalisation wurde ausgeschrieben und als Bestbieter ist das Ziv.-Ing.-Büro Brunner hervorgekommen.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) BauT-20/00 Kanalisation Stadt Steyr

1. Ennsleite
2. Neuschönau-Jägerberg
3. Ennsdorf

Erstellung Erneuerungs- und Sanierungskonzepte.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. 1. 2002 wird das Ziv.-Ing.-Büro Brunner mit der notwendigen Erstellung von **Kanalsanierungs- bzw. Erneuerungsprojekten** für die Einzugsgebiete **1. Ennsleite + Ausschreibungsunterlagen Teil 1 - Glöckelstraße und Damberggasse** in Höhe von EURO 22.942,19 (ATS 315.691,--), **2. Neuschönau** in Höhe von EURO 9.700,98 (ATS 133.488,--) und **3. Ennsdorf** in Höhe von EURO 12.426,31 (ATS 170.990,--) zum Gesamtpreis von EURO 45.069,48 (ATS 620.170,--) excl. MWSt. beauftragt.

Die **erforderlichen Mittel** für die va. Arbeiten werden wie folgt bereitgestellt:

1. Ennsleite

22.942,19 Euro (315.691,-- ATS)

Budgetjahr 2001 VSt. 5/851000/004380 Kanalbau Ennsleite

2. Neuschönau

9.700,98 Euro (133.488,-- ATS)

Budgetjahr 2002 VSt. 5/851000/004550 Kanalbau Neuschönau

3. Ennsdorf

3.650,-- Euro (50.225,-- ATS)

Budgetjahr 2002 VSt. 5/851000/004390 Kanalbau Ennsdorf

8.776,31 Euro (120.765,-- ATS)

Budgetjahr 2003 VSt. 5/851000/004390 Kanalbau Ennsdorf

12.426,31 Euro (170.990,-- ATS)

45.069,48 Euro (620.170,-- ATS)

Fertigstellung Projekt 30. 6. 2003

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine zusätzliche Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt EURO 13.350,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nun zum zweiten Antrag. Bei der Fabrikinsel, direkt beim Kindergarten gibt es ein kleines Biotop, das heißt, fast ein Seitenarm der Steyr und der verlandet; um hier diese Verlandung aufzuhalten und eine vernünftige Lösung zu machen, ist das Ausbaggern der Schlammablagerung und eine Buhenschüttung notwendig. Buhenschüttung, die Frage ist letztes Mal im Stadtsenat auch gestellt worden, ist eine Dammschüttung, die die Fließrichtung des Flusses beeinflusst und dafür sind Mittel in Höhe von ATS 428.402,37 notwendig.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) Wa-47/01 Gsangwasser bei der Fabrikinsel; Ausbaggern der Schlammablagerung und Buhenschüttung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 14. 12. 2001 wird der Vergabe der Flussarbeiten, Ausbaggern im Gsangwasser oberhalb der Fabrikinsel, im Ausmaß von ATS 428.402,37 an die Fa. Karl Steindl, Weistrach, sowie der Mittelfreigabe in Höhe von ATS 20.000,-- für die Belange der Fischerei (Ausfischen, Entschädigungszahlungen) zugestimmt.

Die Mittelaufbringung erfolgt im Jahr 2001 wie unten angeführt:

1. ATS 206.000,--

durch Freigabe bei der vorgesehenen VSt. 5/632000/619000 „Wasserwehre und Schleusen, Instandhaltung von Sonderanlagen“.

2. ATS 137.000,--

durch Kreditübertragung von VSt. 5/612100/002210 „Fuß- u. Radwege; Hangsicherung“ nach o.a. VSt. 5/632000/619000.

3. ATS 106.000,--

durch Kreditübertragung von VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßen- u. Brückenerhaltung im Wehrgraben“ nach VSt. 5/632000/619000.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und ersuche den letzten Berichterstatter, Herrn StR Ing. Dietmar Spanring, um seine Anträge.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Einrichtung der Stadtbücherei.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

19) K-106/01 Stadtbücherei; Einrichtung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Erwachsenenbildung vom 30. 10. 2001 und der Kostenaufstellung vom 30. 10. 2001 wird der Vergabe für die Einrichtung der Stadtbücherei im Objekt Kollergasse - Bahnhofstraße wie folgt zugestimmt:

1.0 Einrichtung der Bibliothek

Fa. Ekz - Salzburg netto ATS 1.081.569,--/Euro 78.600,68

2.0 Lesecafe Einrichtung

Fa. Wögerer netto ATS 62.270,--/Euro 4.525,34

3.0 Büromöbel für Bibliothek

Fa. Svoboda netto ATS 188.197,50/Euro 13.676,85

4.0 Küchenblock

Fa. Mayr netto ATS 21.797,--/Euro 1.584,05

Die Deckung der erforderlichen Mittel in der Höhe von ATS 1.353.838,50 / Euro 98.389,62 kann bei der VASSt. 5/273000/043000 gefunden werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47(5) Stadtstatut zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche den Gemeinderat dies zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke, Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe schon Verständnis für manche Dringlichkeiten, wir haben heute auch diskutiert, was wirklich dringlich ist, aber ich habe wenig Verständnis für Dringlichkeiten, wenn es um einen Küchenblock für eine lang geplante Einrichtung geht. Ich habe auch noch viel weniger Verständnis, wenn eine Firma gerade diesen Küchenblock liefern darf, wo wir schon zweimal größere Schwierigkeiten gehabt haben, und dass man einen Küchenblock, einen Normblock in Steyr oder in der Region als Handelsware nicht auftreibt, das kann man jemanden anderen erzählen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich kann das gleich vom Platz aus machen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Nein, nein, das geht nicht Frau Kollegin.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe gar nicht gewusst, dass sie so charmant sein können.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Sie werden mich noch kennen lernen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Kollege Eichhübl, soll ich mich darauf freuen, oder soll ich mich davor fürchten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Fürchten!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich hätte eigentlich nur eine ernsthafte Frage an den Herrn StR Spanring. Mir ist eigentlich nicht ganz klar, warum da ein Amtsbericht vom 30. 10. bezüglich der Ausstattung vorliegt, den man in der Gemeinderatssitzung im Dezember sehr wohl hätte normal beschließen können, und warum wir dann heute etwas beschließen, was wir eigentlich nicht beschließen brauchen, weil ja wegen Dringlichkeit schon entschieden worden ist. Vielleicht könnten sie dazu ein bisschen was sagen, weil im Kulturausschuss war das Thema Bücherei ...

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Weil es zurückgestellt worden ist!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich hätte auch noch ein paar Fragen auf Lager. Was mich stark interessieren täte, gibt es jetzt eigentlich schon ein Konzept bezüglich der Übersiedlung? Wer soll das in die Hand nehmen, wann soll das passieren? Gibt es ein Konzept über die Bibliothek-Neu, wie wir das Lokal bzw. dessen Inhalt auch bespielen? Gibt es eine Ankaufspolitik bzw. ein Konzept, welche Bücher neu angeschafft werden sollen? Vor allen Dingen weil ich gehört habe, dass ein Teil der Bücher, die im Reithofferwerk zwischengelagert sind, und es dort dann einen Wassereinbruch gegeben hat, dass manche Werke verdreht und verschimmelt sind. Es müssen die Bücher teilweise gewaschen werden, es müssen Teile davon ausgeschieden werden. Das täte mich brennend interessieren, weil angeblich die Übersiedlung im März/April stattfinden soll und ich mich mit meinem Kollegen Kupfer erkundigt habe, wie das konzeptionell ausschauen soll, es geht ja vor allen Dingen auch um die Leitung etc. Einige Fragen, die für mich noch offen sind. Bitte lieber Stadtrat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Frau Kollegin Frech, die Situation, warum wir diesen Antrag erst jetzt haben, ist die, weil er im Stadtsenat zurückgestellt worden ist, um eine weitere Klärung dieser ganzen Einrichtungsbeschaffung durchzuführen, der dann im anschließenden Stadtsenat beschlossen wurde und erst jetzt in den Gemeinderat hat kommen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Was war der Grund warum man es zurückgestellt hat?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Weil es offene Punkte gegeben hat.

Diskussion verschiedener Mandatäre.

Gelächter

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das ist gar nicht so zum Lachen, da müsste ich jetzt zum Grundsätzlichen eine Kulturausschusssitzung machen, die jetzt aber nicht in Frage steht, sondern die Abhandlung als solches wird sicher dort besprochen werden. Den Termin selber weiß ich noch nicht, April glaube ich nicht, weil ich mich einfach dagegen wehre, dass man in einem noch nicht trockenen Gebäude eine Bücherei einrichtet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Den Leuten ist es aber schon zuzumuten, wenn sie in einem feuchten Raum sitzen?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nein, ich werde die Leute nicht in ein leeres Gebäude setzen und die Bücher sind noch drüben, lieber Hans.

Diskussion verschiedener Mandatäre

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Betreffend dieser Ausscheidung, da hat es inzwischen schon gewisse Absprachen innerhalb der Bücherei gegeben, welche Bücher ausgeschieden werden sollen, das sind etwa 4000. Welche Bücher dann ausgeschieden werden, das obliegt meiner Meinung nach der Führung der Bücherei, das heißt, der jetzt noch gegebenen Büchereileiterin, dem Dr. Locicnik und den Leuten aus der Bücherei, die einfach fixiert haben, diese Bücher sind auszuschneiden.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Bücherei neu?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ja, Konzept Bücherei neu, wird im Kulturausschuss behandelt. An sich sind klare Vorgaben gegeben, welche Einrichtungen hineinkommen, sprich welche Verleihmittel, bis zum Internet, das ist alles da. Das ist aber nicht irgendwie diktatorisch vorgegeben worden, sondern in Gesprächen erörtert worden.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Was tun wir jetzt?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jeder im Gemeinderat soll ein paar Bücher nehmen und rüber tragen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das glaube ich nicht, weil die Bücher sind von der alten Bücherei auch dort hinüber gekommen, also werden sie auch in die alte „neue“ Bücherei wieder zurückkommen, ohne dass der Gemeinderat die Bücher in die Hand nimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Kommen wir zur Abstimmung.

Diskussion verschiedener Mandatäre.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Der Stadtrat hat nur geantwortet, es war nicht das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das war eindeutig das Schlusswort. Der Kurt war der letzte Redner.

Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenstimme? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im meinem letzten Punkt geht es um den Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Eine Akontozahlung, die entsprechend dem Betriebskostenschlüssel festgelegt wurde.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

20) Fin-295/01 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2002; Akontozahlungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 20. Dezember 2001, wird den vierteljährlichen Akontozahlungen für den Mitgliedsbeitrag 2002 in Höhe von € 1.317.840,-- (exkl. USt.), also insgesamt € 329.460,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von € 1.317.840,-- (exkl. USt.) bei der VASSt. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2002 genehmigt.

Ich ersuche um Freigabe dieser Akontozahlung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Einstimmige Annahme.

Das war der letzte Punkt, ich danke dem Berichterstatter.

Wir kommen zur „**Aktuellen Stunde**“.

Gibt es dazu eine Wortmeldung von der SPÖ?

Nein; von der FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grünen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir haben heute in Summe € 313.669,03 oder S 4.316.180,-- ausgegeben. Ich danke ihnen, die Sitzung ist hiermit geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 19.14 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist eh., Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Rudolf Schröder eh., GR Ing. Wolfgang Hack eh.